

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

1/19

April 2019 · 72. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

Europa!? Zur Europawahl am 26. Mai '19

Europa auf dem Weg zu einer Sozialunion?

Europa: Geht es demokratischer und sozial(istisch)er?

Zum Kirchentag: Was für ein Vertrauen?!

Auslegungen zur Losung

Auf dem Weg zu einem Europäischen Kirchentag

Bundesnachrichten

Rezensionen

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Gerhard Fuchs-Kittowski, Jürgen
Gorenflo, Sabine und Andreas Herr,
Thomas Kegel

Redaktion:

Thomas Kegel (v.i.S.d.P.)
Oeltzenstr. 16, D-30169 Hannover
Tel.: +49/(0)5 11/34 08 92 53
E-Mail: brsd.nord@mailbox.org
Wilfried Gaum, Jürgen Gorenflo,
Dietlinde Haug

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Reinhard Gaede, Herford
Wilfried Gaum, Hannover
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

Erscheint mit ca. 3 Ausgaben im Jahr –
auch als PDF-Datei abonnierbar
Bundessekretariat, Andreas Herr,
Effnerstr. 26, D-85049 Ingolstadt,
brsd-sued@gmx.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie-
de, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART
verlag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

Editorial	1
Bundesnachrichten	3
Neue Gebührenordnung des Bundes	5
Reinhard Gaede und Thomas Kegel Für eine neue europäische Erzählung	5
Erklärung der ILRS-Konferenz Eine neue Vision für Europa	10
Bundesvorstand BRSD Gegen den neoliberalen europäischen Mainstream! 13	
Frank Vandenbroucke Auf dem Weg zu einer Europäischen Sozialunion	16
Elmar Klink Eine „Säule für soziale Rechte“?	22
Elmar Klink Um welches Europa geht es?	27
4 Fragen zu Europa	34
Redaktion Christ*innen: das Salz Europas?	
Unterwegs zum Europäischen Kirchentag!	36
Thomas Kegel Vertrauen? Wir sind doch nicht naiv!	38
Dick Boer „Was für ein Vertrauen?“ Eine kontextuelle Lektüre der Losung des Kirchentages	43
Dr. Manfred Böhm „Worauf vertraust du denn, dass du dich so sicher fühlst?“ (2 Kön, 18,19)	46
Claus Petersen Was für ein Vertrauen wird da gestiftet!	48
Konstantin Weeber „Was ist das für ein Vertrauen“(2. Könige 18,19)....	51
Rüdiger Wala Raues Holz. Kein Gold. Eine Andacht zum Kreuz.	53
<hr/>	
REZENSIONEN	
Elmar Klink Die Liebe als Weg und Ziel	58
Wilfried Gaum „Sie kamen um zu helfen – Die Hilfsarbeit der Quäker in Deutschland im 20. Jahrhundert“	62
Bilder- und Fotonachweis	65
Autorennachweis	65

Editorial

Unser erstes Heft in diesem Jahr hat zwei Schwerpunkte: „Europa“ und „Deutscher Evangelischer Kirchentag 2019“.

Die diesjährige Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai wird sich im Zeichen von Brexit, den Spaltungen zwischen Ost- und Westeuropa, aber auch Süd- und Nordeuropa, dem Wachstum rechtsextremer und nationalistischer Parteien und Strömungen abspielen. Nach den letzten Prognosen werden die Parteien der sozial- und christdemokratischen „Familien“ massive Verluste erleiden, die Linke wird sich in etwa halten, dafür aber der rechtskonservative und national-

istische Flügel an Bedeutung gewinnen. In einer solchen Situation ist auch die Stimme der religiösen Sozialist*innen gefragt, zur Selbstvergewisserung, auch als Stimme im öffentlichen Raum, schließlich als Auftakt zu einer Debatte darüber wie es auf diesem Kontinent weiter gehen sollte. Dazu haben wir als eine europäische Antwort zunächst die Erklärung der ILRS (Internationaler Bund der Religiösen Sozialist*innen)-Konferenz vom 27.-29. September 2018 in Utrecht „Eine neue Vision für Europa“ als Impuls abgedruckt: neben den nur gemeinsam in Europa zu stemmenden Aufgaben einer neuen europäischen Sozial- und Klimapolitik und einem menschenwürdigen Umgang mit der Fluchtbewegung vieler Menschen aus dem globalen Süden fordern die europäischen religiösen Sozialist*innen eine neue europäische Erzählung und eine dazu passende Ethik. Eine Ethik, die sich aus der Geschichte der Freiheits- und Aufklärungsbewegungen, den Aufstandsbewegungen gegen angemaßte weltliche und religiöse Herrschaft als Geschichte der Menschenrechte und Demokratie lesen lässt.

Einen auf aktuelle politische Ziele heruntergebrochenen Katalog konkreter Forderungen bringen wir mit der Erklärung „Es gibt Alternativen: Für ein sozial gerechtes, demokratisches und ökologisches Europa – Gegen den neoliberalen europäischen Mainstream!“, der vom Bundesvorstand des Bundes der Religiösen Sozialist*innen Deutschlands in Utrecht eingebracht und dort ebenfalls verabschiedet worden ist. Zu den Hintergründen und Diskussionen auf diesem Kongress informieren uns die deutschen Delegierten Reinhard Gaede und Thomas Kegel, die auch die Schwächen des Internationalen Bundes nicht aussparen. Man mag dazu auch die Ausrichtung der meisten Bundesorganisationen an den sozialdemokratischen Parteien ihrer Heimatländer zählen. Zu Recht schwingt in ihrem Artikel die Frage mit, ob



Redaktionsbeirat am 11. März 2017, sitzend: Dietlinde Haug, Friedrich-Wilhelm, Bargheer, Doris Gerlach, stehend: Elmar Klink, Thomas Kegel, Reinhard Gaede, Volker Beckmann

angesichts der sich auch in ihren sozialen Folgen zuspitzenden Klimakrise nicht eine „grünere“, „linkere“ Orientierung und das Bündnis mit den überall entstehenden Basisbewegungen wichtiger wäre. Diese (diskussionswürdige) Zuspitzung leistet Elmar Klink in seinem Beitrag „Um welches Europa geht es?“, „ ... Oder wollen wir überhaupt eine EU wie die jetzige, wäre ebenso zu fragen. Im Grunde lässt die Überschrift für eine dezidiert linke Position nicht sehr viel Spielraum und hat fast rhetorischen Charakter. Deshalb vorab klar gesagt: Es kann für kritische, christliche und religiöse Sozialist*innen nur um ein antikapitalistisches, antimilitaristisches Europa als Ziel gehen oder keines. In dem aktiv die Menschenrechte und Menschenwürde geachtet, für wirkliche soziale Gerechtigkeit eingestanden und entschieden für Frieden und Abrüstung eingetreten wird. Das ist der unverzichtbare Rahmen.“ In dem dazu gehörenden Teil I seiner Auseinandersetzung mit der anstehenden Wahl gibt Klink nicht nur einen Abriss über die Entwicklung und den Zustand der Europäischen Union. Er fragt: „Eine „Säule für soziale Rechte“? – und setzt sich mit dem späten und wenig profunden Versuch der Europäischen Union auseinander, neben der fest in den Grundlagenverträgen verankerten neoliberalen Marktlogik eine gemeinsame Agenda für ein sozialeres Europa aufzustellen.

Seinen vorsichtigen Optimismus setzt dagegen der Beitrag von Frank Vandembroucke „Auf dem Weg zu einer Europäischen Sozialunion“: „ So konzipiert, war die Säule der sozialen Rechte nur ein Beispiel für einen schrittweisen, vorsichtigen, aber bewussten Politikwechsel auf der Ebene der Kommission. Die Säuleninitiative kann sich jedoch auch als der entscheidende Moment in diesem Politikwechsel erweisen, mit länger anhaltenden Folgen – entweder positiv oder negativ.“ Vandembrouckes Beitrag ist eine Zusammenfassung seiner Ausführungen auf dem Treffen der ILRS.

Zur Abrundung dieses Schwerpunktes stellten wir einigen religiösen Sozialistinnen und Sozialisten „Vier Fragen zu Europa“, darunter eine eher selten gestellte: „ Welche spirituelle Idee verbinden Sie/verbindest Du mit dem Begriff „Europa“? Insgesamt also genug Material für eine Auseinandersetzung mit Europa und der Wahl zum Europäischen Parlament im Hoffnungsmonat Mai!

Der zweite Schwerpunkt ist EIN Beitrag des BRSD zum „Deutschen Evangelischen Kirchentag“ (DEKT) in Dortmund vom 19. bis 23. Juni 2019. Wir bringen dazu als Brücke zum Europa-Schwerpunkt den Aufruf zu einem europäischen Kirchentag Anfang 2020. Wir als Religiöse Sozialist*innen unterstützen dieses Vorhaben. Es ist ein Versuch, die Idee von einem Europa, eher von Unten, neu zu denken, religiös „zu salzen“.

Wie jeder Deutsche Evangelische Kirchentag steht auch der im Jahr 2019 unter einer Losung. Wir nehmen diese Losung auf und bieten fünf unterschiedliche, aber sich auch ergänzende Blickweisen und Exegesen dazu an. Die Exegesen stellen fast alle die Losung in ihren, auch weiteren, biblischen Zusammenhang. Denn erst mit einem Verständnis über die Einbettung der Losung in den Text, aus der sie entnommen wurde und erst mit der Einbindung dieser biblischen Geschichte in deren größeren Zusammenhang, kann verstanden werden, worüber die Losung handelt. So

setzt sich kritisch und exegetisch Thomas Kegel in seinem Beitrag „Vertrauen? Wir sind doch nicht naiv! Anmerkungen zur Losung des DEKT 2019: ‘Was für ein Vertrauen’ 2. Könige 18,19“ auseinander. Denn kritisch sollten wir sein, wenn die Leitung des DEKT zum Beispiel schlicht das Fragezeichen aus dem Ursprungstext in der Bibel vergisst, so wie sie in den vergangenen Jahren immer mehr den kritischen, basisdemokratischen Impuls, der den DEKT auszeichnete zu Lasten herrschaftsapologetischer Auftritte von Spitzenpolitikern und ihren Bibelarbeiten, ja, aufgab?! In einem zweiten Beitrag „Was für ein Vertrauen?“ entwickelt der niederländische marxistische, reformierte Theologe Dick Boer eine kontextuelle Lektüre der Losung des Kirchentages und weist auf gerade die herrschaftskritischen Aspekte der Losung hin. Boer interpretiert die Geschichte als eine, in der Gott die Machtfrage stellt – gegen die irdischen Gewaltmächte.

Ebenfalls einen herrschaftskritischen Blick auf die Losung wirft der katholische Theologe Manfred Böhm: Er stellt die Juda bedrohenden Gewaltmächte in den Kontext der marxischen Fetischanalyse und macht deutlich, dass der Gott Israels – also unser Gott- gegen die herrschenden Mächte und für die kleinen Leute Partei ergreift. Claus Petersen, ein evangelischer Theologe und prominenter Vertreter der „Reich-Gottes-Jetzt-Bewegung“ stellt die Losungserzählung in den Zusammenhang mit dem jesuanischen Gleichnis der Arbeiter im Weinberg. Was sich daraus für unsere Gesellschaft und auch für unsere Kirche ableiten lässt? Lesen Sie nach! Konstantin Weeber, Student der Theologie und neues Mitglied in unserem Bund, stellt die Losung ebenfalls in den weiten Zusammenhang der Kapitalismuskritik und hofft auf eine aktive Zivilgesellschaft. Wir hoffen, dass wir mit diesem Schwerpunkt einen kritischen Beitrag zum Kirchentag 2019 liefern können.

Besuchen Sie uns an unserem Infostand – und nehmen Sie teil an unseren weiteren Veranstaltungen. Sie sind herzlich eingeladen!

Wilfried Gaum, Jürgen Gorenflo, Dietlinde Haug und Thomas Kegel

Bundesnachrichten

Wir auf dem Kirchentag 2019 Dortmund

Vom 19. bis 23.06. findet in Dortmund der evangelische Kirchentag statt. Wir werden wie gewohnt am Markt der Möglichkeiten einen Stand (Halle 6, Standnr.: C 26) haben, diesmal in Kooperation mit der Blumhardt-Sozietät Bad Boll.

Jedoch belassen wir es nicht bei dieser Aktivität: Am Freitag um 19:00 Uhr findet in der Pauluskirche ein Feierabend-

mahl mit politischem Nachtgebet zum Thema Klimawandel statt, an dem wir uns mit weiteren Kooperationsgruppen beteiligen. Gastgeber ist hier die Lydia Kirchengemeinde, mit der wir seit einiger Zeit Kontakt haben.

Am Samstag um 21:00 Uhr ist in der Kirche am Markt in Dortmund-Hombruch das politische Nachtgebet, welches wir selbst verantworten. Unser Thema heißt: „Vertrauen worauf“ und soll sich

Regionale Gruppen

kritisch- meditativ mit dem Kirchentagsmotto auseinandersetzen. Hier ist noch viel Hilfe bei der Vorbereitung gefragt.

Wir bitten euch, uns bei diesen Aktivitäten zu unterstützen, sei es mit Gebet, mit Tatkraft oder auch finanziell. Auch wir haben durchaus Kritik am Kirchentag, jedoch ist es für uns die große Chance, mit anderen ins Gespräch zu kommen und auch neue Interessenten für uns zu finden.

Der zweite Höhepunkt dieses Jahres wird mit Sicherheit unsere Jahrestagung in Kassel sein. Vom 27.- 29.September werden wir uns im selben Gemeindezentrum wie letztes Jahr treffen. Wir würden uns sehr freuen, viele von Euch hier begrüßen zu können. Der Ort liegt zentral und dank der flexiblen Unterbringung ist es auch mit kleinem Geldbeutel vielen möglich teilzunehmen.

Die CuS, die ihr in der Hand haltet, soll natürlich weiter in Druckform erscheinen. Jedoch ist es seit dieser Ausgabe möglich, sie auf elektronischem Wege als PDF-Datei zu beziehen. Da die Druckkosten nicht geringer werden, gelten auch hier die bisherigen Abonnementgebühren, sozusagen als Solidaritätsbeitrag. Wer diese Möglichkeit nutzen möchte: Anruf oder Mail an brsd-sued@gmx.de genügt.

Auch dieses Jahr wird sich der Bund am Kreis der Religionen auf dem Corso Leopold (25.–26.Mai) unter dem Thema Europa beteiligen. Unter dem Dach von vier Pagoden stellen sich etwa 12 verschiedene Religionsgemeinschaften oder religiöse Gruppen vor. Sie demonstrieren damit die friedliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem zweitägigen Kulturprogramm.

In diesem Jahr haben schon einige Regionaltreffen stattgefunden: am 6.Januar in Berlin, am 16.März in Stuttgart und am 11. Mai in Nürnberg.

Der BRSD Nord plant in Hannover ein theopolitisches Sommerseminar mit Prof. Dr. Dick Boer zum Thema: Hoffnung in nichtrevolutionären Zeiten – Hiobs Aufschrei gegen Gott und die Welt. Termin ist der 30/31.August. Es wird am Freitagabend eine Lesung mit Diskussion geben, der Samstag wird ein Lektüre-Seminar zum Buch Hiob bzw. zum Buch von Dick Boer. Informationen dazu folgen.

Weitere Treffen werden geplant und die Teilnehmer in der jeweiligen Umgebung dann dazu eingeladen. Der Vorstand unterstützt nach Kräften regionale Initiativen. Wir freuen uns über Initiativen eurerseits! Denn diese Arbeit vor Ort ist wichtig, damit Kontakte untereinander geknüpft werden können.

Es ist schön, mit einigen von Euch persönlichen Kontakt zu haben. Gerade das sollte den Bund ausmachen.

Einige schöne Rückmeldungen kamen auf die Weihnachtskarte oder auch zu anderen Dingen. Für uns ist es sehr wichtig, dass jede Änderung der Adresse, der Mail Adresse oder der Telefonnummer an uns gemeldet wird. Nach jedem Versand der CuS oder anderer Briefe kommen einige wieder zurück. Das kostet uns sehr viel Zeit. Wir vom Vorstand freuen uns über jeden Anruf, Mail oder Brief mit Euren Anregungen.

Eure
Gerhard Fuchs-Kittowski
Jürgen Gorenflo
Sabine und Andreas Herr
Thomas Kegel

Neue Gebührenordnung des Bundes

Die Mitgliederversammlung 2018 in Kassel hat eine neue Gebührenordnung beschlossen: Jahresbeitrag: 51,- €; ermäßigter Beitrag: 30,- € (Studenten, Rentner mit geringer Rente, Erwerbslose, uam.); Mittellosenbeitrag: 12,- €; Förderbeitrag: ab 71,- €.

Für Beitragszahler ohne Einzugsermächtigung: **Der Beitrag ist im ersten Quartal eines jeden Jahres zu entrichten.** Es bedarf dazu keiner Rechnung.

Der Mittellosenbeitrag ist ein Versuch, Menschen, die von Armut betroffen sind, eine Teilhabe am Verein zu ermöglichen. Der Bezug der CuS kann nur gewährleistet sein, wenn genügend Förderbeiträge eingehen.

Der Antrag auf ermäßigten Beitrag und Mittellosenbeitrag ist alle 5 Jahre beim Bundeskassenführer*In zu wiederholen.

Das Abonnement der CuS bleibt preislich wie bisher und kostet: 20,- €/Jahr inkl Versand innerhalb Deutschlands; 30,- € inkl. Versand innerhalb der EU.

Für den Jahres-Mitgliedsbeitrag kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden. Für das Abonnement ist eine Spendenbescheinigung nicht möglich.

Wir haben im Bund vielfältige finanzielle Verpflichtungen. Daher sind wir auf die pünktliche Zahlung der Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Bei weiteren Fragen: Bundeskassenführerin Sabine Herr, Effnerstr. 26, 85049 Ingolstadt, Tel: 08 41/9 00 42 65, brsd-bundeskasse@gmx.de.

Die ILRS – Konferenz in Utrecht 27.–29. September 2018

Für eine neue europäische Erzählung

Von Reinhard Gaede und Thomas Kegel

Der internationale Bund der Religiösen Sozialist(inn)en (International League of Religious Socialists, ILRS), der im 3 Jahre-Rhythmus tagt, hatte diesmal seine Mitglieds-Organisationen nach Utrecht eingeladen. Die Bundesgenoss*innen aus Österreich und Schweiz waren nicht gekommen. Die aus England kommen leider schon seit längerer Zeit nicht. Aber Schweden, Norwegen, Finnland waren wie immer gut vertreten. Viele Teilnehmende kamen aus dem Gastgeberland Niederlande. Spanien, deren Organisation seit der ILRS –Konferenz in Cordoba im Oktober 2009 aufgeblüht war (vgl. CuS 4/2009), war mit einer relativ großen Grup-

pe vertreten. Aus Deutschland kamen wir: Thomas, Ingelore, Reinhard.

Utrecht, Universitätsstadt, viertgrößte Stadt der Niederlande mit reicher Kulturgeschichte und schöner vom Oudegracht sowie weiteren Grachten durchzogenen Altstadt, mit Dom, Kathedrale (Bischofsitz) zahlreichen Kirchen, Universität, Museen und Parks haben wir jetzt kennen und schätzen gelernt. Das Tagungsgebäude lag in der Booth-Straße, Nr. 7, im Zentrum von Utrecht. Das Haus mischt pragmatisch eine kirchliche Nutzung mit der Möglichkeit, Tagungen durchzuführen. Veranstaltungsorganisator unserer Tagung war die niederländische ILRS-Mitgliedsorganisation Banning Vereniging. (Willem Banning, 1988-1971, reformierter Pfarrer, Soziologe,

war Präsident des Internationalen Bunds der Religiösen Sozialisten.)

Als zentrales Thema hatte ILRS benannt: Europa als eine Werte-Gemeinschaft. Es gelte, die Sozialdemokratische und sozialistische Bewegung zu stärken. Die sozialdemokratischen Parteien seien überall in Europa in schwieriger Position. Europa und die europäische Zusammenarbeit sei unter Stress. Heftige Angriffe seien von populistischen Bewegungen gekommen, welche die Grundlagen europäischer Zusammenarbeit unterbieten würden. Europas Sozialdemokratie brauche dringend eine neue Erzählung über die europäische Zusammenarbeit, um ihre Politik zu beleben ebenso wie die Anziehungskraft für Wähler*innen zu erneuern. Um die Debatte für diese neue Erzählung über Europa zu befeuern, benötigten die sozialdemokratischen Schlüssel-Werte wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Frieden und Gerechtigkeit dringend eine gründliche Revision gegen den drohenden Hintergrund des aktuellen Streits über die Zukunft Europas.

Die Absicht, „eine Deklaration über die Schlüssel-Werte der sozialdemokratischen Bewegung“ zu verfassen und religiöse und moralische Perspektiven, die „großen Einfluss auf die sozialdemokratische Bewegung“ in der Geschichte hatten, in diese Diskussion einzubringen, wurde auch verwirklicht. (siehe Dokumentation „A NEW NARRATIVE ON EUROPE – Eine neue Erzählung über Europa“)

Aber für den BRSD, der wie die niederländische und schweizer Organisation unabhängig von Parteien als Bewegung organisiert ist, liegt eine gesonderte Deklaration vor (Verfasser Thomas Kegel für den BRSD Bundesvorstand) mit dem Titel: „Es gibt Alternativen: Für ein sozial gerechtes, demokratisches und ökologisches Europa –

Gegen den neoliberalen europäischen Mainstream!“ mit 13 wichtigen Forderungen, orientiert „nicht nur an Parteien, weder an der Sozialdemokratie“ oder „anderen Linken Parteien“, sondern auch für Aktivitäten „in den sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft und in den Gewerkschaften“. ILRS solle auch die Ökumenische Bewegung in Europa einschließlich eines europäischen Kirchentags unterstützen und sich aktiv beteiligen. (siehe Dokumentation)

Das Programm stellte folgende Referenten mit ihren Themen vor: Prof. Dr. Frank Vandenbroucke: Ein soziales Europa nach der ökonomischen Krise, (Korreferate: Dr. Paul Tang und Prof. Dr. Klara Boonstra).

Dr. Robin de Bruin und Prof. Dr. Erik Borgman: Europäische Werte als Fundament und Zukunft von europäischer Zusammenarbeit.

Henk van Houtum und Marjanne de Haan: Migration als strittige Frage der Zukunft.

Shivant Jhagroe und Jan Vos: Klimawandel als Haupt-Streitfrage.

Der einführende Hauptvortrag von Frank Vandenbroucke, einem belgischen sozialistischen Politiker und Wissenschaftler, sah bei den Gründer-Vätern einen Glauben an Konvergenz: Integration durch wirtschaftliche Zusammenarbeit ergänzt durch eine Orientierung am europäischen Modell des Sozialstaats. Aber die gewachsene EU – von 5 auf 16 Mitgliedsländer – ist heterogen: Wohlfahrts-Staaten erodieren, Armut breitet sich aus, soziale Rechte werden in einzelnen Ländern eingeschränkt. Sein Plädoyer: Eine europäische soziale Union ist kein Luxus, sondern aktuell eine Notwendigkeit. Es gilt, die europäischen Wohlfahrts-Staaten auf systematischer Höhe in ihren Schlüssel-Funktionen zu unter-

stützen. Er forderte, die sog. Soziale Säule der EU zu etablieren und weiter auszubauen um so zu einer Europäischen Sozialunion zu kommen. Tatsächlich unternimmt die EU derzeit zaghafte Schritte in diese Richtung.

(<https://www.socialeurope.eu/gothenburg-social-summit-european-social-union>)

Dr. Robin de Bruin, Universität, Amsterdam, sprach über die Präambel (<http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/eu-vertrag/44178/praeambel>) des Gründungsvertrags der EU, die fundamentalen Rechte und die verschiedenen Interessen, Ideen und Ideale der Akteure. Es gebe paradoxe Verbindungen zwischen Integration, Menschenrechten, Demokratie und Herrschaft des Rechts in historischer Perspektive seit der Pan-Europa-Vision von Richard Coudenhove-Kalergis, die aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine Renaissance erlebte. Dann verlief der Integrationsprozess jedoch ambivalent.

Eric Borgmann, Prof. für Systematische Theologie an der Universität Tilburg/ NL, sah die europäischen Werte, die gemeinsame Kultur und das gemeinsame Erbe Christentum von zwei Seiten. Die Religionskriege haben Europa gespalten, waren gemeinsames Schicksal, Versöhnung brauchen die Völker. Nun aber sind neue Aspekte der christlichen Botschaft wiederentdeckt: Gottes Identifikation mit den Opfern über dem Bild des toten Christus am Kreuz. Oder die Pastoralkonstitution ‚Kirche in der modernen Welt‘ ‚gaudium et spes‘ (Freude und Hoffnung) während des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) mit Papst Johannes XXIII. oder ‚Les prêtres ouvriers‘ (Die Arbeiter-Priester) oder die Enzyklika von Papst Johannes XXXIII. ‚Pacem in terris‘, über den Frieden unter allen

Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit vom 11. April 1963. Ein Buch von E. Borgman hat den Titel *Leven van wat komt: een katholieke uitzicht op de samenleving* (2017).

Prof. Henk van Houtum von der Radboud University Nijmegen hat ein Buch geschrieben: ‚Houtum H. van, en L. Lucassen, (2016), Voorbij Fort Europa, een nieuwe visie op migratie, Atlas Contact‘.

Er zitierte Art. 1 der UN-Menschenrechts-Charta (<https://www.menschenrechtserklaerung.de>) „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren...“ Und legte einen 3 Punkte-Plan vor: 1. „Akzeptanz, dass Migration ein Teil der menschlichen Gesellschaft ist. 2. Migranten sind 3% der Welt-Bevölkerung, Flüchtlinge 1%. 85% der Flüchtlinge werden außerhalb Europas aufgenommen. (Emigrationszahlen nicht erwähnt.) 3. Sofortiger Stopp der Angst-Sprache im Zusammenhang mit Migration (Keine Analogie mit Flut, Krankheiten oder Insekten).“ Er forderte: Schutz der Flüchtlinge und Rechtssicherheit für sie. Dies kann erreicht werden durch sichere legale Migrationswege und Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Ebenso sollte eine globale Migrationsvereinbarung beschlossen werden – diese wurde kurz nach der Konferenz durch die UN tatsächlich beschlossen, aber bis heute von vielen Regierungen kritisiert.

Und er zitierte Papst Franziskus, der am 5. Nov. 2011 kritisch sagte: „Wir retten die Banken, aber nicht die Menschen. Das ist der Bankrott der Humanität.“

Marjanne de Haan stellte das weltweite Wirken von PAX CHRISTI vor. (<https://www.paxchristi.de/>)

Dr. Shivant Jhagroe, Assistenz-Professor an der Universität Leiden, sagte: „Klimagerechtigkeit ist ethische Verantwortung



ILRS Exekutivkomitee, von links nach rechts:

- *Tarja Kantola (Finnland, EC Mitglied). Sie ist in Finnland „Chair of Finn Church Aid’s Board of Directors, and has been appointed to co-chair the Faith-Based Advisory Council for the United Nations Interagency Task Force on Religion and Development“.*
- *Josef Haeier (Norwegen, Muslim).*
- *Cecilia Dalman Eek (vorige ILRS Präsidentin, ehemaliges Mitglied des schwedischen Parlaments, jetzt politisch in der Region Göteborg für die sozialdemokratische Partei aktiv).*
- *(hinten) Ulf Carmesund, neues EC Mitglied, schon lange Zeit internationaler Sekretär des schwedischen ILRS-Mitglieds Socialdemokrater för Tro och Solidaritet (... für Glauben und Solidarität), Cecilias rechte Hand als sie Präsidentin war.*
- *(im Vordergrund) Die neue ILRS Präsidentin María Ángeles Sanz del Moral (Spanien, Almeria, Arbeiterin im Privatsektor, Expertin für Computermanagement).*
- *(im Vordergrund) Maria Hevzy (Norwegen, seit Cordoba Kongress 2009 Vice President ILRS, arbeitet(e?) für die norwegische sozialdemokratische Partei, Tochter von Jan Rudy Kristensen, Vorsitzender des norwegischen ILRS-Mitglieds).*
- *(hinten) Jochen Geraedts (Niederlande, ILRS Schatzmeister).*
- *Carlos Carlos García de Andoin (Spanien, Bilbao, ehemaliger Federal co-ordinator vom spanischen ILRS-Mitglied Cristianos Socialistas del PSOE).*
- *Unbekannt*
- *Thomas Kegel (Deutschland, BRSD)*

Die ILRS, die Sozialistische Internationale und die Progressive Allianz

Die ILRS als internationale Vereinigung der religiös-sozialistischen Organisationen war ihrerseits Mitglied in der Sozialistischen Internationale. Derzeit ist sie nur noch in einem Beobachterstatus dort vertreten. Hintergrund ist die seit der Jahrtausendwende aufgekommene Diskussion über einige in der SI vertretenen Parteien, die in ihren Ländern oftmals eine brutale menschenverachtende Unterdrückungsdiktatur zu verantworten haben. Die schlimmsten Diktatoren-Parteien wurden aus der SI ausgeschlossen, aber es sind immer noch äußerst fragwürdige Parteien Mitglied. Deshalb haben vor allem europäische Sozialdemokratische Parteien ihre Mitgliedschaft aufgekündigt. Stattdessen organisieren sie sich nun seit 2013 in der „Progressiven Allianz“, einem internationalen Netzwerk von ca. 80 sozialdemokratischen, sozialistischen und progressiven Parteien aus der ganzen Welt. (<http://progressive-alliance.info>) Die ILRS hat sich auch in der Progressiven Allianz als Beobachterorganisation registriert. In naher Zukunft wird der ILRS-Vorstand entscheiden, ob die Mitgliedschaft in der SI ganz aufgegeben wird und stattdessen eine Mitgliedschaft in der PA aufgenommen wird.

von mächtigen Gruppen, um die Gründe und Wirkungen des Klimawandels zu verringern, speziell für die am meisten verwundbaren Gruppen. ... Klimagerechtigkeit über nationale Grenzen hinweg ist eine viel versprechende Alternative.“

Jan Vos berichtete über Hunger-Revolten in der Vergangenheit und zeigte Szenarios der Zukunft: „Im Jahr 2000 verringere sich die Nahrungsproduktion um 50 %, die Weltbevölkerung verdoppele sich, der Meeresspiegel steige um 1-6 Meter. Die gegenwärtige Debatte über die Wirkung des Klimawandels für das Einkommen lenke nur ab von der Frage unserer massiven ökologischen Herausforderung. Die Folge der gegenwärtigen Trägheit wird

weltweite Armut, Hunger und Spaltung unseres politischen Systems sein. Ein neuer Banning tut not (i.S. der früheren Zusammenführung von Religion und Arbeiterbewegung), um grüne und linke Parteien zu verschmelzen, um die größte Herausforderung im Blick auf die Menschlichkeit zu benennen: Die Erde lebenswert für künftige Generationen zu machen und unsere politischen Systeme vor Spaltung zu bewahren.“

Der Samstag war der Diskussion über die Resolution des Kongresses vorbehalten. In der Mitgliederversammlung hat Johan van Workum Cecilia Dalman Eek, 10 Jahre lang Präsidentin von ILRS, geehrt.

Die ILRS plant sich künftig mehr in die europäische Diskussion einzubringen. Dazu hat sie sich das Motto „ILRSforEurope“ gegeben. Ein Diskussionsstrang neben dem Kampf für ein sozial(istisch)es Europa ist der Dialog der Institutionen der Europäischen Union mit Religionsgemeinschaften, Kirchen und weltlichen humanistischen Organisationen über Themen wie religiösen Extremismus, den europäischen sozialen Pfeiler, die Menschenrechte, die Verfolgung von Minderheiten aus religiösen und Wissensgründen oder die ethischen Aspekte der künstlichen Intelligenz. Die ILRS hat sich dort registriert um künftig an den Umsetzungsaktivitäten dieses Dialoges teilzunehmen und ihre Vorschläge und Standpunkte dort einzubringen.

Ebenso unterstützt die ILRS das Vorhaben für den Europäischen Kirchentag.

Als neue Präsidentin wurde María Ángeles Sanz del Moral aus Spanien gewählt.

Wir haben unsern Gastgeber zu danken, besonders Maarten van den Bos, der die Konferenz eröffnet und maßgeblich organisiert hatte.

Wir haben die Gespräche mit den Teilnehmenden sehr genossen. Besonders gefreut hat uns, Johan van Workum wieder zu treffen. Er hat den BRSD oft begleitet, unsere Jahrestagungen besucht und Ingelore und Reinhard in sein Haus in Leidschendam eingeladen.

Eine Einschätzung der Konferenz: Auffallend war die deutliche Orientierung der Mitglieder an den sozialdemokratischen Parteien ihrer jeweiligen Herkunftsländer. Eine unabhängige sozialistische Meinung und Kritik wurde eigentlich nur von der deutschen Delegation vertreten. Da in Schweden und in Spanien aktuell oder in naher Zukunft Wahlkämpfe zu gewinnen oder verlieren waren, ging es den Mitglieder vor allem darum, die dortigen sozialdemokratischen Parteien (in diesen Wahlkämpfen) zu unterstützen. Dies mag vor dem jeweiligen nationalen Hintergrund verständlich sein. Damit begibt sich die ILRS aber auch einer Chance: nämlich eine Verbindung der unterschiedlichen linken Gruppen und Parteien anzuregen um ein breiteres menschenrechtlich, ökologisch

und sozialistisch orientiertes Lager zu bilden.

Deutlich war auch, dass sich die Analysen und Diskussionen in der Regel auf der „Politischen Oberfläche“ bewegten. So gab es keine politisch-ökonomische Grundierung der Diskussion und auch nicht den Versuch, Europa in seinen aktuellen Defiziten aus der überwiegend neoliberalen Agenda und den nationalen Interessen der kapitalistischen Wirtschaften der Mitgliedsstaaten zu erklären. Eine reine Werte- und Rechtsfragen-Diskussion ist hier deutlich zu wenig. Sicher kann so dem Elend der europäischen Sozialdemokratie nicht abgeholfen werden. In nahezu allen europäischen Ländern liegen die sozialdemokratischen Parteien, nach dem sie bis vor kurzem noch die Regierungen gestellt haben, nur noch bei einem Bruchteil ihrer ehemaligen Wahlerfolge. Nur in Portugal und Großbritannien, mit ihren deutlich linken Parteiprofilen ist dies anders.

Wenn diese Tendenzen in Europa so weiter laufen, dann wird die europäische Sozialdemokratie in Bedeutungslosigkeit versinken. Da auch das „linke Lager“ insgesamt nicht sonderlich stark ist, stehen damit die sozialen Rechte und Arbeiter*innen-Rechte in Europa unter Bedrohung. Wer wird diese dann verteidigen?

Internationale Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten ILRS

Eine neue Vision für Europa

*Erklärung der ILRS-Konferenz, 27.–29.
September 2018, Utrecht, Niederlande*

Wir als demokratische religiöse Sozialist*innen schlagen eine neue Vision für Europa vor, die

sich auf soziale Fragen und die sozialen Bedürfnisse der Bürger*innen zentriert.

Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ist bis heute geprägt von den konservativen Idealen eines Europa, die sich aus der wirtschaftlichen Zusam-

menarbeit zu Gunsten eines stärkeren Binnenmarktes einerseits und andererseits der populistischen Rhetorik auf Grund des Souveränitätsverlustes und der Unterordnung der politischen Macht einzelnen Staaten gegenüber Brüssel zusammensetzt. Aus diesem Grund wird die Debatte über Europa, wie auch die europäische Zusammenarbeit und die europäische Politik nun reduziert auf eine Wahl zwischen der momentanen Technokratie aus Brüssel und dem Binnenmarkt auf der einen Seite oder die Märchen von mehr lokaler Macht nach Verlassen der EU bzw. die Eingrenzung ihrer Zuständigkeiten zugunsten der Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite.

Wir als religiöse Sozialist*innen glauben, dass Politik nicht Technokratie sein soll. Wir glauben, dass der Sozialismus eine auf Werten (auch religiösen Werten) basierende Bewegung ist, und wir streben eine Politik voller Hoffnung, Vernetzung, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität an.

Wir erleben eine sich rasch wandelnde Welt. Mit den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA, dem Brexit, der sich verhärtenden Diktatur in Russland und wachsenden politischen Unruhen entlang der europäischen Grenzen sowie der Verletzungen grundlegender Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in mehreren europäischen Ländern, haben sich die zu berücksichtigenden weltpolitischen Aspekte drastisch verändert.

Wir sehen verheerende Auswirkungen des Klimawandels auf der ganzen Welt. Dürre und Überflutungen prägen unsere Wahrnehmung der Dritten Welt, doch nach den unverhältnismäßig hohen Temperaturen im letzten Jahrzehnt betrifft es nun auch Europa. Wir wissen, dass wir

gegenüber den Menschen auf der ganzen Welt und den nächsten Generationen eine sehr große Verantwortung haben, um unseren Planeten zu erhalten, unsere natürlichen Ressourcen zu schonen und den Übergang zu nachhaltiger Energie und einer sauberen Wirtschaft zu vollziehen. Bis heute ist der Kohlendioxid ausstoß immer noch auf dem Niveau der 1990er Jahre, obwohl wir wissen, dass wir eine starke Reduktion benötigen.

Wir sehen die verheerenden Folgen globaler wirtschaftlicher Ungleichheit, Konflikte, Unfreiheit und Kriege. Mehr Menschen als jemals zuvor haben ihr Zuhause und ihre Heimat hinter sich gelassen, um Zuflucht zu suchen. Wir sind uns der humanitären Pflicht ihnen gegenüber bewusst, wenn sie nach Sicherheit und Möglichkeiten suchen. Dennoch sitzen Familien in Griechenland oder Italien fest, Kind ertrinken im Mittelmeer und viele Menschen müssen in unmenschlichen Umständen in Flüchtlingslagern im Nahen Ost ausharren.

Wir erleben die Angst und Furcht vor der Zukunft unserer Länder, wo die Rechte der arbeitenden Bevölkerung sowie faire und gerechte Wirtschaftspolitiken auf dem Altar der neoliberalen Politik geopfert wurden. Menschen fühlen sich in dieser rauen Welt alleine gelassen, wo die Mächtigen noch mächtiger und die Reichen noch reicher werden, während die Unsicherheiten der einfachen Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Diskussionen über die Zukunft unseres Wohlfahrtsstaats drehen sich kontinuierlich um wirtschaftliche Aspekte statt um Menschenwürde und um die Rechte, Chancen und Sicherheit aller Mitglieder unserer Gesellschaft. Nach der verheerenden Wirtschaftskrise

hat die Mittel- und Unterschicht der europäischen Bevölkerung einen wesentlich höheren Anteil an der wirtschaftlichen Erholung bezahlt, während globale Konzerne und der Finanzsektor wieder nach Wegen suchen, um Regeln und Bestimmungen zu untergraben und Steuern zu umgehen.

Wir als religiöse Sozialist*innen, die auf unserem Kongress in Utrecht 2018 über europäische Politik diskutiert haben, glauben, dass wir ein neues Leitmotiv für Europa brauchen. Wir müssen darüber sprechen, wie die europäische politische Zusammenarbeit für unsere Familien einen Mehrwert bietet und Sicherheit in dem manchmal brutalen wirtschaftlichen Klima einer sich globalisierenden Welt. Eine neue europäische Sozialpolitik muss ausgehandelt werden, die jedem einzelnen Mitglied unserer Gesellschaft die Möglichkeit eröffnet, ihr Leben erhobenen Hauptes zu gestalten, frei von Furcht und Sorgen. Wir müssen unsere Politik gegen den Klimawandel überdenken und weiter daran arbeiten, eine starke Wirtschaft für alle zu schaffen, die unseren Planeten nicht für nachfolgende Generationen ruiniert. Im Hinblick auf unregelte Einwanderungen müssen wir Menschlichkeit bewahren und eine Lösung für die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ finden, die sich mit unseren Werten deckt. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen in Lagern festsitzen oder ertrinken und zur gleichen Zeit Europa als eine Wertegemeinschaft gepriesen wird. Die Diskriminierung aufgrund der Herkunft muss aufhören und wir fordern eine Auseinandersetzung mit dem europäischen Grenzregime.

Um zu einem solchen neuen Leitmotiv für Europa zu gelangen, blicken wir als

religiöse Sozialist*innen auf die frühen Grundlagen der europäischen Zusammenarbeit zurück. Nach den Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkriegs und der größten Wirtschaftskrise, die es je gab, kamen die politischen Führer Europas zusammen, um Wege zu finden, um solche Schrecken für die kommenden Generationen zu verhindern. Wir haben die feierliche Verantwortung, dieses Erbe zu ehren, indem wir erneut eine positive Perspektive für Europa formulieren, die inklusiv ist und das gemeinsame interreligiöse Verständnis von Liebe und Gemeinsinn nutzt, das in allen Weltreligionen gilt.

Wir brauchen eine neue politische Ethik, eine neue Vision, warum europäische politische Zusammenarbeit notwendig ist, um soziale Sicherheit zu gewährleisten, eine grüne Wirtschaft für alle aufzubauen und eine Lösung für die humanitäre Krise zu finden, die die alltägliche Realität der Flüchtlinge überall auf unserem Planeten ist.

Als religiöse und demokratische Sozialist*innen Europas müssen wir die Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit gegen diejenigen entschieden verteidigen, die der Meinung sind, dass es besser ist, auf sich allein gestellt zu sein. Und wir sollten die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit noch entschiedener gegen diejenigen verteidigen, die nur die eigene nationale Wirtschaft im Sinn haben und dabei die Rechte der Arbeitnehmer*innen niederreten und unseren Wohlfahrtsstaat aushöhlen. Europa ist als soziale und demokratische Staatenunion nicht einfach nur eine Wirtschaftstechnokratie und auch kein Hindernis beim Aufbau einer besseren Welt für alle. Es ist eine politische

Notwendigkeit, sich den alltäglichen Herausforderungen zu stellen.

Daher fordert die Internationale Liga der Religiösen Sozialist*innen ILRS alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in ganz Europa auf, das Wort zu erheben gegen diejenigen, die das europäische Projekt zerstören wollen. Wir fordern dazu auf, den Mut zu haben, sich gegen diejenigen auszusprechen, die ver-

suchen, uns zu spalten. Wir betonen die Bedeutung einer neuen politischen Vision, die auf den Schlüsselwerten des demokratischen Sozialismus beruht: Solidarität, Freundlichkeit, Inklusion und Würde für alle.

Beschlossen in Utrecht, NL, am 29. September 2018

Es gibt Alternativen: Für ein sozial gerechtes, demokratisches und ökologisches Europa

Gegen den neoliberalen europäischen Mainstream!

Bundesvorstand BRSD

Vorbemerkung

Der Bundesvorstand des BRSD hat für die Konferenz der ILRS 2018 diesen Forderungskatalog entworfen und dort eingebracht:

Als Freundinnen und Freunde der europäischen Ideen eines gemeinsamen Europas

- können wir vom Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschland uns nur eine in Europa integrierte Bundesrepublik Deutschland vorstellen
- erkennen wir nach vielen inner-europäischen Kriegen in den letzten Jahrhunderten den hohen Wert eines Europas des Friedens
- beteiligen wir uns am weiteren und vertieften Ausbau der europäischen Ideen eines Sozialstaats und einer Regulierung der Wirtschaft

Als Freundinnen und Freunde der europäischen Ideen eines gemeinsamen Europas

- erkennen wir, dass die aktuelle Situation Europas und seiner Mitgliedsländer geprägt ist von gravierenden demokratischen Mängeln ...
- erleben wir Angriffe von rechts auf den europäischen Gedanken und die Zunahme eines zunehmend gewalttätigen Nationalismus in den Mitgliedsstaaten ...
- sehen wir den Abbau des Sozialstaatsgedankens und der starken Zunahme von Klassen-spaltungen. Wir sehen zunehmende soziale Ungleichheit und kaum mehr nachvollziehbare Unterschiede in der Einkommensverteilung sowohl in Europa insgesamt als auch in den einzelnen Mitgliedsländern ...
- leiden wir wie der Großteil der europäischen Bevölkerung unter den zunehmenden Wirtschaftsproblemen und infrastrukturellen Mängeln (einerseits

- bei den Exporten bei den Weltmeistern und andererseits Arbeitslosigkeit für große Gruppen der Bevölkerung und verfallende Infrastrukturen) ...
- sind wir schockiert vom Abbau der Menschen- und Arbeiter*innen-rechte. Dies erkennen wir an der brutalen europäischen Asylpolitik und an der Abschottung Europas gegen Einwanderung. Wir protestieren gegen politische Vorhaben zur Eindämmung von Gewerkschaften und deren Rechte zur Mitbestimmung ...
 - sehen wir überall ökologische Probleme und die Schöpfung gefährdet. Der europäische ökologische Fußabdruck wird größer statt kleiner. Land, Wasser und Luft werden nach wie vor verschmutzt und als Ressourcen ausgebeutet. Nach wie vor werden Atomkraftwerke in den Mitgliedsländern gebaut und betrieben statt eine ökologische Energiepolitik umzusetzen ...
- ... damit verfehlt Europa GOTTES Gebote und ihre/seine humanistische Orientierung!

Unsere 13 wichtigsten Forderungen

1. Europa und seine Mitglieder müssen in die Zukunft investieren und das Gemeinwohl und die öffentliche Daseinsvorsorge stärken: wir wollen ein Investitionsprogramm, das die Massenerwerbslosigkeit (insbesondere junger Menschen) bekämpft und wirtschaftlichen und ökologisch-sozialen Aufschwung ermöglicht. Wir wollen eine Wirtschaft für die Menschen und für die Bewahrung der Schöpfung. Wir wollen insbesondere das Gemeinwohl und die öffentliche Daseinsvorsorge stärken.
2. Europa und seine Mitglieder müssen aktiv gegen drohende Finanzkrisen vorgehen: Bankenmacht einschränken und Finanzmärkte regulieren. Wir wollen den Bankensektor in Europa grundlegend umbauen. Das Finanzsystem braucht keine „Spielbanken“. Das Investmentbanking ist als Geschäftsfeld zu reduzieren und abzuwickeln. Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen. Schattenbanken müssen aufgelöst werden. Die öffentliche Kreditaufnahme muss von den Finanzmärkten befreit werden. Die EZB soll die Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren. Wir wollen einen Finanz-TÜV einführen und eine öffentliche europäische Ratingagentur schaffen. Ratings von Staaten lehnen wir ab.
3. Europa und seine Mitglieder müssen die Steuerflucht bekämpfen: Reichtum und Spekulation besteuern. Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die gesamte Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die bei 11 Billionen Euro liegt. Wir schlagen vor für einen europäischen Sozialplan in allen EU-Staaten eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro einzuführen. Wir wollen endlich die schon lange nötige Finanztransaktionssteuer: Finanzspekulationen sind mit einer Steuer je Transaktion von 0,1 Prozent zu belegen. Wir fordern, das Steuerdumping für Unternehmen zu beenden: mit einem EU-weiten Mindeststeuersatz bei der Unternehmensteuer. Wir wollen Steuerflucht der Millionäre und Milliardenäre bekämpfen: Wir wollen in der EU die Steuerpflicht der Bürgerinnen

- und Bürger an die Staatsbürgerschaft binden. Steuer-Oasen müssen trockengelegt werden.
4. Europa und seine Mitgliedsstaaten müssen sich einsetzen für europaweite Mindestlöhne und den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit bekämpfen. Wir fordern soziale Standards in ganz Europa – für gute Arbeit, gleiche Arbeitsrechte und soziale Sicherheit für Jung und Alt, Frau und Mann.
 5. Europa und seine Mitgliedsstaaten müssen gewerkschaftliche Rechte ausbauen und stärken. Damit sollen Gewerkschaften und Tarifvertragliche Arbeit europaweit gestärkt werden: Wir fordern Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem und Möglichkeiten grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten. Wir ermutigen die Ländergewerkschaften zur Kooperation und zum Aufbau von europäischen Gewerkschaften.
 6. Europa und seine Mitgliedsländer müssen endlich Schluss mit Geheimverhandlungen sogenannter „Freihandelsverträge“ machen! Wir fordern Handelsverträge mit klaren Orientierungen an sozialen und ökologischen Voraussetzungen, wir lehnen vor allem antidemokratische und geheime Investitionsgerichte ab. Wir akzeptieren keine Konzernklagen gegen Staaten. Wir fordern: keine „Negativlisten“ in den Handelsverträgen (was dort nicht auftaucht ist automatisch für den „freien Markt“ geöffnet) und keine Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge. Der Ausschluss und die weitgehende Entmachtung der Parlamente der Mitgliedsländer bzw. des EU-Parlaments beim Abschluss dieser Verträge ist zu beenden.
 7. Europa und seine Mitgliedsländer sollen eine europäische Friedenspolitik umsetzen: Krieg darf – um der Menschen und um Gottes Willen – kein Mittel der Politik sein! Deshalb sollen Auslandseinsätze beendet werden! Wir wenden uns gegen die aktuell diskutierte Aufrüstung und Erhöhung der Militärhaushalte in den Mitgliedsländern und der EU. Die ILRS und ihre Mitgliedsorganisationen sind Teil mit der Friedensbewegung und kämpfen gegen die Militarisierung der Europäischen Union.
 8. Europa und seine Mitgliedsländer sollen „umrüsten“: deshalb fordern wir Rüstungsexporte EU-weit zu verbieten! Die EU-Staaten sind gemeinsam neben den USA der größte Rüstungsexporteur der Welt. Wir schlagen die zivile Konversion von Rüstungskonzernen vor.
 9. Europa und seine Mitgliedsländer sollen keine „Festung Europa“ aufbauen! Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not! Wir orientieren uns in Richtung einer sinnvollen Einwanderungspolitik und für ein europäisches Asylrecht, das sich als Menschenrecht versteht. Wir wollen den Abbau der Abschottungs- und Überwachungssysteme FRONTEX und EUROSUR und eine Unterstützung der europäischen Mittelmeeranrainer.
 10. Europa und seine Mitgliedsländer sollen demokratischer werden! Wir wollen die Demokratie und die Parlamente stärken. Wir wollen das europäische Parlament stärken: es muss in demokratischer Hinsicht und im Blick auf seine Rechte, insbesondere gegenüber der Kommission, deutlich gestärkt werden. Es soll durch ein verstärktes

Legislativrecht eine echte europäische Legislative (inkl. Lobby-register, Gläserne Abgeordnete, ...) werden. Wir fordern, dass die Europäische Kommission – in vielerlei Hinsicht delegitimiert – künftig durch die europäischen Bevölkerungen gewählt wird, statt durch Regierungen ernannt.

Wir verlangen die Einrichtung eines europäischen Bürgerkonvents, welcher u.a. über die Vertiefung der EU, die Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten und die Weiterentwicklung der EU entscheiden soll.

Wir wollen Bürgerentscheide stärken und mit Volksentscheiden und mit einer reformierten und einfacheren europäischen Bürgerinitiative den Stimmen der Bevölkerungen Gehör verschaffen. Besonders sollen auch die Bürgerrechte geschützt und ein umfassender Datenschutz garantiert werden.

11. Europa und seine Mitgliedsländer müssen den Wirtschafts-Lobbyismus bekämpfen! Wir wollen, dass ein verbindliches und transparentes Lobbyregister eingeführt wird. Wir treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten aus der Wirtschaft in der EU-Kommission und von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

12. Wir Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten engagieren uns in Europa und in unseren Ländern für eine pluralistische linke Bewegung – dabei orientieren wir uns nicht nur an Parteien, weder an der Sozialdemokratie noch an anderen Linken Parteien. Wir kritisieren diese Parteien, wo diese nicht auf ein Mehr an Demokratie setzen und keine sozialistisch orientierte Politik verfolgen, sondern der Ideologie des Neoliberalismus erlegen sind. Wir streben eine plurale Linke an ohne gegenseitige Bevormundung und suchen entsprechende Bündnispartner*innen. Wir arbeiten aktiv in den sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft und in den Gewerkschaften mit!

13. Als religiöse Sozialist*innen möchten wir die Zusammenarbeit der Religionen in Europa fördern. Wir unterstützen die (die Religionen und Konfessionen übergreifende) ökumenische Bewegung. Wir wollen, dass der ILRS und als dessen Mitgliedsorganisationen aktiv die Idee eines europäischen Kirchentags (Anfang der 2020er Jahre) unterstützt und sich dort aktiv beteiligt.

Dieser Forderungskatalog wurde von der ILRS Konferenz in Utrecht, NL, am 29. September 2018 angenommen.

Auf dem Weg zu einer Europäischen Sozialunion

Von Frank Vandenbroucke

Vorbemerkung der Redaktion: Frank Vandenbroucke hat auf der Konferenz der ILRS in Utrecht im Herbst 2018 einen Vortrag gehalten zu den

Entwicklungschancen einer Europäischen Sozialunion. Die Konferenz hat diese bereits angestoßenen Entwicklungen als positiv bewertet. Es ist allerdings immer noch die Frage, ob und wie diese Sozial-

union sich entwickelt. Dieser Beitrag hier ist eine Zusammenfassung des Vortrags.

Vorschlag für eine Europäische Sozialunion

Die Gründerväter des europäischen Projekts waren überzeugt, dass die europäische Wirtschaftsintegration zur Entwicklung wohlhabender nationaler Wohlfahrtsstaaten beitragen würde, während die sozialpolitischen Anliegen im Wesentlichen auf nationaler Ebene verbleiben. Die Geschichte hat ihnen nicht bewiesen, dass sie sich irrten, zumindest nicht bis Mitte der 2000er Jahre. Doch die Erfahrung mit der anhaltenden Krise, die Europa getroffen hat, zwingt uns, die Frage zu überdenken: Wie kann die EU eine erfolgreiche Union florierender Wohlfahrtsstaaten sein? Sowohl links als auch rechts im politischen Spektrum würden viele argumentieren, dass es trotz widersprüchlicher Ansichten über den genauen Policy-Mix, der benötigt wird, entscheidend darauf ankommt, die richtige Art der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik auf EU-Ebene umzusetzen. Meine Idee dazu ist von einer anderen Position inspiriert: Ja, die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik ist entscheidend, aber sie kann nicht von der längerfristigen Notwendigkeit isoliert werden, ein sozialpolitisches Konzept für die EU zu entwickeln, d.h. einen Grundkonsens über die Rolle, die die EU spielen sollte, und die Rolle, die sie im Bereich der Sozialpolitik nicht spielen sollte. Das Argument ist nicht, dass die EU selbst zu einem Wohlfahrtsstaat werden sollte. Die Wiederherstellung der sozialen Souveränität der Mitgliedstaaten, bei der die EU ihre Rolle strikt auf die Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik beschränkt, ist jedoch ebenfalls kei-

ne Option. Wir brauchen ein kohärentes Konzept für eine „Europäische Sozialunion“ (siehe auch: Vandenbroucke et al., 2017).

Ich benutze den Begriff „Sozialunion“ sehr bewusst aus drei Gründen. Erstens fordert der Begriff „Sozialunion“ uns auf, ein klares Konzept vorzuschlagen, im Gegensatz zu dem eher vagen Begriff des „sozialen Europas“, der oft in den Diskussionen über die EU auftaucht. Zweitens zeigt es, dass wir über die herkömmliche Forderung nach einer „sozialen Dimension“ an die EU hinausgehen sollten. Es wäre falsch zu behaupten, dass die EU heute keine soziale Dimension hat. Die Koordinierung der Sozialversicherungsrechte für mobile Arbeitnehmer, die Normen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und einige Richtlinien über die Arbeitnehmerrechte stellen einen nicht trivialen rechtlichen Besitzstand dar. Die EU hat auch eine solide Rechtsgrundlage für die Durchsetzung der Nichtdiskriminierung von EU-Bürgern geschaffen. Der Gedanke einer Europäischen Sozialunion gründet sich nicht auf die Ablehnung dieses positiven Beschlusses. Die nächsten Schritte können auf diesem Beschluss aufbauen. Die nächste Entwicklungsstufe muss jedoch auf eine neue Herausforderung reagieren, bei der es um mehr geht als um das „Hinzufügen einer sozialen Dimension“. Drittens ist die Betonung einer Sozialunion kein Zufall. Eine Europäische Sozialunion ist kein europäischer Wohlfahrtsstaat: Sie ist eine Union nationaler Wohlfahrtsstaaten mit unterschiedlichen historischen Hinterlassenschaften und Institutionen. Eine Union nationaler Sozialstaaten erfordert eine konkretere Solidarität zwischen diesen Sozialstaaten als kollektive Einheiten. Aber sein Hauptzweck besteht nicht

darin, die zwischenmenschliche Umverteilung zwischen einzelnen europäischen Bürgern über die nationalen Grenzen hinweg zu organisieren; die wichtigsten Solidaritätsmechanismen, die die EU jetzt entwickeln muss, sind die zwischen den Mitgliedstaaten; sie sollten sich eher auf die Versicherungslogik als auf die Umverteilung beziehen (und die Unterstützung sozialer Investitionsstrategien, ein Argument, das ich hier nicht entwickeln kann). In einigen Politikbereichen müssen wir möglicherweise die praktische Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch auf der Ebene der EU überdenken. Eine „Union der Wohlfahrtsstaaten“ würde jedoch die Subsidiarität als grundlegendes Organisationsprinzip anwenden. Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten erfordert einen gewissen Grad an Konvergenz, aber Konvergenz ist nicht dasselbe wie Harmonisierung. Generell sollte die Praxis einer Sozialunion weit entfernt sein von einem top-down- und einheitlichen Ansatz für die sozialpolitische Entscheidungsfindung in den Mitgliedstaaten.

Der Kerngedanke lässt sich wie folgt zusammenfassen: Eine Sozialunion würde die nationalen Wohlfahrtsstaaten auf systemischer Ebene in einigen ihrer Schlüsselfunktionen unterstützen und die inhaltliche Entwicklung der nationalen Wohlfahrtsstaaten – über allgemeine Sozialstandards und -ziele, die den Mitgliedstaaten Wege und Mittel der Sozialpolitik überlassen – auf der Grundlage einer operativen Definition des „Europäischen Sozialmodells“ steuern. Mit anderen Worten, die europäischen Länder würden in einer Union mit einem expliziten sozialen Ziel zusammenarbeiten – daher der Begriff Europäische Sozialunion.

Die eine Schlüsselfunktion der Sozialstaaten, auf die ich mich hier konzentriere, ist die Stabilisierung, aber ich hätte auch andere Beispiele für Funktionen des Sozialstaates nennen können, die von einer Sozialunion unterstützt werden sollten. Denken Sie zum Beispiel an die Festlegung europäischer Regeln für die Unternehmensbesteuerung, die es den nationalen Regierungen ermöglichen würden, ein ausgewogenes Steuersystem aufrechtzuerhalten. Wenn ich Europa mit den USA (als Staatenbund mit hoher Konvergenz) vergleiche, zeigt dieser Vergleich grundlegende Mängel in der Gestaltung der Eurozone und das Paradoxon der parochialen Solidarität auf. Ich halte die USA jedoch nicht für ein „Beispiel, dem man folgen muss“, weder in Bezug auf die politischen Institutionen noch auf das Sozialmodell. Wir Europäer befinden uns auf Neuland: In der ganzen Welt gibt es kein einziges Beispiel für eine „Union der Wohlfahrtsstaaten“, wie sie die EU sein sollte.

Politisch gesehen ergibt sich daraus ein kompliziertes Rätsel: Es sollte für alle von Vorteil sein, wenn es darum geht, die Souveränität und Risiken zu teilen. Aber wie schafft man das, wenn es kein gegenseitiges Vertrauen gibt und wenn man denkt, dass man die Kontrolle über seine eigene nationale Situation zunehmend verliert? Letzteres ist der Kern der Debatte: Die EU ist zum Synonym für „Kontrollverlust“ geworden. Wenn wir nicht bereit sind, Risiko und Souveränität zu teilen, werden wir nicht in der Lage sein, die Kontrolle wieder zu übernehmen. Politisch gesehen mögen die in hier vorgestellten Argumente heute einen harten politischen Kampf erfordern. Wir sollten uns jedoch nicht vor dem rationalen Argument scheuen: Um die Kontrolle zurückzuerobern, müssen

die Europäer bereit sein, Risiken und Souveränität in einigen Schlüsselbereichen – nicht in allen Bereichen – ihres Wohlfahrtsstaates zu teilen.

Stehen wir derzeit an einem Wendepunkt?

Als Jean-Claude Juncker Präsident der Europäischen Kommission wurde, betonte er immer wieder die Notwendigkeit einer sozialen Dimension des europäischen Projekts. Werden wir auf die Kommission Juncker als einen Wendepunkt in der Entwicklung der sozialen Dimension der EU zurückblicken? Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben im November 2017 gemeinsam und feierlich eine europäische Säule der sozialen Rechte ausgerufen und damit eine der Unterschrifteninitiativen von Jean-Claude Juncker erfüllt. Junckers Mitteilung zur Säule war ehrgeizig: Es hieß, es gehe darum, „neue und wirksamere Rechte für die Bürger zu schaffen“, und er forderte eine Einigung zur Säule „um soziale Fragmentierung und Sozialdumping zu vermeiden“. Die Einleitung dieser Säule war kein Einzelfall, sondern passte in eine breitere Entwicklung der EU-Politik. In den letzten fünf Jahren hat sich die Kommission von der Betonung der Haushaltskonsolidierung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit abgewandt, die unmittelbar nach der Finanzkrise von 2008 dominierten. Bereits 2013 wurde im Sozialinvestitionspaket der Kommission ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Agenda der EU zu erweitern. Unterhalb des Radars gewannen soziale Fragen im europäischen Semesterprozess zunehmend an Bedeutung. Offizielle Reflexionspapiere und Roadmaps zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungs-

Union betonten nicht nur die Dringlichkeit einer gut organisierten Risikoteilung auf der Ebene der Eurozone, sondern betonten auch die Notwendigkeit einer sozialen Dimension bei der Vollendung der WWU. Die Kommission hat das heikle Problem der entsandten Arbeitnehmer angegangen und die Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde angekündigt ... So konzipiert, war die Säule der sozialen Rechte nur ein Beispiel für einen schrittweisen, vorsichtigen, aber bewussten Politikwechsel auf der Ebene der Kommission.

Die Säuleninitiative kann sich jedoch auch als der entscheidende Moment in diesem Politikwechsel erweisen, mit länger anhaltenden Folgen – entweder positiv oder negativ. Positiv ist, dass die Säule zu einer politischen Agenda werden kann, die über die Amtszeit dieser Kommission hinaus eine echte Dynamik erhält. Wenn die EU dagegen das in der Säule verankerte Versprechen nicht einlöst, wird die Initiative nach hinten losgehen, und die Frustration, die sie hervorruft, wird jeden neuen Versuch untergraben, die EU auf lange Sicht mit einer umfassenden sozialen Dimension auszustatten. Die feierliche Proklamation der Säule markiert also einen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt: Entweder es wird ein ausreichend überzeugender und erkennbarer Erfolg sein, oder es wird ein hochkarätiger Misserfolg. Offensichtlich ist die Jury noch nicht entschieden und ein endgültiges Urteil wird Zeit brauchen, vielleicht Jahre. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags gibt es einen einfachen Grund, warum die Jury noch nicht ausgeschieden ist: Wir befinden uns im Prozess der demokratischen Politik, und wir können nicht vorhersagen, wie wichtig die feierliche Er-

Die EU als Versicherungsunion: eine Impfmeterapher

Warum sind Stabilisierungsinstrumente in den Währungsunionen zu zentralisieren?

Risikoteilung (Pooling); Externalitäten eines nationalen öffentlichen Gutes (Impfung)

Mindestanforderungen an eine effektive Stabilisierungskapazität:

„Impfung“ gegen den sozialen Zerfall: obligatorisch (Mindestanforderungen) und subventioniert (Rückversicherung); ausreichend großzügige Arbeitslosenunterstützung, insbesondere kurzfristig; ausreichende Deckungsquoten der Arbeitslosengeldsysteme; keine Arbeitsmarktsegmentierung, die einen Teil der Erwerbsbevölkerung schlecht versichert lässt; keine Verbreitung von Arbeitsverhältnissen, die nicht in die Sozialversicherung integriert sind; wirksame Aktivierung von Arbeitslosen; Haushaltspuffer in guten Zeiten, damit automatische Stabilisatoren ihre Arbeit in schlechten Zeiten verrichten können.

Diese Grundsätze werden zwingend erforderlich, wenn die Eurozone mit einer Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme ausgestattet werden soll (zur Vermeidung einer „institutionellen moralischen Gefährdungslage“ die in eine Legitimationskrise führen würde).

EWU: Gemeinsame Normen für widerstandsfähige Wohlfahrtsstaaten:

Ein gemeinsames Verständnis von Flexibilität; Arbeitsmarktinstitutionen, die in der Lage sind, die Lohnkoordination zu verbessern (effektive Tarifverhandlungen).

Bündel von politischen Grundsätzen für eine angemessene Stabilisierungskapazität in den MS:

Ausreichend großzügige Arbeitslosenunterstützung, insbesondere kurzfristig; ausreichende Deckungsgrade der Arbeitslosengeldsysteme; keine Arbeitsmarktsegmentierung, die einen Teil der Erwerbsbevölkerung schlecht gegen Arbeitslosigkeit versichert lässt; keine Verbreitung von Arbeitsverhältnissen, die nicht in die Systeme der Sozialversicherung integriert sind; effektive Aktivierung von Arbeitslosen

Dies führt zur Convergence in einigen Schlüsselmerkmalen der Wohlfahrtsstaaten der Eurozone. Entscheidung: Europäische Säule der sozialen Rechte auf dem Gipfel von Göteborg, 17. November 2017.

Resiliente (widerstandsfähige) EWU und Aufwärtskonvergenz in der EU

Effektive Tarifverhandlungen; ausreichend großzügige Arbeitslosenunterstützung, insbesondere kurzfristig; ausreichende Deckungsgrade der Arbeitslosengeldsysteme; keine Arbeitsmarktsegmentierung, die einen Teil der Erwerbsbevölkerung schlecht gegen Arbeitslosigkeit versichert lässt; keine Verbreitung von Arbeitsverhältnissen, die nicht in die Systeme der Sozialversicherung integriert sind; effektive Aktivierung von Arbeitslosen; Investitionen in Bildung und ECEC; besserer Einkommenschutz und Beschäftigungsperspektiven für Haushalte mit schwacher Bindung an die Arbeitsmärkte (Mindesteinkommenschutz/positive Anreize/Unterstützung von gering qualifizierten Arbeitskräften ...); Abdeckung, Transparenz und Vorhersehbarkeit der Mindestlöhne

klärung vom November 2017 für das neue Parlament und die neue Europäische Kommission nach den nächsten Europawahlen sein wird.

Allerdings ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Grundsätze der Säule in der nächsten europäischen Legislaturperiode in konkrete Politiken umgesetzt werden. Die Einhaltung des Versprechens der Säule setzt voraus, dass verschiedene Instrumente zur Umsetzung der Prinzipien kombiniert werden: EU-Rechtsvorschriften, politische Koordinierung und Benchmarking sowie EU-Finanzierung. Die Grundsätze der Säule sollten auch im Europäischen Semester und bei der steuerlichen und makroökonomischen Überwachung eine konkrete Rolle spielen. Erforderlich ist ein wirksamer „Fahrplan für die Umsetzung“, der auf der Komplementarität der bestehenden EU-Instrumente und einer wohlüberlegten Auswahl vorrangiger Initiativen beruht.

Mein Verständnis von der Daseinsberechtigung der Europäischen Säule der sozialen Rechte erklärt auch, warum ich glaube, dass sie nicht von der Notwendigkeit getrennt werden kann, Fortschritte bei der Vollendung der WWU in Richtung einer echten „Versicherungsunion“ zu erzielen, und es ist wichtig, die intellektuelle Kohärenz zwischen der Arbeit der Kommission an der Vollendung der WWU und ihrer Arbeit an der Säule der sozialen Rechte positiv anzuerkennen. Die öffentliche Debatte wird jedoch nach wie vor durch das Fehlen eines klaren analytischen Denkens über die Rolle, die die EU im Bereich der Sozialpolitik spielen sollte, und die Rolle, die sie nicht spielen sollte, behindert. In dem Moment, in dem die Säule vom Rat feierlich angenommen wurde, konnte man einige nationale Mini-

ster sagen hören, dass ihre Umsetzung in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, während andere Minister die Notwendigkeit konkreter Initiativen auf EU-Ebene betonten. Eine solche Verwirrung in den Debatten über das „Soziale Europa“ ist kein neues Phänomen, und es ist kein Zufall. Obwohl der Begriff „Soziales Europa“ in den Debatten über die EU allgegenwärtig ist, handelt es sich um einen unklaren und sogar mehrdeutigen Begriff. Für einige Menschen kann „Soziales Europa“ den Schutz der nationalen Sozialpolitik vor (neo-liberalisierenden) Folgen einer weiteren Europäisierung bedeuten“, für andere Menschen kann es „mehr supranationale EU-Initiativen“ bedeuten. Die einfache Feststellung, dass die Säule zum „Sozialen Europa“ beitragen sollte, wirft daher die Frage auf: Was sollte die EU tun, was sollten die Mitgliedstaaten im Bereich der Sozialpolitik tun und warum? Ich hoffe sehr, dass der Vorschlag für die Idee einer „Europäischen Sozialunion“ zur Klärung dieser Debatte beiträgt.

Literatur:

- Vandenbroucke, From the Gothenburg Social Summit to a European Social Union, Social Europe, 27 November 2017, <https://www.socialeurope.eu/gothenburg-social-summit-european-social-union>
- Vandenbroucke, Social policy in a monetary union: puzzles, paradoxes and perspectives, in: Boone, Marc; Deneckere, Gita & Tollebeek, Jo (eds.), The End of Postwar and the Future of Europe – Essays on the work of Ian Buruma, Verhandelingen van de KVAAB voor Wetenschappen en Kunsten. Nieuwe reeks, 31, Uitgeverij Peeters, 2017; accessible on www.frankvandenbroucke.uva.nl

- Vandenbroucke, Barnard, De Baere (eds.), A European Social Union after the Crisis, Cambridge: Cambridge University Press, September 2017, <https://doi.org/10.1017/9781108235174> (1st chapter, see www.frankvandenbroucke.uva.nl, item 263)
- Vandenbroucke, Risk Reduction, Risk Sharing and Moral Hazard: A Vaccination Metaphor, Intereconomics, Vol. 52, May/June 2017, Number 3, pp. 154-159.
- Vandenbroucke and Rinaldi, Social inequalities in Europe – The challenge of convergence and cohesion. In: Vision Europe Summit Consortium (eds.): Redesigning European welfare states – Ways forward, Gütersloh (<http://www.vision-europe-summit.eu/>)

Frank Vandenbroucke ist Professor an der Universität Amsterdam (UvA). Er lehrt auch an der Universität Antwerpen (UA), wo er den Lehrstuhl „Herman Deleeck“ innehat. Seit 1985 war er Mitglied des belgischen Parlaments für die niederländischsprachige sozialdemokratische Partei in Belgien (die Flämischen Sozialisten,

sp.a). Von 1999-2009 war er Minister in der belgischen föderalen und flämischen Regionalregierung. Er hat die Politik 2011 verlassen, ist aber immer noch Mitglied der sp.a. Seine aktuelle Forschung konzentriert sich auf die Auswirkungen der EU auf die Entwicklung der Sozial- und Beschäftigungspolitik in den EU-Mitgliedstaaten. Seine Veröffentlichungen sind unter diesem Link zu finden: www.frankvandenbroucke.uva.nl. Kontakt: f.i.g.vandenbroucke@uva.nl



Frank Vandenbroucke

Aus dem Vortrag: A European Social Union is a necessity, not a luxury auf der ILRS Conference: 27–29 September 2018 in Utrecht, Frank Vandenbroucke, Professor at the University of Amsterdam

Vor der Europawahl im Mai 2019 (Teil I)

Eine „Säule für soziale Rechte“?

Von Elmar Klink

Von 23. bis 26. Mai 2019 finden fast in ganz Europa gemeinsame Wahlen zum EU-Parlament statt, erstmals ohne Beteiligung von Großbritannien, das im Zuge seiner Brexit-Bestrebungen im März aus der EU austritt. Der Euro-Währungszone gehörte das Königreich ohnehin nicht an und behielt seine

Pfund-Währung. Wie zum Beispiel auch Dänemark als EU-Mitglied die Dänische Krone als Landeswährung beibehalten hat. Eine für viele, besonders reisende Touristen, wunderbare Sache, dieser offene Schengenraum ohne Grenzbäume, Passkontrollen und Zölle, dass man sich frei bewegen und in gut der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten mit demselben Geld zahlen kann von den Azoren und Madei-

ra bis Griechenland, von Zypern bis Irland und von Malta bis Finnland. Dasselbe Zahlungsmittel für 337 Millionen Einwohner*innen, aber noch immer mit 24 Amtssprachen in 27 Mitgliedsstaaten.

Brexit-Krise

Viel und nicht neu ist aber auch von einer tiefen, substanziellen Krise dieses vereinten Europas die Rede, wofür der 2016 beschlossene Austritt der Briten per knappem Referendum von 52 zu 48 Prozent, der das Land in etwa gleich viel Gegner und Befürworter der EU spaltete, nur eines der Symptome ist. Ein Schritt, der viele Briten (nach Umfragen über 60 %) inzwischen reut, den die Waliser, Schotten und Nordiren am liebsten durch erneute eigene Referenden für ihren Landesteil rückgängig machen würden. Der heute jedenfalls, das scheint gewiss, so nicht mehr pro „Leave“ (Exit) ausfallen würde. Die britische Premierministerin May, keineswegs selbst eine glühende Brexiteer, hatte dies nun in schwierigen Austrittsverhandlungen mit der EU auszuhandeln. Gegen das Ergebnis formierte sich jedoch in den eigenen konservativen Reihen wie auch im übrigen Unterhaus massiver Widerstand, so dass May die in den Januar verschobene Abstimmung über die Annahme des Vertrags mit der EU hochkant verlor. Stattdessen stellte sie im Dezember in ihrer Partei die Vertrauensfrage, die mit 200 Ja- zu 117 Nein-Stimmen für sie keineswegs klar ausfiel. Dieser Brexit hat das einstige Commonwealth-Mutterland durchgeschüttelt und gezeichnet, wie es keine Pestepidemie des Mittelalters vermocht hätte. Das Land der Briten, zweitstärkste Volkswirtschaft der Union, geht ab 29. März ökonomisch iso-

liert und auch politisch einer ungewissen Zukunft entgegen.

Folgen der Finanzmarktkrise

Ein anderes Kapitel für ein drohendes Auseinanderfallen der EU wurde im Zuge der schweren, weltweiten Finanzmarktkrise ab 2008 geschrieben, bei der sich Länder wie Irland, das vom Sog der Immobilienpleiten in den USA am härtesten ergriffen wurde, und in arge Liquiditätsnöte geratene Länder wie Portugal, Spanien, Italien und vor allem Griechenland in schwierigster nationaler Insolvenzlage wiederfanden. Vor allem Griechenland erwies sich dabei mit Abstand als der am schwersten zu bewältigende Brocken bei der „Rettung“ vor dem freien Fall, in den das Land finanziell und ökonomisch zu stürzen drohte. Nicht nur einmal war man knapp davor, die Eurozone zu verlassen, um wenigstens mit einer eigenen Währung ein zusätzliches nationales Steueräquivalent in die Hand zurückzubekommen, die defizitäre Lage durch Währungsabgleich ein Stück weit aus eigener Kraft bereinigen zu können. Die EU-Kommission verordnete der griechischen Regierung nebst geliehenen Euro-Milliarden an finanzieller Unterstützung als strenge Auflage einen rigiden Spar- und Schrumpfungskurs. Vor allem bei den eigenen Sozial- und Infrastrukturausgaben, wobei ein sozialdemokratischer EU-Politiker namens Martin Schulz als „Sparkommissar“ keine gerade rühmliche Rolle spielte. Andere Länder wie Portugal und Spanien schafften es mit weniger EU-Finanzspritzen, aber dafür selbst auferlegten Austeritätskursen, die dem griechischen an einschneidender Härte kaum nachstanden, sich langsam zu erholen. Wenn hier von „erholen“ die

Rede ist, dann ist immer primär die Wirtschaft, das Unternehmertum und Bankengewerbe gemeint, nicht die Lage der einzelnen Bürger*innen. In Griechenland förderte die Krise schon vor ihrem richtigen „Ausbrechen“ das Emporkommen der linken Reformbewegung und -partei Syriza mit ihrem Vorsitzenden Zi-pras, die sich allerdings im Prozess der Umsetzung des „EU-Spardiktats“ nahezu vollständig aufrieb und deren sozialistische Zielsetzung dabei weitgehend verloren ging bzw. keine Rolle spielte. Jede andere gewählte Regierung hätte keine Wahl gehabt, als sich dem EU-Diktat zu beugen.

Populisten und Rechtsnationale

Seit etwa 2013/14 schwelt in der EU sicht- und bei Wahlen zählbar ein dritter Infektionsherd in Gestalt populistischer und rechtsnationaler Tendenzen, die in einer Reihe von Ländern wie Frankreich, Österreich, Italien und Schweden zum weiteren Erstarken von rechten und rechtsextremen Bewegungen und Parteien führten. Allen voran zu nennen wären der Front National in Frankreich, Berlusconi Forza Italia, in ihrer Bedeutung heute abgelöst durch die mitregierende Lega-Partei, aber auch Parteien wie die FPÖ in Österreich, Schweden-Demokraten oder AfD in Deutschland. Sie konnte bei der Bundestagswahl 2013 gerade noch knapp unter der 5-Prozenthürde gehalten werden, ist aber inzwischen in allen 16 deutschen Länderparlamenten mit zum Teil starken Abgeordnetenkontingenten vertreten und sitzt seit 2017 mit 92 Abgeordneten auch im Deutschen Bundestag. Die seit der Nationalratswahl 2017 stark nach rechts gedriftete, neue österreichische ÖVP/FPÖ-Regierung unter Kanzler Kurz

ist auf Nationalkurs zur deutlichen EU-Skeptikerin bis -kritikerin mutiert, hat eine von der FPÖ gestellte, parteilose Außenministerin und hatte von Juli bis Dezember 2018 den EU-Ratsvorsitz inne, den Kurz für seine Ziele zu nutzen suchte.

In Ländern wie Holland, Belgien und Dänemark sehen sich konservative Parteien teils in Regierungskoalitionen dem Druck populistischer Partner ausgesetzt. In Belgien brach im Dezember eine solche Koalition unter Beteiligung der flämischen N-VA über die Frage Ja oder Nein zum UN-Migrationspakt auseinander. In Schweden herrscht seit Monaten nach dem Verlust der rot-grünen Regierungsmehrheit bei der letzten Reichstagswahl ein Patt zwischen rechts und links und wiederholt gelang bisher keiner Seite eine neue Regierungsbildung. Dabei hat auch das liberale Schweden die Migrationsbremse schon längst härter angezogen. In Frankreich hat der liberal-konservative Mitte-Kurs von Staatspräsident Macron dem Land vorerst ein völliges Umkippen nach rechts im FN-Sog Marine Le Pens erspart. Aber die parlamentarische Linke um die Sozialisten ist schwach wie nie. Mit der gegenwärtigen Rebellion und dem organisierten Widerstand in Form militanter Demos, Blockadeaktionen und regelrechter Straßenschlachten mit Plünderungen von Geschäften, machten wochenlang die sog. Gelbwesten ihrem Unmut über drastische Sozialkürzungen und existenzielle Bestandseinbußen Luft und ein Ende ist nicht absehbar. Sie zwingen Macron trotz aufgebotener, Zehntausender Polizisten zu Zugeständnissen und vorläufigen Rücknahmen von Teilen seines neoliberalen Umbauprogramms im Stil der einstigen rot-grünen Agenda

2010. Deren Urheber in Deutschland versuchen sich gerade klar von ihr durch sozialstaatliche Neuorientierung zu distanzieren und abzusetzen. Während die Union sich auch mit ihrer neuen Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer weiter voll zu ihr als neoliberalen Sozialabbau- und Disziplinierungsprogramm von Arbeitslosen bekennt.

Verfassungsvertrag gescheitert

Die Krise der EU ist kombiniert eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle, wenn man das Flüchtlingsproblem unter letzterem Aspekt zuordnen will. Man könnte noch hinzufügen, auch eine juristische, wenn man zurückblickt auf Verlauf und Ausgang der Bemühungen um den Abschluss eines EU-Verfassungsvertrages. Verschiedene Legenden nährten dessen Sinn und Nutzen als demonstrieren die Selbstbehauptung Europas, bewahren das europäische Gesellschaftsmodell und mache die EU demokratischer. Durch das Abstimmungs-Nein der Franzosen und Niederländer 2005 wurde das Vertragswerk letztlich gekippt. Teile davon fanden 2007 verfahrenswidrig nochmal Eingang in den Ersatzkonstrukt des Vertrags von Lissabon. Weitere, noch vorgesehene Referenden in einzelnen Ländern wurden danach jedoch abgeblasen. Doch ist den EU-Verantwortlichen und -politiker*innen auch klar, dass es auf Dauer nicht ohne demokratische und soziale Reformen an Haupt und Gliedern der EU abgehen kann. Vor allem, wenn man den Trend zu weiterer Rechtsentwicklung und populistischen Wahlsiegen stoppen will, für den die Euro-Wahl im kommenden Jahr auch ein Gradmesser und Indikator sein wird. Da behilft man sich statt einer neuen, breiten Verfassungsinitiative der-

zeit lieber mit Elementen einer Art von Reparaturpolitik. Es kommt in Mode, von gemeinsamen staatlichen Anstrengungen zu einem bestimmten Themenschwerpunkt neben „Gipfeln“ auch als von „Pakten“ zu sprechen, Flüchtlingspakt, UN-Migrationspakt, Sozialpakt usw.

Neue Europäische Säule: Sozial und kapitalistisch – geht das?

Der EU-Sozialgipfel im Herbst 2018 im schwedischen Göteborg auf Initiative der EU-Kommission gearbete noch eine weitere Begrifflichkeit, in dem von einer „Europäischen Säule sozialer Rechte“ (ESSR) gesprochen wurde. Mit ihr bekannten sich die 28 Staaten in einer Erklärung vom 17. November 2017 zu gemeinsamen Mindeststandards wie faire Löhne, Hilfen bei Arbeitslosigkeit und angemessene Renten, alles allgemein noch sehr dehnbare Ziele. Dabei sollen damit u. a. umfassende Reformen der europäischen Arbeitsmärkte angestoßen werden. Ein erster ESSR-Entwurf wurde von der Kommission im März 2016 veröffentlicht. Daran knüpfte ein Konsultationsprozess mit EU-Mitgliedsstaaten, Behörden, Sozialpartnern und Bürger*innen in der EU an. Dieser Prozess wurde am 23. Januar 2017 mit einer Konferenz der Kommission in Brüssel beendet. Der Inhalt der „Sozialsäule“ umfasst eine Präambel und drei Kapitel mit formulierten Zielwerten für zwanzig Bereiche. Kapitel I handelt von Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, nennt u. a. die Gleichstellung der Geschlechter und Aktive Unterstützung für Beschäftigte. Kapitel II beschäftigt sich mit Fairen Arbeitsbedingungen und zählt dazu u. a. Sichere Löhne und Gehälter; Information über Beschäftigungsbedingungen und

Kündigungsschutz; Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten; Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld. Das III. Kapitel widmet sich dem Sozialschutz und sozialer Inklusion (Einbeziehung), führt darunter u. a. Betreuung und Unterstützung von Kindern; Leistungen bei Arbeitslosigkeit; Mindesteinkommen; Alterseinkünfte und Ruhegehälter; Gesundheitsversorgung; Einbeziehung von Menschen mit Behinderung; Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose auf. „Die ESSR soll als eine Art Referenzdokument fungieren, mittels dessen sich die Arbeitsmarkt- und Sozialstandards in den Mitgliedsstaaten langfristig dem in der Säule definierten Niveau annähern sollen. Als konkrete Maßnahme zur Umsetzung des ESSR schlug die Kommission im März 2018 vor, eine Europäische Arbeitsmarktbehörde zu gründen und auch Selbständigen den Zugang zur Sozialversicherung zu ermöglichen.“ (zit. nach wikipedia).

Inwieweit die „Soziälsäule“-Charta praktisch tragend zu stützender Wirkung kommen soll, ist allerdings offen. Einer der gewichtigsten Kritikpunkte für die Betroffenenseite ist der Umstand, dass die Mitgliedsstaaten nicht zur Umsetzung verpflichtet sind, ähnlich wie das beim UN-Migrationspakt der Fall ist. EU-Bürger*innen können die in der Säule festgelegten Rechte nirgendwo einklagen. Die EU-Staaten befürchten ihrerseits Kompetenzverschiebungen zugunsten der EU-Kommission und beharren daher auf dem Prinzip der Nachrangigkeit (Subsidiarität) der Soziälsäule. Zum Staatenvorbehalt gegenüber der EU-Sozialagenda gehört auch die Furcht mancher Regierungen vor zusätzlichen Haushaltsbelastungen durch erhöhte Sozialleistungen

gen. Da liegt es nahe, dass die Initiative auch den Gewerkschaften nicht weit genug geht, während die Unternehmenseite in der ESSR eine Bremse für die Wettbewerbsfähigkeit der EU vermutet. Auch sehen EU-Skeptiker wie der konservative schwedische Oppositionspolitiker Eskil Erlandsson darin den Versuch der EU, mehr Einfluss zu erringen: „Brüssel treibt Dinge häufig voran, um mehr Macht an sich zu ziehen. Bei sozialen Fragen will ich das aber nicht. Das sollten die Staaten für sich entscheiden“, meint Erlandsson. (zit. nach Carsten Schmiester, NDR, 17.11.2017).

Der ARD-Korrespondent Schmiester äußerte sich in seinem Beitrag für tageschau.de überzeugt: „Die EU will mehr für soziale Gerechtigkeit, gute Jobs und Bildungschancen tun – auch um EU-Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen.“ Schmiester zitiert zum Wandel der EU hin zu einem sozialen Europa weiter EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: „Wenn wir glaubwürdig sein wollen, müssen wir liefern. Dies ist der Anfang, nicht das Ende, und wir haben noch nicht einmal Halbzeit.“ Es mutet schon etwas seltsam an, dass höchsten EU-Repräsentanten erst jetzt ihre verantwortliche „soziale Ader“ einfallen will. Vorerst steht die soziale Säule auch noch allein. „Die im Papier festgeschriebenen Rechte ... – alles unverbindliche Forderungen“, sollen „vor allem ein gutes Gefühl verbreiten und es den stärker werdenden EU-Skeptikern und Populisten schwer machen“ (C. Schmiester). Die, das bewies in diesem Jahr die Schwedenwahl, sitzen auch dem Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokraten und abgewählten Regierungschef Stefan Löfven im Nacken, da die erstarkten rechten

„Schwedendemokraten“ zum Zünglein an der Waage für jede Regierungsneubildung wurden, die damit ähnliche Sperrwirkung erzielen wie die AfD hierzulande. Noch beim EU-Sozialgipfel 2017 äußerte Löfven Zuversicht: „Die Diskussionen hier haben klar gezeigt, dass es eine große Bereitschaft gibt, die Interessen der Bürger ins Zentrum der europäischen Politik zu stellen. Wenn wir nun den Worten Taten folgen lassen, können wir die bereits wachsende europäische Wirtschaft weiter stärken.“ Löfven konnte mittlerweile die monatelange Krise der schwedischen Regierungsbildung im vergangenen Jahr beenden und steht unter Duldung der linken „Venstre“-Partei einem rot-grünen Minderheitenkabinetts vor, das nicht auf sehr stabilen Pfeilern steht. –

Im Zitat Löfvens drückt sich aber genau das Problem und der schier unlösbare

Spagat aus zwischen den Anforderungen und Zielen der Ökonomie, die EU-weit noch immer eine auf kapitalistischer Grundlage ist, und den berechtigten Forderungen und Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Denn unverrückbar gilt, was Anja Baisch in ihrem Buch „Soziale Kämpfe in der EU“ (2009) feststellt: „Die Europäische Union ist ein regionales Integrationsprojekt im Rahmen der globalen Transformationsprozesse des disziplinierenden Neoliberalismus“ (S. 30). Jeder grundsätzlichen Reform, jedem sozialen Wandel setzt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, Nationalstaat und Union, automatisch Grenzen. Nur von daher ist die Frage zu erörtern und beantworten, welche Herausforderungen es für (christliche) Linke in Europa gibt. Darum soll es in einem II. Teil „Um welches Europa geht es?“ gehen.

Vor der Europawahl im Mai 2019 (Teil II)

Um welches Europa geht es?

Von Elmar Klink

Oder wollen wir überhaupt eine EU wie die jetzige, wäre ebenso zu fragen. Im Grunde lässt die Überschrift für eine dezidiert linke Position nicht sehr viel Spielraum und hat fast rhetorischen Charakter. Deshalb vorab klar gesagt: Es kann für kritische, christliche und religiöse Sozialist*innen nur um ein antikapitalistisches, antimilitaristisches Europa als Ziel gehen oder keines. In dem aktiv die Menschenrechte und Menschenwürde geachtet, für wirkliche soziale Gerechtigkeit eingestanden und entschieden für Frieden und Abrüstung

eingetreten wird. Das ist der unverzichtbare Rahmen. Wie verträgt sich das im Hinblick darauf, wie die Europäische Union sich gegenwärtig präsentiert und politisch positioniert und in welche Richtung sie sich zu entwickeln gedenkt? Das ist das unweigerliche Spannungsverhältnis. Außer linken sozialistischen, pazifistischen und grün-ökologischen Kräften treten auch andere konservativ-liberale und rechtsnationale zur Wahl an. Ihnen gilt es durch eine Abkehr von Europa nicht das Feld zu überlassen. Es geht also vor allem auch um die Frage, welche Chance hat überhaupt eine gedachte und gemeinte „EU der und für die Men-

schen“ gegen alle Bestrebungen, in ihr etwas anderes zu sehen und aus ihr etwas davon Unterschiedenes zu machen? Im Übrigen werden hier Entwicklungen angesprochen und beschrieben, die, das wird meist übersehen, in ihrer deutlichen Tendenz schon vor 15 Jahren existierten! (s. Literatur).

Unübersehbar gibt Deutschland als die stärkste wirtschaftliche und technologisch innovative Kontinentalmacht mit seinen 82 Millionen Einwohner*innen in Europa den Ton an. Und das bestimmen die Bürger*innen allem Anschein nach nicht zuerst politisch durch Wahlen, sondern indirekt vor allem als Produzent*innen und Arbeitende in Unternehmen, Betrieben und vielfältigen Bereichen der Dienstleistungen. Ohne ihren bedeutenden wertschöpfenden Beitrag bei der Kapitalakkumulation, um es einmal in nüchterner Marxscher Kategorie auszudrücken, wäre dieses dominierende Deutschland in der EU nichts oder nicht mehr als andere. Es ist nicht zu viel oder kaum falsches gesagt, festzustellen, dass gerade in den vergangenen Jahren der europäischen Krisenpolitik die CDU-Kanzlerin Merkel und ihr CDU-Finanzminister Schäuble (bevor er Bundestagspräsident wurde) wie niemand sonst den politisch-wirtschaftlichen Kurs in Europa bestimmten und sich dabei weitgehend der flankierenden Unterstützung des deutschen Unternehmertums und der nationalen Industriemonopole sicher sein konnten, die dabei wie die gesamte, andere Schwächere z. T. erdrückende, Exportindustrie gut verdienten und weiteren Reichtum anhäuften. Also eine konzertierte Aktion der politischen EU-Klasse nur unter sich, unter weitgehen-

dem Ausschluss der Mehrheit der Menschen?

Ein „Deutsches Europa“

Der politische Journalist und Autor Tomasz Konicz vertritt und untermauert in seinem Buch „Aufstieg & Zerfall des Deutschen Europa“ (Münster 2015), dem hier eine Reihe von Denkanstößen entnommen sind, die These von einer rücksichtslosen Durchsetzung der Politik Berlins, Europa im Sinne der Verwertungsinteressen des deutschen Kapitals zu transformieren. Was zu verheerenden Folgen deutschen Dominanzstrebens in der Peripherie der Eurozone geführt habe (siehe Beispiel Griechenland). Er konstatiert hierbei das Auftreten eines verhängnisvollen, langfristigen Großmachtstrebens deutscher Funktionseliten aus Politik und Wirtschaft, das auf ein altes Ziel hinarbeite, an dessen Verwirklichung Deutschland bereits zwei Mal gescheitert sei: dem Erreichen einer deutschen Hegemonie in Europa. Die deutschen Funktionseliten, so Konicz, unternähmen einen dritten historischen Anlauf, um eine europäische Hegemonialstellung zu erringen. Dieser dritte Griff nach der Macht in Europa finde vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln und Methoden in einer Art Wirtschaftskrieg statt. Man mag an Konicz' Thesen eine gewisse Steilheit und Reduktion der Thematik allein auf diesen Hegemoniaspekt sehen und kritisieren, von der Hand zu weisen ist ihr Zutreffen allerdings keineswegs.

Träfe dies jedoch nur in etwa zu, müsste es deutliche Konsequenzen haben hinsichtlich dessen, was bei der Europawahl demnächst tatsächlich „zur Wahl“ steht. Klar ist, es wird im nächsten Europaparlament keine antikapitalistische, antimili-

taristische Mehrheit geben. Dafür reichen die aufgebotenen Kräfte nicht. Nach wie vor stellen die Konservativen, Nationalliberalen und Rechten die größten Blöcke. Klar ist aber auch, dass es dann darum gehen müsste, die Kräfte einer Europäischen Linken so stark und einflussreich wie möglich zu machen. Im Grunde ist dies allein schon ein ausreichendes Plädoyer für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung aus linker Perspektive, ohne sich dabei Illusionen und falsche Vorstellungen eines „Europas der und für die Menschen“ zu machen. Ziel muss dies jedoch allemal sein und bleiben. Zur Entscheidung stehen eine sozial gerechte oder neoliberal-kapitalistische EU, ein föderal-dezentrales (der Regionen) oder zentralistisches Staaten-Europa, eine offene oder sich abschottende EU, ein ökologisches oder seinen Natur- und Artenbestand zerstörendes Europa, ein ohne Waffen Frieden schaffendes oder ein für Interventionen militärisch hoch gerüstetes Europa.

Wichtige Politik- und Themenprüfsteine

Unverzichtbar wichtigste Prüffelder müssen deshalb neben der Sozial-, derzeit die Umwelt-, Friedens- und Migrationspolitik sein. Die Verhandlungen beim jüngsten Weltklimagipfel im polnischen Katowice haben gezeigt, dass es bei weitem nicht mehr reicht, fortschreibend nur Zielmargen wie die max. 2(1,5)-Grad-Erwärmung der Erde in den nächsten Jahren bis 2030 auszugeben, die unkontrolliert sowieso niemand ernsthaft einhält. Niemand von den etablierten nationalen „Playern“ wagt es noch, den radikalen Stopp statt weiterer 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zustand (bis 1850)

jetzt zu fordern und einzuleiten. Man muss sich nur einmal vergegenwärtigen, was 1,5 Grad mehr bei der Erwärmung global bereits an gewaltigen Verschiebungen bedeuten, wie es der „Weltklimarat“ in seiner jüngsten Studie (IPCC-Bericht) untersuchte. Die Konferenz ausgerechnet im oberschlesischen Kohlerevier, aus dem drei Viertel der polnischen Stromerzeugung aus Kohle stammt, machte erneut deutlich, dass es global nach wie vor an der erforderlichen Kooperation mangelt. China und Indien mit rund 40 Prozent der Weltbevölkerung beanspruchen bei der Einbindung in die Pariser Klimaziele für sich einen Sonderstatus. Die USA sind unter Trump, für den die sich abzeichnende globale Klimakatastrophe „Fake News“ sind, ganz aus ihrer Klimaverantwortung ausgestiegen. So titelte denn auch die konservative „FAZ“ nicht zu Unrecht mit der Feststellung: „Klimaschutz ohne Schützer“. Lebens- und evolutionsbedrohende Phänomene wie das Insekten-, Vogel- und allgemeine Artensterben in Flora und Fauna (teilw. 80 und mehr Prozent) u. a. aufgrund von Pestizideinsätzen in der Landwirtschaft (Bsp. Glyphosat), die hochgradige Warnindikatoren sind, verlangen jetzt durch- und grenzübergreifende Dringlichkeitsmaßnahmen in und durch die EU.

Folgen unnatürlicher Klimaextreme

Das Klima ist nicht mehr nur in natürlichem Wandel, das war und ist es schon immer, sondern verändert sich unter unserer megaindustriellen Einwirkung in immer rasanterem Tempo. Es gab auch vor Hunderten von Jahren und in noch früheren Menschheitsepochen schon Klimaextreme, Umwelt- und Naturkatastrophen, die die Kulturentwicklung beein-

flussten. Z. B. die letzte Eiszeit, den verheerenden Ausbruch des Vesuv 79 n. Chr. Oder das kalte, verregnete „Jahr ohne Sommer“ 1816 als Folge eines gewaltigen Vulkan-Staubausbruchs 1815 in Indonesien, der wie nuklearer Fallout um den Globus zog, den Himmel überall eintrübte und Europa Kältewellen, Missernten und Hungersnöte brachte. Es regnete tage- und wochenlang verstärkt, große Flüsse wie Rhein, Main und Donau traten heftig über die Ufer. In der Schweiz schneite es in den Sommermonaten häufig bis in Lagen von wenigen hundert Metern, In Kanada und den USA gab es im Juli und August Nachfröste und ebenfalls massive Ernteeinbrüche, die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen zum Teil horrend an, die Armut verschärfte sich. Erste größere Auswandererwellen von „Klima- und Wirtschaftsflüchtlingen“ von Europa nach Westen in die „neue Welt“ setzten ein.

Anhaltende Dürren, Wirbelstürme, Starkregen und unerwartete Überflutungen aufgrund eines Erlahmens und sogar Verschwindens atmosphärischer Strömungen (sog. Jetstreams) und gesteigerter Erderwärmung, wie besonders in diesem Jahr, bedrohen den EU-Raum zunehmend. Ausgefallene Ernten und Wassernot der Flüsse, Vorratsspeicher und Wasserstraßen erhöhen deutlich die Kosten für Lebensmittel, Energie- und Wasserverbrauch. Europa droht von Süden her zu „versteppen“. In den Alpen verschwinden ganze Gletscherregionen als natürliche, klimaregulierende Wasserspeicher für immer. Der tauende Permafrost hält Gestein und Fels der Berge in höheren Regionen nicht mehr zusammen. Felsstürze und lawinenartige Geröllabgänge (sog. Muren) bedrohen An-

siedlungen, Menschen, Tiere und Wälder. Expansiver Alpentourismus verändert einschneidend die bäuerliche Existenz und Lebenskultur. Das extrem verdichtende Planieren von Skipisten und künstliche Beschneigung zerstören den natürlichen Untergrund, auf dem im Sommer kein Grashalm mehr wächst. Statt Käse zu strengen EU-Hygieneauflagen noch selbst herzustellen, kaufen ihn die Menschen eingeschweißt in Plastik in den örtlichen Supermärkten zu Preisen, mit denen die Almbauern nicht mehr konkurrieren können. Exotische Fauna und Flora siedeln sich immer mehr überall an, überwuchern und verdrängen einheimische Arten und Spezies. Beschleunigter Kohleausstieg, E-Mobilität, nachhaltige Energieerzeugung, Biolandwirtschaft und -tierhaltung, Plastikreduktion in Nahrung, Flüssen und Meeren usw. können hier als weitere bedeutende EU-Aktionsfelder zugunsten von Natur und Umwelt und Senkung der atmosphärischen CO₂- und Stickoxidbelastung nur genannt, nicht weiter ausgeführt werden. Hier gilt es die Programme sozialdemokratischer, grüner und sozialistischer Gruppierungen im EU-Wahlkampf daraufhin genau zu prüfen, ob und wie sie Ernst machen wollen beim Schutz und Erhalt der Grundlagen unserer planetarischen Existenz. Es geht nicht mehr um hinhaltende Lippenbekenntnisse, Taten müssen konkret folgen! Es ist schon fünf nach zwölf.

Zum Thema Soziales ist bereits in Teil I dieses Beitrags einiges zu bedenkende angesprochen worden. Gegenüber dem offenbar plötzlich schlagenden sozialen Gewissen der ranghöchsten EU-Repräsentanten und tonangebenden Regierenden bleibt vorerst Skepsis angesagt. War-

um jetzt und nicht schon wesentlich früher? Man hat das untrügliche Gefühl, als ginge es dabei mal wieder vorrangig um die Sicherung des Systems EU als solchem gegen drohendes Auseinander- und Abdriften unter zunehmendem antisozialem und antidemokratischem Einfluss der Populisten und Rechten. Die ihre Bestrebungen und Initiativen als Europa-Gegner forcieren und koppeln, um möglichst stark ins nächste Europäische Parlament einzuziehen. Was ihnen allem Anschein nach auch gelingen wird, um dort ihre rechte Subversion gegen ein fortschrittliches Europa weiter zur Geltung zu bringen. Dabei muss klar gesagt werden: EU-Skepsis und EU-Kritik aus linker Sicht ist nicht dasselbe wie der frontale Angriff von rechts auf ein einiges soziales und gerechtes Europa. Den rechten Unterminierungsbestrebungen der Le Pens, Wilders', Gaulands, Kurz', Orbans, Salvinis und wie sie alle heißen, ist in Brüssel und Straßburg entschieden entgegenzutreten.

EU-Migrationsdesaster

Das heißt in Folge auch, jeder weiteren offiziellen Verschärfung zur ohnehin schon bestehenden in der Migrationsfrage klar die Stirn zu bieten. Die EU machte sich bisher mit ihrer Strategie der Eindämmung, Abwehr und Abschiebung von Flüchtlingen bis in Regionen Nordafrikas (Stichwort Sicherung der EU-Außengrenzen) keinen humanitären Namen beim Schutz und der Fürsorge für die vielen Geflüchteten. Die vor Kriegen, Gewaltkonflikten, politischer Verfolgung und – auch das muss klar festgestellt und miteinbezogen werden – existenziellen wirtschaftlichen und klimatischen Nöten und Anfechtungen von Leib und Leben

die Flucht ergreifen. Wir können mit unserer auf hochindustrieller Produktions- und Verwertungsweise basierenden Wachstumsmanie und rücksichtslosen Ressourcen-ausbeutung nicht weltweit Umwelt und Klima belasten und zerstören, und dann jenen, die anderswo am meisten Betroffene und Leidtragende davon sind, die Tür versperren und Aufnahme verweigern, weil wir sie abwertend als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamieren! Flüchtlinge sind Flüchtlinge und nicht Menschen zweiter oder dritter Klasse mit minderwertigeren Motiven. In der EU muss sich an geeigneter Stelle stark gemacht werden für eine Anerkennung von Asyl aus Wirtschaftsnotgründen, ebenso wie gegen die Unterscheidung bei der Zuwanderung zwischen willkommenen gut Ausgebildeten (die in ihren Ländern fehlen) und jenen ohne eine Ausbildung, die sie gut bei uns erhalten könnten, um dann vielleicht auch wieder mit anderer Perspektive in ihre Länder und zu ihren Familien zurückkehren zu können. Europa ist stark und reich und kann das alles schaffen, wenn es das auch will und dabei etwas weniger reich und stark bleiben wird. Dazu muss das Paradigma wechseln. Zum Beispiel beim Freihandel und „offenen Märkten“, worunter immer noch fälschlich „Entwicklungszusammenarbeit“ verstanden wird, was im Grunde nur der Ressourcenausbeutung und Absatzmarktsicherung für den Norden dient.

Friedensmacht – Militärmacht EU

Viel war anlässlich der umstrittenen Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union die Rede vom vorbildlichen und Beispiel gebenden „Friedenswerk“ der europäischen Eini-

gung nach 1945. Dieses brachte zwar im Kern die wichtige deutsch-französische Verständigung und Versöhnung, ebnete den Weg für den Ausgleich und die Verträge mit DDR, Polen und Moskau, stand aber immer auch im Zeichen und unter Erfordernissen der Westintegration und des Kalten Kriegs. Erwähnt sei nur der Marshallplan der USA unmittelbar nach 1945 als „European Recovery Programme“ für ganz Europa und sogar osteuropäische Länder, um sie dem Einfluss der Sowjetunion als Weltkriegs-Siegermacht zu entziehen und dagegen vor allem den ökonomischen Einfluss der USA in der westlichen Hemisphäre zu sichern. Der Aufbauplan, der auch die US-Wirtschaft ankurbeln sollte und von dem die drei Westzonen und dann die BRD erst an vierter Stelle hinter Großbritannien, Frankreich und Italien profitierten, die alle viele mehr Dollarhilfen erhielten, war eine Art Vorstufe zu EWG und EG bis hin zur EU. Die EU griff in den 1990er Jahren massiv in die Kriegshandlungen im zerfallenden Jugoslawien ein, und das nicht nur mit UN-Friedensmissionen. Im Fall des Srebrenica-Massakers 1995 an Tausenden bosnischen Männern unter Duldung niederländischer Blauhelme, versagten sie kläglich. Waffen, die damals aus dem EU-Raum in die Kampfzonen gelangten, stellen mit unklarem Verbleib bis heute ein ernstes Problem dar. Man befürchtet, dass sie als „tödlicher Strom“ wieder in die EU zurückgelangen und weiter Unheil anrichten könnten. Nicht genug damit, bombardierten 1999 im Kosovokrieg in vermeintlicher Annahme, Serbien würde „Massenvernichtungswaffen“ besitzen und einsetzen, die Luftwaffen von EU-Ländern, einschließlich der deutschen unter einer rot-grünen Regie-

rung(!), ohne UN-Mandat auch zivile Ziele der nationalen Infrastruktur wie Brücken, Verkehrswege und Industrieanlagen in Serbien und vertrieben serbisches Militär aus dem Kosovo. Dabei flüchteten und starben als Folge der Luftschläge bei „collateral damages“ (Kollateralschäden) nicht nur Soldaten.

Die EU wird derzeit als Folge des Rückzugs und gleichzeitig erhöhten Drucks der USA zu einer noch viel eigenständigeren Militärmacht im Sinne „Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) und „Ständiger Strukturierter Kooperation“ (PESCO) als bisher aufgerüstet und umstrukturiert mit offensivem „Fähigkeitsprofil“ wie bei der Bundeswehr. Treibende Motoren dabei sind die einstigen Erzrivalen Frankreich und Deutschland, Atommacht und atomare Teilhabemacht. Das 2014 beim NATO-Gipfel in Wales vereinbarte Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel verpflichtet gerade die EU-Länder zu erheblichen Mehranstrengungen auf dem Gebiet des Rüstungssektors. Es bedeutet im Fall Deutschlands eine schrittweise drastische Erhöhung des Militäretats bereits 2019 auf sage und schreibe 43,2 Milliarden Euro. Rund 10 Milliarden mehr als noch in den Jahren zu Beginn dieses Jahrzehnts und fünf Milliarden mehr als 2018. Die Bundeswehr soll um mehr als 20.000 Planstellen auf eine Stärke von dann 203.000 Soldat*innen aufgestockt werden. Man will bis 2024 die Marke von 1,5 Prozent des BIP beim NATO-Ziel erreichen, auch wenn das Trump & Co. nicht schnell genug geht und ausreichend ist, der 4 % fordert. Frankreich und Deutschland wachsen gerade als EU-Kernländer auf dem Rüstungssektor zu einem neuen europäischen Militär-In-

dustriellen-Komplex zusammen, indem von maßgeblichen deutsch-französischen Rüstungsunternehmen (Krauss-Maffei, Airbus, Nexter, Dassault Aviation) beim Bau des Panzers MGCS und neuen Kampfflugzeugs FCAS gemeinsame Programme aufgelegt und in Angriff genommen werden. Die CDU-Verteidigungsministerin von der Leyen unterstrich jüngst im Bundestag noch einmal die Wichtigkeit beider Projekte. Dagegen muss, wo immer an sensiblen Punkten möglich, d. h. auch im EU-Parlament und in dessen Ausschüssen Widerspruch geltend gemacht und parlamentarischer wie außerparlamentarischer Widerstand organisiert werden. Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die z. B. in Brennpunkten wie dem Ukraine-Bürgerkrieg tätig ist, muss noch viel stärker ein aktives, wirksames Friedens- und Schlichtungswerkzeug werden. Bestrebungen einer expansiven EU- im Verbund mit einer NATO-Osterweiterung, die von anderen Staaten wie Russland als „Bedrohung“ angesehen werden könnten, muss eine klare Absage erteilt und Einhalt geboten werden. Kein Weg führt die EU an ihrer Friedensrückbesinnung vorbei.

Quellen/Literatur (u. a.):

Die Linke (Hg.): Wahlprogramm zur Europawahl 2019 (Entwurf). PDF-Datei. Europa. Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zur Wochenzeitung Das Parlament. Nr. 37/2017 (11.9). Rudi Friedrich, Tobias Pflüger (Hg.): In welcher Verfassung ist Europa? Europäische Union: Militarisierung und Flüchtlingsabwehr. Grafenau 2004. Wolfgang Pomrehn: Von Paris nach Katowice. Klimakrise und Klimapolitik nach der Pa-

riser Übereinkunft und dem IPCC-Bericht 2018, in: Z., Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 116, Dezember 2018, S. 162-172. Programm der DKP zur EU-Wahl 2019, in: uz 51/52, 21. Dezember 2018, S. 17. Andreas Wehr: Die Europäische Union. Köln 2018 (3., grundlegend aktualisierte und erweiterte Aufl.). Ders.: Europa, was nun? Trump, Brexit, Migration und Eurokrise. Köln 2018

*Klink, Elmar
Jg. 1953; freier
Autor; 1978-83
Studium der
Sozialarbeit und
Sozialwissen-
schaft in Bremen;
Kriegsdienstver-
weigerung 1971
und Zivildienst
1976/77 beim
Sozialen Frie-
densdienst Bre-*



Elmar Klink

*men e. V. in der gemeindlichen Kinder-
garten- und offenen Jugendarbeit;
frühere langjährige Berufstätigkeit in
Beratung und Öffentlichkeitsarbeit einer
Bundesgeschäftsstelle für evangelische
Friedensarbeit; aktiv in Gewaltfreier
Aktion, Antikriegs- und Friedensbewe-
gung; Mitarbeit an politischen Zeitun-
gen; Aufsätze und essayistische Beiträge;
lebt in Bremen.*

Vor der Europa-Wahl 2019

4 Fragen zu Europa

Die Fragen wurden von der Redaktion an verschiedene Mitglieder des BRSD gestellt.

1) Welche spirituelle Idee verbindest Du mit dem Begriff „Europa“?

Wilfried: Für mich ist „Europa“ der Kontinent, auf dem die Idee und Praxis der Demokratie und der Menschenrechte, der Freiheit und Selbstbestimmung gefunden oder weiterentwickelt wurden. Es ist für mich ein Kontinent, auf dem Selbstverwaltung und Selbstorganisation in Praxis und als Konzept erstanden sind. Und Europa ist der Erdteil, auf dem immer wieder und von Anfang an verstanden worden ist, dass alle diese Ideen und Werte nicht gelebt werden können, wenn die sozialen Voraussetzungen dafür nicht geschaffen sind und kein Frieden untereinander herrscht. Ein solches Europa wäre ein Europa, das meinem Verständnis des christlichen Glaubens entspricht.

Martina: Mit Europa verbinde ich keine spirituellen Ideen, es sei denn, dass Name und Gestalt Europa aus der griechischen Mythologie stammen. Ich kann die Frage schlecht nachvollziehen. Auch „Vaterland“, „Vive la France“, „Ostdeutschland“, „Tibet“, „das revolutionäre Nikaragua“, „America first“ sollten nichts Spirituelles an sich tragen. Anders verhält es sich für mich mit „Völkerverständigung/Völkerfreundschaft“, „Versöhnung“, „Frieden“, „Solidarität“. Diese auch europäischen Begriffe und Sachverhalte/Prozesse sind zumindest ideelle – und hoffentlich auch wirkliche – Güter, die aber nicht regional oder kulturell ge-

bunden sind. Theologisch sind die idealen Werte auch Zuspruch und Anspruch von Gott an uns Gläubige: aus der Versöhnung im Christus Jesus und der Hoffnung auf den Ewigen Frieden, also aus der Solidarität Gottes, Jesu und der Ruach/des Geistes mit uns dürfen wir Kraft und Aktivität schöpfen, schon in Welt und Geschichte versöhnt zu leben und Frieden zu schaffen.

Volker: Europa bedeutet für mich zu aller erst ein auf Verträgen und Institutionen beruhendes Friedensprojekt.

Friedenserhaltung beruht auf Austausch, Kompromissen und gutem Willen.

Jürgen: Die Welt wächst zusammen im Guten wie im Schlechten. Manche Probleme sind global und deshalb auch nur global zu lösen. Auf diesem Weg der aus dem Verbund von Nationalstaaten, die auch mal eine größere Einheit aus vielen noch kleineren Einheiten bestand, ist Europa ein weiterer Schritt. Für den Zusammenhalt wurde der Nationalstaat spirituell aufgeladen, was auch immer die Tendenz eines überladenen Nationalismus zur Folge hatte. Diese Gefahr besteht weniger für den europäischen Gedanken, da er sich auch aus den schlechten Erfahrungen eines destruktiven Nationalismus speist, die ihren Ausdruck in zwei Weltkriegen fand. Somit kann Europa als Vorbild für einen weiteren kosmopolitischen Weg dienen.

2) Wenn Du diese Idee mit der von Dir wahrgenommenen Realität vergleichst, wie fällt dieser Vergleich aus?

Wilfried: Das heutige Europa ist durch den Vertrag von Lissabon auf die Schaffung eines riesigen Binnenmarktes verpflichtet. Dieser Vertrag wurde trotz mehrfacher Plebszite in Frankreich, Niederlanden und Irland gegen eine solche Union von den europäischen Regierungen abgeschlossen. Die Verpflichtung auf Marktfreiheiten findet sich in den Regelwerken, nach dem die Europäische Kommission und die Räte funktionieren. Es ist ein Markteuropa, das den sterilen Konstrukten neoliberaler Ideologen folgt und nicht den Bedürfnissen der Menschen. Reisefreiheit, einheitlicher Währungsraum, Regionalförderung sind nur – sicher angenehme – Begleitmusik für ein Orchester, das in aller Regel Marktfreiheit als Libretto präferiert. Dazu wird hin und wieder ein bißchen etwas von „sozialer Säule“ erzählt. Umsetzungsschritte fehlen aber dann. Hinzu kommen nun die Abschottung Europas nach außen, der offiziellen Rede von Menschenrechten zuwider und – obgleich keine der militärischen Interventionen der letzten zwanzig Jahre „erfolgreich“ war – forcierte Aufrüstung bei Mobilisierung alter Feindbilder. Wie also soll ein Vergleich anders ausfallen als vernichtend?

Martina: Der Vergleich ist stimmig; Europa hat für mich weder gedanklich noch real eine spirituelle Komponente.

Volker: Es gibt – angesichts der Probleme – für die Politik, Wirtschaft und Kultur noch viel Diskussions- u. Kompromissbedarf.

Jürgen: Nach einer Phase des Zusammenwachsens treten nun schwere Risse auf. Diese bestehen in erster Line aus einer Rückkehr zum Nationalstaat. Parallel ist das Kapital längst schon international

unterwegs und kann sich über eine solche Entwicklung nur freuen.

3) Was können wir, was kannst Du tun, um diese Lücke zu schließen?

Wilfried: Diese Lücke ist meiner Ansicht nach nicht zu schließen. Ohne eine Neugründung der Europäischen Union auf der Grundlage der demokratischen und sozialen Menschenrechte wird es nicht gehen. Dafür sehe ich weder die politischen noch mentalen Voraussetzungen gegeben. Die real existierende Europäische Union hat durch ihre Praxis den europäischen Gedanken so schwer geschädigt bzw. transformiert, dass nur langfristige Überzeugungsarbeit von der Basis aus, die Weckung und Stärkung von Phantasie, wie ein anderes Europa aussehen könnte, etwas helfen kann. Ich glaube aber, dass Lobbyarbeit für ein „Europa für die Menschen, nicht die Märkte“ durch die vielen zivilgesellschaftlichen und tatchristlichen Gruppen dennoch wichtig ist, weil nur sie die Basis für ein anderes Europa bilden kann. Wie Jeremy Corbyn in Großbritannien so schön formulierte: „for the many, not the few“.

Martina: Es gibt für mich keine Lücke.

Volker: Ich werde am Bau von Europa weiterhin mitdenken...

Jürgen: Da auch unser Bund international vertreten ist, ist auch dieser zu fördern und zu stützen um sich international auszutauschen.

4) Wie sieht in Deiner Phantasie das Europa des Jahres 2030 aus?

Wilfried: Für die nächsten 11 Jahre sehe ich einen „slow decline“ mit wachsendem Nationalismus, Reibereien, Xenophobie, Spannungen zwischen einem marktgesellschaftlich ausgerichteten Zentral- und dem Rest Europas, mehr so-

zialen Konflikten. Und ich sehe eine zivilgesellschaftliche demokratische Bewegung, die die guten alten Werte tatkräftig lebt und verteidigt und sich nicht unterkriegen lässt.

Martina: 2018 gedachten wir nach 100 Jahren des Endes des 1. Weltkriegs, 2019 erinnern wir an die Weimarer Verfassung. Trotz Ansätzen von Demokratie in Europa und nicht nur in Kriegen werden genannte europäische Werte nach wie vor von herrschenden Teilen Europas missachtet oder verneint. Ich vermute, dass das auch 2030 so sein wird. Ich bin übrigens völlig anderer Meinung als Kanzlerin Merkel, die sagte „Stirbt der Euro, stirbt Europa.“ Ich meine, dass ide-

elle Güter, z.B. die Werte Solidarität und Völkerverständigung, mit Einführung des materiellen Wertes Euro von dessen Befürworter/innen gemeuchelt wurden.

Volker: Ich hoffe, dass es weiterhin einen friedlichen Austausch z.B. in den Bildungs-, Wirtschafts-, Tourismusbereichen und auf Arbeitsmärkten geben wird auf der Basis von vernünftigen Verträgen und Institutionen.

Jürgen: Die Geschwindigkeit, mit der sich unsere Welt momentan verändert, lassen es fast unmöglich erscheinen auch nur im Ansatz für ein Jahr 2030 eine Phantasie zu entwickeln.

European Christian Convention

Christ*innen: das Salz Europas? Unterwegs zum Europäischen Kirchentag!

Redaktion

Auf der alle drei Jahre stattfindenden Konferenz der Internationalen Liga der Religiösen Sozialist*innen ILRS im September 2018 in Utrecht, NL wurde auf Vorschlag des BRSD beschlossen:

„Als religiöse Sozialist*innen möchten wir die Zusammenarbeit der Religionen in Europa fördern. Wir unterstützen die (die Religionen und Konfessionen übergreifende) ökumenische Bewegung. Wir wollen, dass der ILRS und als dessen Mitgliedsorganisationen aktiv die Idee eines europäischen Kirchentags (Anfang der 2020er Jahre) unterstützt und sich dort aktiv beteiligt.“

Tatsächlich gibt es eine seit mehreren Jahren arbeitende europaweite ökumenische Arbeitsgruppe, die einen solchen Kirchentag vorbereitet. Dazu lässt der DEKT verlautbaren:

Wie entstand die Idee?

Eine Arbeitsgruppe um den Europapolitiker Sven Giegold (B'90/Grüne) und die Schweizer Theologin Christina aus der Au beschäftigte sich seit 2013 mit der Idee eines Europäischen Kirchentages. Im Juni 2015 lud die Gruppe zu einer Tagung in die Akademie Bad Boll ein. Über 60 Personen verschiedener Konfessionen aus 20 Ländern Europas kamen, um die Idee einer „European Christian Convention“ – wie das Projekt vorerst heißen

soll – zu diskutieren. Die Tagungssprache und auch die weitere inhaltliche Vorbereitung ist Englisch. So wurde eine „Roadmap“, also ein Fahrplan verabschiedet, welche/r die Ergebnisse der Tagung festhält und in Organisationen und Kirchen zirkulieren und wachsen soll. Die weitere Planung des Projekts liegt nun in der Hand eines europäischen Koordinationsteams (Info: <https://www.european-christian-convention.eu/en/board/>).

Die Ziele

Der belgische Katholik Peter Annegarn formulierte die Ziele der Projekts so: „Alle Christen zusammen sollen das Salz in Europa sein. Europa braucht das ‘neu Erfinden’ von menschlichen Werten und wir können gemeinsam dazu beitragen.“ Die Zusammenkunft soll wie die deutschen Kirchentage von Laien und Gemeinden zusammen mit kirchlichen Organisationen gemeinsam organisiert werden und ein Beitrag sein zu einer europäischen Zivilgesellschaft, die von Respekt und Offenheit bestimmt ist.

“Wir wollen einstehen für ein erfolgreiches Zusammenleben in friedlicher Vielfalt und sehen, wie Europa eine Gegend für Begegnung, Dialog und das Feiern von Glauben wird“, heißt es in einer Projektskizze. Die European Christian Convention will Menschen und Organisationen vernetzen, Glauben sichtbar machen und das zivilgesellschaftliche Engagement von Christen auf europäischer Ebene hervorheben. Die Hoffnung ist, dass die Convention kein einmaliges Ereignis bleibt.

Die Gründe

Die Europäische Union sieht sich gerne nicht nur als Wirtschafts- sondern auch

als Wertegemeinschaft. Doch die Frage nach einer gemeinsamen Identität ist bisher unbeantwortet. Es ist selten, dass man Europäerinnen oder Europäer von „uns“ reden hört. Wir haben europäische Institutionen, Gewerkschaften, Verbände, Parteien, NGOs und Kirchengemeinschaften. Ein regelmäßiges Treffen europäischer Christen, die sich gesellschaftlichem Engagement verschrieben haben, gibt es bisher jedoch nicht.

Obwohl sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren eine gemeinsame öffentliche Agenda in Europa herausgebildet hat, wird sie nicht von einer aufmerksamen Zivilgesellschaft als Gemeinschaftsprojekt wahrgenommen. Stattdessen sind Nationalismus und Extremismus in vielen europäischen Staaten auf dem Vormarsch.

Wie das Friedens- und Versöhnungsprojekt Europa einst von Christinnen und Christen begründet wurde, fühlen sich auch heute noch viele von ihnen für Europa besonders verantwortlich. Ein vereintes Europa ist die Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft im Hinblick auf Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Die Mitglieder des Deutschen Evangelischen Kirchentages sehen die Idee, Christinnen und Christen aus ganz Europa zu einer Versammlung einzuladen als große Gelegenheit.

Der Fahrplan (Roadmap)

Das bisher wichtigste Ergebnis der ersten Tagung im Juni 2015 ist die sogenannte „Roadmap to a European Christian Convention“, in der die gemeinsame Vision, die Ziele, offene Fragen und erste Schritte formuliert sind. Einem zwölfköpfigen vorläufigen Koordinationsteam gehören

Menschen aus Frankreich, Großbritannien, Rumänien, Griechenland, Finnland, Belgien, Deutschland und der Schweiz an. Da die Gruppe untereinander auf Englisch kommuniziert ist auch die Roadmap in englischer Sprache. Eine deutsche Übersetzung liegt vor .

Der Termin

Die Hoffnung ist, dass eine erste European Christian Convention Anfang der 2020er Jahre stattfinden könnte.

Aufruf zur Bewerbung

Derzeit gibt es einen Aufruf an Städte oder Regionen, sich als Veranstaltungsort für die erste „European Christian Con-

vention“ (ECC) zu bewerben. Die Entscheidung des ECC-Veranstaltungsortes wird dann von der Mitgliederversammlung im Mai 2019 getroffen.

Die nächsten Schritte

Noch im Jahr 2019 soll es ein erneutes Zusammenkommen geben, um die Planungen voranzutreiben.

Quelle und überarbeitete Textgrundlage: https://www.kirchentag.de/ueber_uns/europaeischer_kirchentag/
Informationen im Internet: <https://www.european-christian-convention.eu/en/>

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019

Vertrauen? Wir sind doch nicht naiv!

Anmerkungen zur Losung des DEKT 2019:
„Was für ein Vertrauen“ 2. Könige 18,19

Von Thomas Kegel

Für Anneke Ihlenfeldt zur Einführung in ihre neue Pfarrstelle

Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Dortmund 2019 steht unter der Losung: „Was für ein Vertrauen“ (2. Könige 18,19) – das hat das Kirchentagspräsidium entschieden und interessanterweise dabei gleich das Fragezeichen aus dem zugrundeliegenden biblischen Text weggelassen.

2. Buch der Könige 18,19 – ein Versuch dem Text nachzudenken

Im Text des 2. Buchs der Könige 18,19 werden die Vertreter des jüdischen Kö-

nigs Hiskija von den Vertretern des assyrischen Königs gefragt, was für ein Vertrauen das ist, das Hiskija da in seinen Gott hat?

Und das Vertrauen des Hiskija wird von den Assyrern verspottet, in Frage gestellt und polemisch gegen ihn gewendet.

Dabei findet sich im Text viel Vertrauen: der fromme und gottesfürchtige jüdische König Hiskija vertraut auf Gott, auf dessen Propheten Jesaja. Hiskija vertraut auf seine eigenen Berater und Gesandten für die Verhandlung mit dem assyrischen König, der mit seinem Heer die Stadt Jerusalem belagert und einzunehmen droht. Hiskija vertraut darauf, dass die jüdische Bevölkerung sich an die Absprache hält nicht mit dem Feind zu reden – die Verhandlungen werden den königlichen Gesandten überlassen. Hiskija vertraut aber auch darauf, dass die ebenfalls her-

anziehende ägyptische Armee ihm helfen wird. Und nicht zuletzt vertraut er auch auf sein eigenes Regierungshandeln: er hat nämlich die Stadtmauern erweitert, so wurde das außerhalb der alten Stadtmauern gelegene Armenviertel mit einer neu erbauten Stadtmauer geschützt. Ebenso ließ er Brunnen für die Trinkwasserversorgung graben (siehe 2. Chronik 32).

Hiskija ist nicht einfach ein König wie wir diese aus unserer Geschichte kennen, sondern auch eine Symbolfigur. Das Königtum in der hebräischen Bibel wird dort zwiespältig gesehen. Könige sind Personen, die das Wohlergehen des Volkes und das Gedeihen des Landes fördern sollen. Sie sind für die Rechtspflege und die Kriegsführung zuständig – sie stehen aber nicht über dem Gesetz und erlassen diese Gesetze auch nicht. Es gilt die Thora, die Könige sollen diese gut umsetzen.

Die Könige werden also an sozialen Idealen gemessen. „Wo König oder Beamte ihr Recht missbrauchen, fallen sie der prophetischen Kritik anheim.“ (Sozialgeschichtliches Wörterbuch zur Bibel, S. 304). Genau dies geschieht in der Hebräischen Bibel sehr oft: Es gibt viele königsfeindliche oder gar ablehnende Texte, „da es das, was es den Menschen verspricht (Gewährung von Schutz) nicht einhalten kann (Ri 9,8-15). Ein menschliches Königtum ist überflüssig, da Gott allein herrscht (Ri 8,22 f). Auch Hos 1,4; 7,3-7; 8,4 kann als fundamentale Opposition zum Königtum verstanden werden: Das Königtum hat keine Legitimation (8,4), die Einsetzung von Königen ist Ausdruck der Entfremdung von Gott (9,15). Hos 13,10 ff versteht das Königtum als Strafe Gottes für Israels Vergehen gegen Gott.“ (a.a.O)

Hiskija nun scheint ein „guter“ König gewesen zu sein, der sowohl fromm war

als auch den Schutz der Menschen organisierte. Es ist aber nicht nur sein Gottvertrauen, das der Belagerung wehren soll, wie wir oben gesehen haben.

Soweit die hebräisch-biblische Geschichte und deren sozialhistorische Einordnung.

Die Theologie dieser Geschichte – ein exegetischer Versuch

In der Bibel wird die Geschichte Gottes erzählt, die/der einen Bund mit ihren/seinen Menschen geschlossen hat und alles versucht, diesen Bund einzuhalten. Gott ist bei ihren/seinen Menschen und braucht diese Menschen zur Umsetzung der göttlichen Gebote. Die Menschen sollen in der Welt fromm und gerecht sein, sie sollen „Thora tun“. Es könnte sein, dass in dieser Geschichte ein idealer Moment dargestellt wird. Eine enge Verbindung der Menschen mit Gott, eine gottgefüllte Situation, eine sozial gerechte und gläubige Zeit. Das ist noch nicht eine „Reich-Gottes-Zeit“, aber doch recht nahe daran. Es ist noch keine erlöste Zeit, denn die Bedrohungen von außen beeinträchtigen ein gottgefälliges Zusammenleben. Aber der Zusammenhalt der Menschen in Jerusalem untereinander und mit ihrem König funktioniert, es ist wenig gesellschaftliche Spaltung aus dem Text heraus zu spüren. Die soziale Spaltung ist immer ein möglicher Sündenfall. Hier aber halten alle zusammen, die Menschen vertrauen auf sich und handeln entsprechend und sie vertrauen auf Gott, was dieser ermöglicht, den Bund einzuhalten.

Übrigens sieht es schon unter den nächsten Königen anders aus. Die Alttestamentlerin Klara Butting vertritt die Meinung, dass die Könige die Protagonisten der Elitebildung und Entsolidarisierung

waren. „Das Königtum an sich repräsentiert eine Welt, die sich der Lebensregeln Gottes zu entledigen sucht.“ Und so wird es kommen: Jerusalem wird dann auch bald zerstört und das jüdische Volk – wie zuvor schon das Nordreich – wird in das babylonische Exil und damit in die Sklaverei vertrieben.

In dieser eher idealen Gemeinwohl-Situation trifft die Frage der assyrischen Aggressoren: „Was ist das für ein Vertrauen, auf das du baust?“ genau in den Kern der Mensch-Gott-Beziehung und deshalb kann das jüdische Volk und ihr König auf den Beistand Gottes vertrauen.

Was ist eigentlich Vertrauen?

Das Online-Lexikon Wikipedia charakterisiert Vertrauen als „ein Phänomen, das in unsicheren Situationen oder bei risikohaftem Ausgang einer Handlung auftritt: Wer sich einer Sache sicher sein kann, muss nicht vertrauen. Vertrauen ist aber auch mehr als nur Glaube oder Hoffnung, es benötigt immer eine Grundlage, die sog. „Vertrauensgrundlage“. Dies können gemachte Erfahrungen sein, aber auch das Vertrauen einer Person, der man selbst vertraut, oder institutionelle Mechanismen. Vertrauen ist teilweise übertragbar. Jemandem sein ganzes Vertrauen zu schenken, kann sehr aufregend sein, beispielsweise das Vertrauen, das ein Kind dem Vater schenkt, wenn es von oben herab in die ausgebreiteten Arme springt. Dies gilt sowohl für den Vater als auch für das Kind. Die Geschichte wird oft im übertragenen Sinn erzählt – als Gottvertrauen“.

Soziologisch gesehen dient Vertrauen dazu, komplexe Situationen zu bewältigen. Und zwar dergestalt, dass Handlungen einfach vollzogen werden, ohne alle

Bedingungen und Aspekte der Handlung im Detail zu überprüfen. Ein Beispiel: Wir steigen in schnelle Züge ein und fahren damit zu anderen Orten ohne den Zustand des Zuges oder die Passagiere zu überprüfen – diese Überprüfung wäre ja unserer individuellen Sicherheit möglicherweise dienlich. Insgesamt gilt dies für fast alle im Alltag genutzte Technik, der wir sozusagen blind vertrauen.

Eine andere soziologische Sichtweise zeigt, dass wir im zwischenmenschlichen Miteinander viele Regeln, Absprachen und bestimmte Rituale nutzen. Diese selbständigen sich und wir vertrauen darauf, dass auch unsere Mitmenschen sich daran halten. Dies gilt auch für das Interagieren mit Institutionen.

Unser Vertrauen basiert auf unserer Erfahrung aus vielen erlebten Situationen und auf der Grundlage unserer Erfahrungen beurteilen wir wiederum Situationen in die wir vertrauensvoll gehen ...

Vertrauen im Kapitalismus

Insgesamt vertrauen wir in unseren Gesellschaften teilweise beinahe grenzenlos: in die von uns angewandte oder genutzte Technik, in das Geldsystem, in die Wirtschaft, in die Machtstrukturen und die Regierungsmächte ... Wenn auch viele Menschen diese Mächte kritisieren, so doch selten grundlegend. Und von einer großen gesellschaftlichen Mehrheit werden Kritiken daran, obwohl oft ein ungutes Gefühl dabei bleibt, einfach verdrängt.

Aktuell erleben wir, dass Vertrauensverhältnisse sich vom Persönlichen ablösen – sie werden medialisiert und digitalisiert und so spielen Menschen immer weniger eine Rolle fürs Vertrauen – deren Rolle übernimmt die Technik bzw. die Algorithmen. Gemeint sind damit die ge-

schwätzigen und tendenziös-brutalisierten Geplapper-Plattformen von eher geschlossenen Gruppe auf Messengern oder auf Facebook. Banken haben übrigens die Kreditvergabe auch diesen – uns weniger bekannten – Algorithmen ausgeliefert. So entscheiden diese darüber, wer kreditwürdig ist – und dies aufgrund von programmierten Vorgaben. Das führt dazu, dass durchschnittlich verdienende Menschen, die im falschen Wohnviertel wohnen, nur schwer an Kredite kommen und Arme gar nicht.

Was für ein Vertrauen – und wir?

Aus einer biblischen Frage wird eine Kirchentags-Losung. Hier wird auf einmal die biblische Frage des Textes vom Kirchentagspräsidium gar nicht mehr als Frage gestellt, das Fragezeichen fehlt ja. Das hat schon seine Bedeutung. Denn dahinter steht wohl die Aussage: Es gibt zu wenig Vertrauen in unserer Gesellschaft! (Ausrufezeichen). Schaut man sich die drei Texte des Präsidiums an, dann geht deren Tendenz genau in diese Richtung.

Aber ist das so mit dem fehlenden Vertrauen? Wie schon oben kurz angedeutet, gibt es sehr viel Vertrauen in nahezu alle Götzen unserer Zeit: In die Wirtschaft und deren glitzernde Warenfetische, in das Gebot des Wirtschaftswachstums, in die Technik und Wissenschaft, in die Regierungen – ja, teilweise wird da schon auch mal kritisch nachgefragt, ob es denn immer so weiter gehen kann? Die Antwort: Es gibt keine Alternative!

Zugegeben: Das Kirchentagspräsidium beschreibt die aktuelle Situation durchaus auch kritisch. Kirchentagspräsident Hans Leyendecker meint, es gibt ein „Gefühl der großen Verunsicherung. Junge Leute haben oft kein Vertrauen in ihre Zukunft

mehr, die Alten misstrauen den Eliten. Alle gemeinsam erleben immer wieder eine Welt, die von atemraubender Machtgier, von Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Gemeinsam müssen wir die Vertrauenskrise überwinden. Nur wer bereit ist, anderen zu vertrauen, kann auch Vertrauen bekommen. Diese Losung ist bestens geeignet, um darüber zu reden, in welcher Welt wir leben wollen und in welcher Welt nicht.“ Und DEKT Generalsekretärin Julia Helmke betont, dass Vertrauen eine Kraft sei, „die aktiviert. ‘Was für ein Vertrauen’ ist eine Losung, die Zuversicht und Ermutigung gibt ohne Fragen und Zweifel auszusparen. Staunend. Fröhlich. Widerständig.“

Wir als Religiöse Sozialist*innen fragen uns: Warum wurde das Fragezeichen weggelassen? Es sollen ja Fragen gestellt werden. Aber wie weit darf gefragt werden und zu welchem Zweck? In einer Zeit in welcher der globalisierte Kapitalismus seine menschenverachtende und weltzerstörende Fratze zeigt muss doch die Frage nach der Systemalternative gestellt werden. Was wenn sehr viele Menschen auf dem Kirchentag diese Frage stellen würden? Und: Welche Vertrauenskrise? Wir glauben nicht, dass wir naiv einfach mehr vertrauen sollten. Wohl wissend, dass die Demokratie mit ihrer Gewaltenteilung und unser Grundgesetz mit seiner relativen Systemoffenheit (siehe Sozialbindung des Eigentums) die Grundlage für unsere relative Freiheit sind – wissen wir doch aus unserer Erfahrung, dass genau diese Grundlagen immer bedroht sind und zwar von denen da oben und von den Superreichen. Also, was meint „gemeinsam müssen wir die Vertrauenskrise überwinden“ (Leyendecker)? Meint es, dass wir, die Vielen mit

den Wenigen, den 1 Prozent, den Herrschenden mit ihren Gewaltapparaten gemeinsam an der Vertrauensbildung arbeiten müssten?

Da wir nicht naiv sind, haben wir unsere Erfahrungen zu befragen: Was, wenn auch nur ansatzweise nach Systemalternativen gefragt wird – und womöglich noch aktiv gehandelt wird, nämlich „Fröhlich. Widerständig.“ Dann sind wir beispielsweise sehr schnell bei den Polizeieinsätzen im Hambacher Forst und aktuell bei den neuen Polizeigesetzen, die eine vorbeugende Inhaftierung für alle die die Systemfrage praktisch stellen ermöglichen. Wie gerade erst geschehen: „Aktivisten fünf Tage in Gewahrsam – Terrorabwehr gegen Umweltschützer – Zum ersten Mal wurde ein Teil des Polizeigesetzes in Nordrhein-Westfalen angewendet. Jedoch nicht nur zur konkreten Gefahrenabwehr“, so berichtete die TAZ online am 14.02.2019

Als Religiöse Sozialist*innen vertrauen wir deshalb nicht naiv. Warum nicht naiv? Weil wir mit unseren sozialwissenschaftlichen Instrumenten unsere Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen, unsere Ökonomie analysieren können. Weil wir sozialpsychologisch genau wissen, welche Voraussetzungen für ein gutes, wenn auch nicht konfliktfreies gesellschaftliches Miteinander nötig sind. Weil wir die technischen Voraussetzungen für eine grüne und nicht wachstumsbasierte Wirtschaft haben. Weil wir in unseren Bündnissen und darüber hinaus mit anderen kooperieren können. Weltweit.

Gleichzeit aber vertrauen wir, vielleicht naiv, auf die Zusage Gottes den Bund mit uns zu halten und wir versuchen, soweit uns das möglich ist, zu protestieren und Zeugnis zu geben von der Brutalität und

strukturellen Gewalt der „Imperialistischen Lebensweise“. Wir haben eine messianische Hoffnung, dass Gott mit uns und ihrer/seiner Welt noch etwas vorhat. Und wir prophezeien von den Möglichkeiten und dem Glauben daran, dass „eine andere Welt möglich ist“.

Literatur:

- U. Bail, F. Crüsemann u.a. (Hrsg.): Bibel in Gerechter Sprache, dort „Über die Zeit der Königinnen und Könige“ -Einführung in die beiden Königsbücher (S. 555 f.) und 2. Könige 18,19 (642f.), Gütersloh 2006
- K. Butting: Jesus, der Christus, in: Studienbrief Christus Jesus, Fernstudium Theologie geschlechterbewusst kontextuell neu denken, Frankfurt/Main 2015; S. 103
- I. Müllner, C. Jochum- Bortfeld: Königtum in: F. Crüsemann, K. Hungar u.a. (Hrsg.): Sozialgeschichtliches Wörterbuch zur Bibel, Gütersloh 2009, S. 301 f. TAZ online am 14.02.2019

Thomas Kegel, Jg. 1959, Angestellter (Organisationsentwickler und -berater), Mitglied Gewerkschaft Verdi und in der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in der Ev.-luth.

Landeskirche Hannovers (IKDR), ehrenamtlich engagiert in der kirchlichen Männerarbeit, Fernstudium Theologie geschlechterbewusst



Thomas Kegel

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019

„Was für ein Vertrauen?“ Eine kontextuelle Lektüre der Losung des Kirchentages

Von Dick Boer

Was für ein Vertrauen“ ist die Losung für den kommenden Deutschen Evangelischen Kirchentag. Es klingt ohne den Kontext als ein positives Erstaunen über ein offenbar riesiges Vertrauen, ohne dass klar wird, wer da vertraut und auf was oder wen vertraut wird. Wird wie selbstverständlich vorausgesetzt, dass wir das ‚irgendwie‘ schon wissen und, dass es der Offenheit des Kirchentages schaden könnte da gleich allzu konkret zu werden?

Apropos, Vertrauen. Das Stichwort in 2 Könige 18 ist das Verb *batach*, nicht zu verwechseln mit dem Verb *aman*. *Aman* bezieht sich auf das Vertrauensverhältnis zwischen dem Volk Israel und seinem Gott, das die Zeiten überdauert. Und mit ‚seinem Gott‘ ist der NAME (JHWH) gemeint, den Israel bekennt als den Einzigsten, der Gott genannt werden darf: ‚Höre, Israel, der NAME ist Gott, er einzig und einzigartig‘. *Batach* bezieht sich auf konkrete zeitgebundene Situationen, in denen sich, sozusagen kurzfristig, erweisen muss, ob Gott sein Volk tatsächlich aus der Not ‚retten‘ (zweites Stichwort) wird. Deshalb ist es besser *batach* mit ‚sich verlassen auf‘ zu übersetzen, damit der Unterschied mit *aman* gewahrt bleibt.

Zwischen Assur und Ägypten

Hören wir jetzt wie die Losung des Kirchentages, wenn wir die besondere Bedeutung von *batach* beachten, in ihrem

Kontext lautet: ‚So spricht der Große König, der König von Assur: Was ist das für ein Verlass, worauf du dich verlassen hast?‘ (18, 19) Das ist die Frage: Was für ein Verlass. Der sie stellt ist Rabschake, der Vertreter des ‚Großen Königs‘, der König einer der zwei Supermächte der damaligen Zeit, vor dem vom assyrischen Heer belagerten Jerusalem: Assur. Die andere Supermacht ist Ägypten. Juda, inzwischen getrennt vom Brudervolk Israel, mit dem es einst gemeinsam ‚ganz Israel‘ bildete, liegt zwischen diesen beiden Supermächten eingeklemmt. Die Unabhängigkeit, die es bräuchte, um sein Projekt einer Gesellschaft ohne Herren und Knechte zu verwirklichen, ist eine Utopie. Seinem regierenden König Hiskia bleibt nur der Status eines Vasalls.

Im Munde des Vertreters der Supermacht Assur ist das eine rhetorische Frage: Verlass ist selbstverständlich nur auf die Macht und deshalb das Recht des Stärkeren, also bleibt einem Pseudokönig wie Hiskia bloß zu entscheiden, auf welche der beiden Supermächte er sich verlassen wird: Assur oder Ägypten. Und weil er sich gegen Assur ‚empört‘ hat (18, 7), ist die einzige Alternative, dass er sich für Ägypten entschieden hat. Alles andere ist ‚Lippengeschwätz – zum Krieg aber braucht man guten Rat und Macht!‘. (18, 20)

Nun war in der damaligen Zeit Politik undenkbar ohne dazu einen Gott zu bemühen – na ja, in der damaligen Zeit? Wie lange ist es her, dass auf den Koppelriemen deutscher Soldaten stand: Gott

mit uns? Der ‚Große König‘ hat offenbar vom Gott Israels gehört, wenn er sagt, dass das Volk sich auf seinen Gott, den NAMEN, verlässt.‘ (18, 22) Er kann sich jedoch unter diesem Gott nur einen Gott vorstellen, wie ‚normale‘ Götter so sind: Supermächte, die die irdischen Supermächte ins Metaphysische überhöhen, deren Supermacht sich aber in der irdischen Supermacht erweisen muss. Wird diese besiegt ist auch ihr Gott verloren.

Der ‚Große König‘ hat zwar gehört, dass Hiskia seine Regierung mit einer Bekämpfung fremder Götter begonnen hat (‚ihre Kulthöhen und ihre Altäre ließ er verschwinden‘). Doch an ihrer Stelle hat er ‚natürlich‘ in seiner Hauptstadt Jerusalem nur eine neue Kultstätte mit einem neuen Gott errichtet, vor der sein Volk ‚sich niederwerfen‘ soll (18, 23): Thron und Altar, wie gehabt. Was er nicht weiß ist, dass ‚sich niederwerfen‘ in der Bibel positiv nur bedeuten kann, sich dem NAMEN der befreit zu ‚unterwerfen‘ und deshalb die Negation ist von allem ‚sich niederwerfen‘ vor fremden Göttern (Exodus 20, 5), die nur ihre Herrschaft ausleben wollen – auf Kosten der kleinen Leute, versteht sich. Der ‚Große König‘ kennt nur die ‚Götter der Völker‘, von denen alle Welt sehen kann, dass sie ihr Volk nicht haben retten können, sondern Assur gegenüber den Kürzeren gezogen haben – wie das Brudervolk von Juda, das schon nach Assur deportiert worden ist (18, 11). Unbekannt ist ihm der NAME, von dem ‚ganz Israel‘ bekennt: ‚Du allein bist der Gott aller Königreiche der Erde‘, kein Völkergott unter anderen, sondern über allem irdischen Königtum. Wie sollte ihm aber ein Gott bekannt sein, der sich nur durch das Wort bekannt gemacht hat – und das auch noch an ein so

nichtiges Völkchen wie Juda? Was ist das anderes als ‚Lippengeschwätz‘!

Da kann Rabschake, der Stellvertreter des ‚Großen Königs‘ nur höhnen: ‚Wette doch mit meinem Herrn, mit dem König von Assur: ich will dir zweitausend Pferde geben – kannst du mir für sie Reiter geben? Wie willst du auch nur einen Statthalter, selbst einen der Unbedeutendsten von den Vasallen meines Herrn, zum Umkehren bewegen?‘ (18, 23-24) Es erinnert an die ironische Frage Stalins: ‚Wieviel Panzer hat der Papst? Nun, Juda hat sie nicht (Pferde und Reiter gehören zum Waffenarsenal der Supermächte). Also kann es nicht anders sein als, dass Juda sich verlässt auf die ‚Wagen und Gespanne‘ (aus demselben Waffenarsenal) Ägyptens.

Ja, er ist mit dem Hohn noch nicht zu Ende, setzt noch einen drauf. Wenn dieser NAME schon für einen supermächtigen Gott stehen soll, dann ist er beim König von Assur in besseren Händen: ‚Bin ich denn ohne den NAMEN gegen diesen Ort hinaufgezogen (Hebräisch: a-l-ah), um ihn zu zerstören? Der NAME selbst hat zu mir gesagt: „Zieh hinauf gegen dieses Land, um es zu zerstören!“‘ (18, 25) – ‚hinaufziehen, um zu zerstören‘, der NAME aber hat seinem Volk versprochen: ‚Ich zog nieder, es aus der Hand der Ägypter zu retten, es aus jenem Land hinaufzubringen (auch: a-l-ah) nach einem Land gut und weit‘ (Ex. 3, 8).

Die Gottesfrage als Machtfrage

Worum es hier geht, ist die Gottesfrage als Machtfrage: Wird der NAME die Macht haben sein Volk aus der Hand Assurs zu retten? Und dieser Machtkampf muss öffentlich ausgefochten werden. Die Abgesandten Hiskias möchten das

nicht. Ihnen wäre geheime Diplomatie lieber. Vielleicht ließe der König von Assur mit sich reden und wäre ein ‚kleiner Kompromiss‘ (Tucholsky) möglich, wie es auch schon mal funktioniert hat (18, 13-16). Deshalb bitten sie Rabschake aramäisch mit einander zu sprechen, einer Sprache, die das Volk, das die Verhandlungen auf der Stadtmauer des belagerten Jerusalems verfolgt, nicht versteht. Rabschake besteht darauf jüdisch zu sprechen: das Volk soll entscheiden, ob es die sichtbare Macht Assurs wählt oder die offensichtliche Ohnmacht des NAMENS. Denn was hat der König von NAMENS Gnaden anders zu bieten als ‚Kot zu essen und Pisse zu trinken‘ (18, 27)? Der Notstand in Jerusalem ist der handgreifliche Beweis. Da hat die Supermacht wesentlich mehr auf Lager. Wenn das Volk ein Friedensabkommen mit dem König von Assur schließt, bietet er an: ‚dann wird jeder von euch unter seinem Weinstock und jeder unter seinem Feigenbaum essen‘. (18, 31) Ja, er wird es ins Exil führen, aber das Land, wohin es geführt wird, ist wie das Gelobte Land: ‚Ein Land von Getreide und Most, von Brot und Weinbergen, Olivenbäumen und Honig‘. (18, 32) Man merke: Supermächte drohen nicht nur, sie verführen auch gerne. Und haben damit nicht selten Erfolg.

Kann man sich auf Gott verlassen?

Das Volk aber schweigt – wie es König Hiskia befohlen hatte. (18, 36) Was hätte es auch antworten können? Noch einmal sagen: Der NAME wird uns retten? Würde es sich damit nicht lächerlich machen? Wenn der Präsident des Kirchentages, Hans Leyendecker, in seinem Kommentar zur Losung als Beispiel, dass Vertrauen sich lohnt, das ‚sozialverträgliche‘ En-

de des Kohlenbergbaus im Ruhrgebiet bringt (wir sollten uns ‚ein Beispiel an den Leuten im Ruhrgebiet nehmen [denn] sie haben Vertrauen in die gehabt, die Verantwortung tragen und gleichzeitig haben sie die Bereitschaft gezeigt, selbst Verantwortung zu übernehmen‘) klingt das im Vergleich ziemlich harmlos. Wo bleibt da die Bitte: ‚Ich vertraue! Hilf meinem Mangel an Vertrauen!‘ (Mk. 9, 24)?

Der Autor des Buches Könige weiß sich aus seiner Not nur zu retten durch eine Wundererzählung: ‚Und es geschah in jener Nacht: Ein Bote des NAMENS zog aus und schlug im Lager Assurs 185.000 Menschen ... Da brach Sanherib, der König von Assur, auf und kehrte zurück und blieb in Ninive wohnen.‘ (19, 35-36) Nun ist es ja so, dass Wunder geschehen und es ist uns auch nicht verboten auf Wunder zu hoffen. Nur, Wunder sind die überraschenden Wendungen, die die Geschichte für uns in petto hat. Sie sind aber selten und sich auf sie verlassen kann man nicht. Wundererzählungen sind die Lösung der Ohnmächtigen. Der Autor des Buches Könige will zwar auf solche Wundererzählungen nicht verzichten, aber es ist nicht die Pointe des Buches. Das Buch heißt ‚Könige‘, weil sein roter Faden die Hoffnung auf einen König ist – man könnte auch sagen: einen Staat, eine Politik -, der eine Gesellschaft im Geiste der Tora in die Wege leiten wird. Eine Hoffnung, die immer wieder aufflammt, immer wieder enttäuscht wird – bis endlich der König kommt, der tatsächlich Tora tut, Josia, ‚wie ihn gab es keinen König vor ihm, der so umkehrte zum NAMEN mit all seinem Herzen, mit all seiner Seele, mit all seiner Macht, ganz nach der Tora des Moses.‘ (23, 25a, vgl.

Dtn. 6, 4-5: das ‚Höre Israel‘). Aber seine Lage ist wie die aller Könige Israels (reduziert auf das noch unscheinbarere Juda): eingeklemmt zwischen den beiden Supermächten, zum Vasallenstatus verdammt. Und ihm wird kein Wunder verheißen: ‚nach ihm gab es niemanden mehr wie ihn.‘ (23, 25b) Mit ihm geht ein Königtum im Geiste der Tora zu Ende. Das Wort des NAMENs lautet nicht ‚Rettung‘, sondern: ‚Auch Juda will ich von meinem Antlitz hinweg beseitigen, wie ich Israel beseitigt habe, ich verschmähe diese Stadt, die ich einst erwählte, Jerusalem, und das Haus, von dem ich einst sprach: Dort soll mein Name dasein.‘ (23, 27)

Nach dem Buch Könige können wir uns auf den NAMEN nicht unbedingt verlassen: wurde Juda durch ein Wunder vor Assur gerettet, letztendlich wird es von Nebukadnesar, dem König von Babel, nach Babel deportiert. Was uns bleibt ist dann immer noch dem NAMEN zu vertrauen, das heißt ihm die Treue zu halten.

Aber vielleicht genügt auch das Bekenntnis: der NAME wird uns retten,

auch ohne, dass wir damit meinten, er wird es in absehbarer Zeit wirklich tun. Denn es ist nicht nur ein Glaubensbekenntnis, sondern auch ein Bekenntnis des Unglaubens: auf die Supermächte und ihre Handlanger sollten wir uns nicht verlassen!

Dick Boer, geb. 1939, ist niederländischer Theologe. Er war an der Universität Amsterdam Dozent für „Geschichte der Theologie im 19. und 20. Jahrhundert“. Bis zu ihrer Auflösung (1991) war er Mitglied der Kommunistischen Partei und aktiv in der Bewegung Christen für den Sozialismus. 1984–1990 war er als Pfarrer in der DDR tätig. Kontakt: dboer@xs4all.nl



Dick Boer

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019

„Worauf vertraust du denn, dass du dich so sicher fühlst?“ (2 Kön, 18,19)

Von Dr. Manfred Böhm

Es ist das alte Lied: Wer Macht hat, und mehr noch: wer viel Macht hat, hält sich selbst für unbesiegbar. Ohne jegliches Verständnis steht er dem Machtlosen gegenüber, der sich gegen ihn auflehnt und sich nicht länger

von ihm gängelnd lassen will. Woher nimmt dieser Machtlose nur seine Sicherheit? Woher das Vertrauen, dass er nicht von ihm zermalmt wird? Militärische Stärke, die einzige Kategorie, in der Mächtige denken kann, ist es jedenfalls nicht. Der Machtlose hat nichts und er ist damit auch nichts.

König Hiskia und mit ihm die Stadt Jerusalem vertrauen angesichts der überlegenen feindlichen Bedrohung auf Jahwe. Der Oberbefehlshaber des assyrischen Königs Sanherib hat dafür kein Verständnis. Wenn Hiskia auf die konkurrierende Großmacht Ägypten setzen würde, könnte er das nachvollziehen, aber einfach nur auf Jahwe zu vertrauen findet er geradezu lächerlich. Die Überheblichkeit der Macht besteht darin zu glauben, nur militärische Stärke biete letztlich Sicherheit und Schutz. Anderes kommt ihr gar nicht in den Sinn.

Sicherheit ist tatsächlich eines der wesentlichen menschlichen Grundbedürfnisse – damals wie heute. Fühlen wir uns in unserer Existenz auch nur irgendwie gefährdet, können wir uns nicht entfalten, weder unsere kreativen, noch unsere sozialen Potentiale. Was aber meint Sicherheit? Man könnte sie als einen individuellen wie sozialen Zustand bezeichnen, in dem wir angst- und bedrohungs-frei ein relativ selbstbestimmtes Leben führen können.

Aber, sind da nicht Geld, Besitz und damit verbunden Macht genau die richtigen Mittel, das zu erreichen? Und ein erster Blick scheint das zu bestätigen. Besitz und Macht gewähren tatsächlich einen Freiraum der Mittelverfügung und damit der sorgenfreien Existenzgestaltung. Aber -und das ist die Kehrseite- diese Mittelverfügung ist exklusiv, sie beschränkt sich auf die vergleichsweise Wenigen, denen Besitz und Macht zur Verfügung stehen. Die große Mehrheit bleibt davon ausgeschlossen und kann auf dieser Basis gerade kein gutes Leben entfalten. Zu allem Übel neigen Besitz und Macht dazu, wie Marx gezeigt hat, den Charakter von Fetischen anzunehmen

und damit die Menschen von sich abhängig zu machen, ja sie zu versklaven. Es geht dann längst nicht mehr bloß um ein gutes Leben, sondern darum, maßlos immer mehr für sich zu horten. Die Gier des Schatzbildners ist nach Marx unendlich und die Akkumulation um ihrer selbst willen kennt keine Grenzen mehr. Und sie ist letztlich gnadenlos, denn sie geht über Leichen und zwar über die Leichen der Besitz- und Machtlosen. Sie werden zu Ausbeutungsobjekten und damit zu Opfern der Kapitalmacht der Wenigen.

Die Sicherheit, die auf Besitz und Macht gründet, ist also nur eine trügerische Sicherheit. Sie macht die Habenden satt und bequem gegenüber den Bedürftigen. Das süße Gift ihrer Eigentumslosigkeit macht sie hartherzig gegenüber den Notleidenden. Diese Art von Sicherheit ist definitiv kein Zukunftsmodell für eine Gesellschaft, die alle miteinbeziehen und beteiligen will, weil sie sich als Gemeinschaft versteht.

Die Sicherheit, die im biblischen Gott gründet, ist -in Besitz- und Machtkategorien gedacht- in höchstem Maße unsicher. Sie hat nichts Verwertbares in der Hand. Sie besteht nur in der vertrauenden Gewissheit des Getragenseins. Sie weiß, dass Besitz und Machtmittel, die der Götze Mammon an die Hand gibt, keine letzte Sicherheit gewähren können, sondern dass sie nur Surrogate sind, nichts anderes als Ersatzmittel, die für einen Großteil der Gesellschaft darüber hinaus verhängnisvoll und gefährlich werden.

Hiskia hat, wie uns berichtet wird, damals genau auf diese „unsichere“ Sicherheit gesetzt, die für ihn und sein Volk ein Risiko war. Diese Entscheidung, welcher Sicherheit wir uns anschließen, stellt sich auch uns immer neu. Leonhard Ragaz

schlägt in die gleiche Kerbe wie Hiskia: „Wer Gott dienen will, muß im Glauben wagen. Er hat keine Sicherheit, als Gott selbst. Das heißt: Er hat die größte Sicherheit – die einzige, die es gibt!“¹ Und Ragaz bündelt diese Einsicht im Gottesbild: „Nur in Zelten wohnt Gott.“² Der biblische Gott ist eben kein Gott der prächtigen Tempel und Paläste, der dementsprechend auf Geld und Macht setzt. Er haust in windigen Zelten bei den einfachen Leuten und zeigt sich so mit ihnen solidarisch. Er überzeugt nicht durch Prachtentfaltung und Machtdemonstration, sondern durch Solidarität und Verlässlichkeit. Das ist die Sicherheit, die er verleihen kann. Aber es ist jene Sicherheit, die nach biblischem Zeugnis, letztendlich

der militärischen Macht Sanheribs überlegen war (siehe 2 Kön 19, 35ff).

Manfred Böhm aus Ebermannstadt in der Fränkischen Schweiz. Geboren am 5.4.1958. Studium der Kath. Theologie in Bamberg und Tübingen. Promotion zum Spätwerk von Leonhard Ragaz an der Universität Bamberg. Seit 1998 Leiter der Kath. Betriebsseelsorge im Erzbistum Bamberg. Kontakt: manfred.boehm@arbeitnehmerpastoral-bamberg.de



Manfred Böhm

¹ Leonhard Ragaz, in *Neue Wege* 29 (1935), 211

² Ebd. 210

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019

Was für ein Vertrauen wird da gestiftet!

Von Claus Petersen

Was für ein Vertrauen' 2. Könige 18,19“, so lautet die Losung für den Kirchentag in Dortmund – ohne Satzzeichen, nur diese vier Wörter und die Bibelstelle. Wie ist sie gemeint, wie soll sie verstanden werden? Vermutlich doch so, dass man in Gedanken ein Ausrufezeichen setzt: So groß ist unser Vertrauen bzw. sollte, könnte es sein. Aber es bleibt eine Vermutung.

Oder ist es des biblischen Kontextes wegen bewusst offengehalten worden? Der Satz, dem die Losung entnommen ist, ist

jedenfalls ganz eindeutig eine Frage: „Was ist das für ein Vertrauen, das du da hast?“ Und diese Frage ist vollauf berechtigt. Der jüdische König Hiskia wollte sich partout nicht, wie alle anderen Kleinstaaten ringsum, der wiedererstarkten Macht der Assyrer unterwerfen. Auch alle Städte in Judäa, einschließlich der zweitgrößten Stadt Lachisch, hatte der assyrische König Sanherib bereits eingenommen – bis auf Jerusalem. Kurz vor der Eroberung auch dieser Stadt war er dann aus historisch nicht mehr sicher rekonstruierbaren Gründen gezwungen, seine Soldaten abzuziehen und nach Mesopotamien zurückzukehren.

Es ist gewiss verständlich, dass die Bewahrung der Souveränität Jerusalems und damit des Reiches Juda sozusagen in letzter Minute der Macht und Überlegenheit Jahwes zugeschrieben wurde. Nicht nur fragwürdig, sondern indiskutabel ist allerdings die nachträgliche Konstruktion, Hiskia habe im sicheren Vertrauen auf diesen Ausgang, im Vertrauen auf die durch Jahwe selbst garantierte Unantastbarkeit der Gottesstadt das Ansinnen der Gesandten Sanheribs, er möge sich schleunigst unterwerfen und Jerusalem der assyrischen Herrschaft unterstellen, strikt zurückgewiesen. Eigentlich völlig zu Recht fragt einer der Gesandten, was das denn für ein Vertrauen sei. Hätte sich alles tatsächlich so abgespielt wie berichtet – Hiskia wäre also von der realen Lage ausgegangen, ohne schon von dem wider Erwarten glücklichen Ausgang zu wissen –, er hätte ganz und gar unverantwortlich gehandelt, ein blindes, durch nichts begründetes Vertrauen an den Tag gelegt und das drohende Verderben nicht nur riskiert, sondern sehenden Auges in Kauf genommen. Es wäre das Vertrauen eines Hasardeurs gewesen. Hiskia hätte gepokert bis zum Schluss und – aus letztlich nicht bekannten Gründen – das „Spiel“ gewonnen.

Da als Quelle der Kirchentagslosung jene Erzählung im zweiten Buch der Könige angegeben ist, müsste sie also zwingend mit einem Fragezeichen versehen werden. Denn der Bote hatte Recht. Was ist das für ein Vertrauen? Es ist ein blindes, ein zurückzuweisendes leeres Vertrauen. Vor einem solchen magischen Verständnis der eigenen Religion, wie es hier an den Tag gelegt wird, kann man nur warnen. Mit einem derartigen „Vertrauen“ lassen sich die schweren Krisen der Gegenwart ge-

wiss nicht bewältigen. Ganz im Gegenteil: Es würde uns in eine völlig illusorische Sicherheit wiegen. Als ob letztlich schon alles gut gehen wird. Oder zumindest: Ganz so schlimm wird es schon nicht kommen. Gott sitzt doch im Regiment und wird seine Welt nicht der Vernichtung ausliefern. Nein, so geht es nicht.

Und doch möchten wir so gerne Vertrauen entwickeln, können doch nur wirklich leben, wenn wir nicht ständig in Existenzängsten schweben. Gibt es eine Möglichkeit, das Fragezeichen vielleicht doch noch in ein – ja sicher intendiertes – Ausrufezeichen zu verwandeln? Die Bibelstelle in Klammern auf dem Kirchentagsplakat wäre auf jeden Fall zu löschen – aber man könnte sie durch eine andere ersetzen, zum Beispiel durch Matthäus 20,1-14. Ich denke in unserem Zusammenhang besonders an diese Szene in jenem Reich-Gottes-Gleichnis Jesu: Da warten einige Menschen seit sechs Uhr morgens auf dem Marktplatz der Stadt auf eine Arbeitsgelegenheit. Eigentlich hätten sie allerdings einen ganzen Tagesverdienst gebraucht, um ihre Familien ernähren zu können. Inzwischen ist es 17 Uhr, als ihnen doch noch jemand eine Chance gibt. Eine Stunde lang können sie noch bei der Weinlese helfen. Für „Lohnverhandlungen“ war es allerdings bereits zu spät. Wahrscheinlich mussten auch sie sich mit den Worten des Verwalters begnügen: Ich werde euch geben, was Recht ist.

Wir kennen die überraschende Entwicklung der Geschichte. Was trotz der Einstundenarbeit fatal hätte enden können, nämlich mit der Auszahlung eines Lohnes, der hinten und vorn nicht zum Leben reicht, kommt es ganz anders: Alle erhalten, was sie brauchen – völlig unabhängig

von der erbrachten Leistung (allerdings nicht von der Leistungsbereitschaft selbst).

Angesichts des auch in diesem Fall ganz überraschend-unerwarteten Ausgangs könnte man auch hier – allerdings in ganz anderer Weise als im zweiten Königsbuch – noch einmal zurückblenden und das Gleichnis als eine Geschichte erzählen, in der wahrhaftes Vertrauen von Anfang an die Beziehungen der Menschen untereinander bestimmt. Es ist ein Vertrauen, das vom letzten Satz getragen wird: dem Schlussakkord und ursprünglichen Ende des Gleichnisses: „Ich will diesem Letzen das gleiche geben wie dir.“ Dies wäre jetzt der Ausgangspunkt: eine Welt und Gesellschaft, in der sich alle Menschen fest darauf verlassen können, dass ihnen zukommen wird, was sie brauchen. Ganz selbstverständlich gilt das natürlich auch für die Einstundenarbeiter. Sie haben darauf keinen „gesetzlichen Anspruch“, den sie im Zweifelsfall erst einklagen müssten. Der Grund ihres Vertrauens ist vielmehr der selbstverständliche Wunsch der ganzen Gesellschaft, dass es eben so sein und bleiben soll in unserer Welt: Niemand darf und will zu viel besitzen, aber auch niemand soll zu wenig haben. Darauf muss sich jeder hundertprozentig verlassen können. Seine Arbeit aber ist von seinem Einkommen entkoppelt. Sie hat ihren Wert in sich (oder sie hat eben keinen). Das ist eine (Welt-)Gesellschaft, in der die Menschen weltverbunden leben, in der sie durch ihre Reich-Gottes-Praxis, nämlich zum Beispiel jedem Menschen das zukommen zu lassen, was er braucht, ihre Teilhabe am Reich Gottes immer neu realisiert. Es ist eine Welt und Gesellschaft, in der das Vertrauen wirklich einen unerschütterlichen Grund und einen festen Bo-

den hat. Eine Kirche, die für diese Reich-Gottes-Welt steht und einsteht, könnte, ja müsste zwingend nach den Worten der Kirchentagslosung ein Ausrufezeichen setzen: „Was für ein Vertrauen!“ Was für ein Vertrauen ist möglich in einer Welt, in der die Menschen von der Vertrauen bildenden und dieses Vertrauen auch tragenden Reich-Gottes-Botschaft des Genug-für-Alle so berührt werden, dass sie sie auch leben. Jesus formuliert mit seinem Gleichnis kein Programm, sondern stellt – provokativ, aber letztlich vollkommen einleuchtend – fest, dass es so und nicht anders sein muss in unserer Welt – wie in Matthäus 20 so auch bei uns und für immer.

Dr. Claus Petersen, 1952 in Emden geboren, aufgewachsen in Nürnberg, Theologiestudium in Erlangen und Heidelberg, anschließend wissenschaftlicher Assistent am Institut für Altes



Claus Petersen

Testament bei Prof. Dr. Georg Fohrer, 1981 Promotion, anschliessend Gemeindepfarrer und Pfarrer bei der Stadtmission Nürnberg; jetzt Pfarrer im Ruhestand. Gründer der „Ökumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!“ (2002) (www.reich-gottes-jetzt.de). Buchveröffentlichungen: „Die Botschaft Jesu vom Reich Gottes. Aufruf zum Neubeginn“ (2005); „Welt-Religion ...“ a.a.O. Verheiratet, drei erwachsene Kinder.

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019

„Was ist das für ein Vertrauen“ (2. Könige 18,19)

Von Konstantin Weeber

Was ist das für ein Vertrauen, mit dem du vertraust?“ Tja, diese Frage bleibt scheinbar unbeantwortet. Aber schon der hebräische Text verweist auf die Qualität dieses Vertrauens. Wer auf JHWH vertraut wird von ihm gestützt; ist abhängig von ihm. Das Handeln Hiskias in den Folgeversen veranschaulicht diese Qualität des Vertrauens deutlich. Der große König von Assur Sanherib wird nicht schlecht gestaunt haben als er sich seine Niederlage gegen Hiskia eingestehen musste. Schließlich schien er diese Art von Vertrauen nicht verstanden zu haben. Sanherib stützt sich auf seine Armee, auf seine gute wirtschaftliche Lage, auf seine scheinbar unbeschränkte Macht. Das eine derartige Stütze schnell bröckeln und brechen kann hat nicht nur Sanherib zu spüren bekommen.

Nun könnten einige geschichtliche Beispiele von großen Persönlichkeiten folgen, denen es ähnlich ging aber in unserer heutigen Lebensrealität wären wir trotzdem noch nicht angekommen. Ganz anders schaut man sich die Stützen an, auf die Sanherib und viele vor und nach ihm vertrauten: physische Stärke, Geld und der eigene Hochmut. Einige Menschen vertrauen auch heute noch darauf. Wirtschaftlich manifestiert sich dieses Vertrauen im Kapitalismus und dem sogenannten freien Markt. Die (a)sozialen Medien führen den Individualismus ad absurdum und bieten Platz für men-

schenverachtende Ideologien. So ist es nicht verwunderlich dass auch in der Gesellschaft als Ganzes Tendenzen dieser Art von Vertrauen zu finden sind. Doch was ist das für ein Vertrauen? Ist es überhaupt Vertrauen? Schwingt bei dem Festhalten an materiellen Dingen, auf die man sich stützt, nicht immer auch eine latente Angst mit, diese zu verlieren? Weil man genau weiß, dass diese Stütze unbeständig ist. Das es scheinbar nicht viele gibt, die einen auffangen, wenn diese Stütze bricht? Braucht es den Mammon nicht doch, um heute leben zu können?

Natürlich ist ein gewisser Grundstock an Geld nötig, um ein Leben führen zu können aber neben dem physischen Wohl gibt es auch noch ein psychisches. Schon Paulus sah den Menschen immer als psychophysische Einheit. In unserer Wohlstandsgesellschaft scheint sich das Wohl aber vor allem auf den physischen Teil zu beschränken. Schon Karl Barth sah die Gefahr im Wohlstand darin, dass der Geist verkümmere und in Vergessenheit geriete.

Schaut man sich heute die Erde mit all ihren Problemen an, drängt sich die Vermutung auf, dass der oft beschworene gesunde Menschenverstand stellenweise schwer erkrankt ist. Der Mammon hat ein greenwashing hinter sich und die Ausbeutung von Mensch und Natur geht weiter. Jetzt unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit und mit gereinigtem Gewissen. Auch das Bildungssystem ist darauf optimiert die Bürger*innen zur

Konformität zu erziehen und herrschende Verhältnisse zu konservieren. Das Gefühl der Aussichtslosigkeit und Resignation drängt sich auf und man kann erahnen wie sich Hiskia gefühlt haben muss, als der scheinbar übermächtige Feind vor den Toren Jerusalems stand.

Was ist das für ein Vertrauen? Ein Vertrauen das in Gott eine beständige Stütze sieht. Einen Gott der dem Menschen in schwierigen Zeiten beisteht. Er allein reicht aus, um auch den tiefsten Fall zu bremsen. Damals wie heute können wir uns an ihn wenden, ihm und auf ihn Vertrauen.

Die biblische Botschaft zeigt, wohin dieses Vertrauen führt: letztlich zum Evangelium, der Botschaft Jesu Christi. Ein Evangelium der Freiheit. Ein Evangelium das sich schon im Wirken Jesu als hochpolitisch erweist. Ein Vertrauen, das zur politischen Tat in der diesseitigen Welt befähigt. Was für ein Vertrauen! Marx fordert die Expropriation der Expropriateure. Dieser Leitgedanke scheint heute aktueller denn je. Der Turbokapitalismus pervertiert die Form der Expropriation soweit, dass heute viele arbeitende Menschen sich selbst ausbeuten und sich ins Hamsterrad einsperren. Auf der anderen Seite entsteht eine neue Adelsschicht, aufgrund von verfehlter Steuerpolitik und den mannigfaltigen Möglichkeiten auf legalem Wege aus viel Geld noch mehr Geld zu machen und das auf Kosten anderer und der Natur.

Uns aus diesem Elend zu erlösen können wir nur selber tun, indem wir unser Vertrauen nicht auf Geld, Konsum und Egozentrismus setzen. Solidarität, Fürsorge, Barmherzigkeit, bedingungslose Liebe sind Dinge in denen sich nicht nur

Gott, sondern auch wir uns üben können. Im Vertrauen auf ihn und gestützt von ihm.

An einzelnen Stellen regt sich Gott sei Dank Widerstand gegen die aktuellen Missstände: Es gibt gelebte Utopien in Form von kollektiven und solidarischen Wirtschaftsformen, kommunale Wohnprojekte, Schüler*innen fordern auf der Straße ihren politische Mitgestaltungswillen ein. Vielleicht entstehen daraus Schulen des Ungehorsams, die für eine aktive Zivilgesellschaft so wichtig sind.

Die Friedensbewegung des letzten Jahrhunderts hat gezeigt, dass aus wenigen schnell viele werden können. Bis dahin gilt es aber noch ein gutes Stück zu gehen. Mit dem Vertrauen auf Gott ist das aber möglich und dabei gilt es sich davor zu bewahren, aus diesem Vertrauen nicht auch dem Hochmut zu verfallen, der Sanherib zur Niederlage geführt hat. Die Lage ist ernst aber die Worte Blochs werfen einen Lichtschein auf die Zukunft: „Wir haben keine Zuversicht, wir haben nur Hoffnung.“

Konstantin Weeber, geb. 1994, ist Student der Theologie in Tübingen und Marburg sowie der Politologie und seit 2018 Mitglied im BRSD. Kontakt: konstantin_weeber@posteo.de



Konstantin Weeber

Raues Holz. Kein Gold. Eine Andacht zum Kreuz.

Von Rüdiger Wala

Folter, Segen, Silberlinge

Kreuzerhöhung – ein sperriges Wort für ein Fest, das Christ*innen/Christen am 14. September feiern. Aber warum das Kreuz erhöhen, also hochheben? Ganz einfach: Damit es besser zu sehen ist. Um es dann anzubeten und zu verehren.

Es war Helena, die Mutter des römischen Kaisers Konstantin, die – der Überlieferung nach – um das Jahr 325 das verschollene Kreuz Jesu wiederentdeckt hat – in Jerusalem unter einem Tempel, der der römischen Göttin Aphrodite geweiht war. Einen Teil des Kreuzes nahm Helena mit nach Konstantinopel, der andere Teil verblieb in Jerusalem. Am tiefsten Punkt der Grabeskirche bezeugt die St.-Helena-Kapelle noch heute den Ort, an dem – der Überlieferung nach – das Kreuz gefunden wurde.

Helena war unterwegs im Auftrag ihres Sohnes. Unter Kaiser Konstantin veränderte sich das Christentum radikal. Der Glaube einer manchmal geduldeten, meist jedoch verfolgten Gemeinschaft wurde zur Staatsreligion.

Konstantin befand sich mitten in einem Machtkampf. Vor einer Schlacht sah er in einer Vision in der Sonne das Zeichen, unter dem er siegen sollte: das Kreuz. So ließ er eine Fahne mit dem Christusmonogramm besticken – und gewann die Schlacht. Als er später von den verschütteten Stätten der Christen im Heiligen Land hörte, wollte er sie wieder errichten –

auch das Kreuz, an das Jesus genagelt wurde.

Das Kreuz – ein Zeichen des Heils? Für mich ist und bleibt es das Folter- und Tötungsinstrument eines diktatorischen Systems. Brutal. Unbarmherzig. Und ich kann, wenn ich ehrlich bin, bis heute nicht nachvollziehen, warum sich die ersten Christen schon bald mit dem Zeichen des Kreuzes geseget haben. Es wird doch erst viel später durch das Kriegsglück des Konstantin zum Zeichen des Sieges.

Dieses Zeichen anbeten fällt mir schwer. Was mir dagegen leicht fällt, ist zu verstehen, warum die Welt den Anblick des Kreuzes braucht: Weil heute noch Kriege wüten, Unschuldige verfolgt, misshandelt, gedemütigt und für eine Handvoll Silberlinge verschachert werden. Wie Jesus am Kreuz. Das Kreuz lenkt für mich den Blick auf das Leiden. Nicht auf die Pracht und Herrlichkeit eines Regimes. Es bleibt raues Holz, getränkt mit Schweiß und Blut. Nicht aus Gold und Edelsteinen. Eine Zumutung. Das erhöht das Kreuz.

Ein Kreuz für Geschwister

Es gibt Kreuze, die erregen Aufsehen. Vor allem, wenn sie über zwei Meter hoch sind und quer durch Orte getragen werden. Das machen wir im Bistum Hildesheim einmal im Jahr, in den Wochen vor Ostern.

Das Holz für das Kreuz stammt aus einem Land, zu dem das Bistum eine besondere Beziehung hat: Bolivien. Seit über 30 Jahren ist das Bistum Hildesheim mit der katholischen Kirche von Bolivien in einer Partnerschaft verbunden. Unsere bolivianischen Freundinnen und Freunde spre-

chen selbst von „Hermandad“, von Geschwisterlichkeit. Mich berührt das sehr.

Genauso berührt mich dieses über zwei Meter hohe – und glauben Sie mir – wirklich schwere bolivianische Schöpfungskreuz. Getragen werden kann es nur zu dritt. Der Längsbalken stammt aus dem tropischen Tiefland Boliviens, wo immer mehr Regenwald abgeholzt wird – um in Monokulturen Zuckerrohr anzubauen für Biosprit oder Soja zur Rindermast. Der Querbalken kommt aus einer Silbermine im Hochland. Er erinnert daran, was der Umwelt angetan wird, aber auch den Bergarbeitern und ihren Familien: Das giftige Abwasser aus dem Bergbau verseuchen die ohnehin niedrigen Flüsse und das wenige Grundwasser. Und: Viele Arbeiter sterben früh. Durch Unfälle oder durch Vergiftung mit Grubengas.

Dieses Kreuz tragen wir Jahr für Jahr durch Städte und Dörfer im Bistum Hildesheim. An Orte, an denen die Schöpfung gekreuzigt wird. Etwa Gorleben, der Schacht Konrad bei Salzgitter oder die Asse bei Wolfenbüttel. Drei Orte, die für die gesellschaftliche Auseinandersetzung stehen mit der Atomkraft – und seinem strahlenden Müll. Über 30.000 Generationen werden davon noch betroffen sein. Aber das Schöpfungskreuz rückt für mich noch etwas anderes in den Blickpunkt: mein eigenes Verhalten. Wir haben es vor Tiermastfabriken getragen, vor ein Autowerk und zu Erdgasförderstätten. Orte, die auch für unsere Gier stehen: Nach billigem Essen, angenehmem Reisen in großen Fahrzeugen und vermeintlich unerschöpflicher Energie.

Das Schöpfungskreuz stellt für mich immer wieder eine so einfach klingende, aber so schwer zu beantwortende Frage: Wie viel ist genug, damit alle gut leben kön-

nen? Meine Familie und ich hier, meine Freunde in Bolivien genauso. Es ist die Verantwortung für das eigene Handeln, das mich im Zeichen des Kreuzes auf die Straße führt. Weil ich immer noch daran glaube, mit Gottes Hilfe die Welt verändern zu können.

Heiland, Hammer, Sichel

In meinem Büro hängt ein Kreuz. Für viele ist es eine Provokation. Denn es verbindet den gekreuzigten Jesus mit Hammer und Sichel. Sie haben richtig gehört: Mit Hammer und Sichel. Jesus ist an den Hammer genagelt, der hinter der Sichel steht.



Ich habe mir dieses Kreuz nicht selbst ausgedacht. Das Original ist eine Schnitzarbeit von Pater Luis Espinal. Der Jesuit wurde in Spanien geboren, hat von 1968 an in Bolivien gewirkt: Als Arbeiterpriester. Er hat sich so für die Sache der Gerechtigkeit eingesetzt, dass ihn das damalige diktatorische Regime 1980 entführen ließ. Er wurde mit 14 Schüssen hingerichtet.

In seiner Freizeit hat Espinal geschnitzt. Beim Arbeiten mit Holz hat er reflektiert, Erlebnisse verarbeitet, kurz: Dinge auf den

Punkt gebracht. Er arbeitete mit allem, was er fand: Klapprige Möbel, alte Latten, unbrauchbare Reste. Dinge auf den Punkt bringen – das spricht für mich aus diesem Kreuz. Gefertigt etwa Mitte der 1970-er Jahre, weist es auch auf den Dialog hin zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und Kirche. Es erinnert an die Verbindung von Arbeitern und Bauern mit Christen. Für Espinal symbolisiert sein Kreuz, das von manchen als „kommunistisches Kruzifix“ geschmäht wurde, sein Credo: „Eine Religion, die nicht den Mut hat für den Menschen zu sprechen, hat auch nicht das Recht für Gott zu sprechen.“ Und weiter: „Die Kirche kann nicht aufhören eine Störende zu sein, solange sie sich erinnert, dass sie von einem hingerichteten Gott gegründet wurde.“

Das Christentum und damit auch das Kreuz gehören auf die Straße, davon war Espinal überzeugt. Er schrieb: „Lass uns dich nicht nur im Kruzifix anblicken, sondern in der Kreuzigung der Elendsviertel und der Gefängnisse.“ Starke Worte. Espinal lebte aus dem Glauben: Christus kommt nicht irgendwann am Ende der Tage wieder zu den Menschen. Er kommt täglich – nur: Wir sehen ihn nicht. Nicht bei der Arbeit, nicht auf dem Feld.

Das alles verbindet sich für mich mit diesem Kreuz aus Hammer und Sichel.

Falls Sie sich fragen, woher ich es habe? Ich habe es nachbauen lassen. Nach einem Bild aus dem Internet. Durch junge Leute, die in einer Jugendwerkstatt versuchen sich eine Zukunft aufzubauen. Auch das Holz hat eine Geschichte. Es stammt aus dem Glockenturm einer alten Kirche in Hildesheim. Abgetragen bei Sanierungsarbeiten. Wenn ich auf dieses Kreuz schaue, weiß ich, dass eine Kirche nicht aufhören kann, eine Störende zu sein ...

Das Kreuz und die Solidarität

Der Tag im Kalender ist für mich der Tag der Arbeit, der 1. Mai. Denn da irritiere ich viele. Weil ich bei den Kundgebungen der Gewerkschaften zwischen den Transparenten und Fahnen von Verdi, der IG Metall, der SPD, der Linken und autonomen Gruppen mit einer ganz besonderen Fahne dabei bin. Und dann werde ich immer gefragt: „Was ist das für eine Fahne? Und was ist das für ein seltsames Symbol: Ist das ein Kreuz?“

Ich antworte dann meist schmunzelnd: „Ja, das ist ein Kreuz – ein besonderes. Denn da ist über dem Querbalken noch ein Balken draufgesetzt. Der ist an einer Seite angeschrägt. Das erinnert an einen Hammer. Dieses Hammerkreuz ist das Zeichen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, kurz: KAB. Ein Verband, in dem ich mich ehrenamtlich engagiere.“ Und sein Banner, seine Fahne trage ich Jahr für Jahr am 1. Mai durch die Straßen.

Die KAB gibt es seit über 160 Jahren. Sie ist entstanden, als sich Katholiken der sogenannten „Sozialen Frage“ zuwandten – Laien, Priester und auch einzelne Bischöfe.

Als die Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Menschen in die Städte zog, kam es zu Unterernährung, Wohnungsnot und Kinderarbeit. Die katholischen Arbeitervereine wollten dem begegnen. Sie setzten auf Gemeinwohl und Solidarität, gründeten Kranken- und Darlehnskassen, um konkret zu helfen. –

„Soziale Fragen“ bedrängen auch unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Es braucht immer neue Antworten, denn Gerechtigkeit fällt nicht vom Himmel. Daran erinnert das Hammerkreuz.

Von Anfang an steht es für die Überzeugung, dass die „irdischen Güter zum Zwecke der Fürsorge und Verwaltung ver-

teilt sind“. So hat es 1849 einer der Gründer der KAB geschrieben, Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Heute würde ich sagen: Reichtum muss zur Beseitigung der Armut dienen. Sonst bleibt der Mensch, bleibt der gesellschaftliche Zusammenhalt auf der Strecke.

Blicke ich auf dieses Kreuz mit dem Hammer, habe ich eine Vorstellung von einem Land, in dem ich leben möchte: Ein Land, in Solidarität und Gemeinwohl mehr sind als fromme Wünsche. Ein Land, in dem es keine Rolle mehr spielt, ob man Schmidt oder Yildirim heißt, drei Kinder hat oder keine, jung oder alt ist, auf dem Land oder in der Stadt wohnt. Würde und Zusammenhalt – erstaunlich, wofür dieses Kreuz mit Hammer stehen kann. Auf Bannern oder da, wo ich es auch trage: Am Aufschlag meiner Jacke.

Ein anderer Blick auf das Kreuz

Ein Kreuz kann spalten. Sogar eine Kirchengemeinde. Passiert ist es in Göttingen. Es ging um ein Kreuz, das der Oberammergauer Künstler Tobias Haseidl gefertigt hat. Allerdings nicht mit Längs- und Querbalken. Haseidl hat eine Jesusfigur geschnitzt und sie an eine grobe Astgabel genagelt. Mehr als ungewöhnlich. Doch das ist noch nicht alles: Der Blick Jesu ist nach oben gerichtet. Die linke Hand ist bereits vom Holz gelöst, geöffnet zum Himmel hin – wie die Astgabel. Dieser Jesus hat sein Leben nicht am Kreuz ausgehaucht.

Er ist zerschunden, gezeichnet von Quälerei, von seinem Leidensweg. Doch sein Blick und seine Geste verweisen auf das, was kommen wird. Am Kreuz gibt Jesus seinen Geist zurück in die Hand seines Vaters. Das bedeutet nicht Untergang, sondern Anfang der Auferstehung.

Dieses Kreuz, es bricht für mich die übliche Perspektive auf. Doch es ist kein Wunder, dass dieser andere Blickwinkel auch verstört. Deshalb auch die Kontroverse in der Gemeinde: „Jesus schaut hier nach oben und nicht zu den Menschen. Er ist nicht am Kreuz auferstanden, sondern aus dem Grab. Das Kreuz ist doch Zeichen für sein Opfer.“

Für mich stellt dieses Kreuz den Opfergedanken geradezu auf den Kopf. Es verbindet den Tod mit der Auferstehung und gibt so dem wuchtigen Symbol eine andere Bedeutung. Der Blick Jesu zum Himmel zeigt, dass Christen an einen Gott glauben, der mitleidet. Es ist ein Gott, der seinen Sohn in die Welt sendet, so den Menschen entgegenkommt. Und dieser Jesus zeigt den Menschen mit seinem Leben einen Weg, der zum Frieden führt, mit sich selbst, den Mitmenschen, mit der Schöpfung und auch mit Gott.

Tobias Haseidl hat einen Jesus dargestellt, der sich von der Astgabel löst. Seine Hand ist zum Himmel hin ausgestreckt. Sie ergreift. Und sie lässt sich ergreifen.

Ich stelle mir dieses irritierende Astgabelkreuz auf Golgota vor – der Schädelstätte. Zu Jesu Zeiten war dieser Felsen in Jerusalem ein Platz, den viele Menschen passierten. Deshalb wurde dort gekreuzigt. Für die Herrscher und Mitläufer zum Vergnügen, für die Unterdrückten zur Abschreckung. Hier würfelten die Legionäre um das Gewand Christi, hier gaben sie ihm Essig zu trinken, hier standen Maria und Johannes unter dem Kreuz. Verzagt und verzweifelt.

Doch dieser Jesus zeigt, wie er den Tod überwindet. Noch bevor er für drei Tage in unterste Tiefen hinabfährt. Was für ein anderer Blick auf das Kreuz.

Das Kreuz. Keine Folklore

Es ist eine Binsenweisheit: Politik braucht Bürokratie, die wuchtigste Vision eine schnöde Verordnung. So wie diese: „Im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes ist als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns gut sichtbar ein Kreuz anzubringen.“ So Paragraph 28 der Geschäftsordnung für bayerische Behörden.

Nein, hier geht es nicht um Religion, um Glauben oder die sich daraus ergebenden Werte für das Zusammenleben. Was aber ist dann das Kreuz an der Wand: Folklore? Eine Trophäe? Ein Symbol aus vergangenen Zeiten?

Blicke ich auf das Kreuz, blicke ich auf etwas anderes als Geschichte und Kultur: Die beschworene bayrische Prägung mag im Holz und der Schnitzarbeit stecken. Ich blicke auf den Gekreuzigten, auf Jesus von Nazareth. Das Kreuz ist nicht von ihm zu trennen, von seinem Leben, seiner Wirkungsgeschichte. Da sprechen die Überlieferungen der Bibel für mich eine klare Sprache: Durch Jesus schenkt Gott dem Niedrigsten die höchste Würde. Die Kleinen sind für Jesus seine Schwestern und Brüder. Nicht die römischen Machthaber und die Priesterschaft.

Das Kreuz steht für das Erfahren von Ohnmacht, von Machtlosigkeit – und nicht für Herrschaft. Für mich ist es ein Symbol der Solidarität mit denen, die an den Rand gedrängt werden, auf die Machthaber von oben herunterschauen. Das Kreuz lässt sich einfach nicht verzwecken und instrumentalisieren aus der Position der Macht heraus. Genauso wenig kann das, wofür das Kreuz steht, durch ein Dekret angeordnet werden. Es muss gelebt werden – im gesellschaftlichen Miteinander: Das Kreuz steht für Nächstenliebe, Fürsorge,

Anwaltschaft für die Schwächsten, Feindesliebe und den Mut, über die ungerechte Verteilung der Güter zu sprechen. Aus ihm eine Zierde an der Wand zu machen, das wäre im Wirtschaftsdeutsch eine feindliche Übernahme.

Die Wirklichkeit des Kreuzes zeigt sich nicht an der Wand, nicht mal in der Sakristei oder in der Kirche, sondern mitten im Leben, auf der Straße. Vielleicht liegt darin die größte Zumutung: Das Kreuz erinnert daran, das Heilige zu entdecken, das in jedem Menschen steckt. Ob ich ihn kenne oder nicht. Ob ich ihn mag oder nicht. Wenn ich den Menschen als Ebenbild Gottes sehe, muss ich auch schon mal laut werden für ihn. Dazu fordert mich das Kreuz heraus.

Dieser Text wurde von Rüdiger Wala vorgetragen in den Morgenandachten auf NDR Info (5.56 Uhr) und NDR Kultur (7.45 Uhr) vom 17.–22. September 2018

Rüdiger Wala, Jahrgang 1966, verheiratet, drei Töchter. Redakteur und Pressesprecher für die katholische Kirche in Hannover. Engagiert in der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, dem Landeskatholikenausschuss Niedersachsen und der Gewerkschaft Verdi. Bekennender Herzjesu-Sozialist. Kontakt: r.wala@web.de



Rüdiger Wala

Christ und Sozialist – von 1789 bis heute

Die Liebe als Weg und Ziel

Von Elmar Klink

So lauten Titel und Untertitel eines farbig ansprechend aufgemachten BÜCHLEINS des luxemburgischen Lehrers a. D. und Bettemberger Jugendchorleiters Michel Schaack (Jg. 1942). Mit gerade mal 142 Seiten zum Preis von 11,95 Euro bei Books on Demand erhältlich. Er habe sich 2016 auf einen ungewöhnlichen Weg gemacht, schreibt der Autor im Klappentext. Er begann in der explosiven französischen Revolutionszeit und endet heute. Dabei sei er unterwegs von verschiedenen Quellen geleitet an die 90 Frauen und Männer begegnet aus Europa, Afrika, Nord- und Südamerika. Für die meisten spiele das Christliche eine wichtige Rolle, das sie im demokratischen Sozialismus konkretisieren würden. Ihnen gelte das Buch. Im Grunde ist damit fast schon das Wichtigste vom Autor selbst gesagt.

Das Buch entspringt also einer subjektiven Motivation des Autors, dem es anhand der Personenporträts um den Nachweis geht zu zeigen, dass ein Christ (Christin) Sozialist (Sozialistin) sein kann. Man erinnert sich des Gollwitzer-Worts, Sozialisten können Christen, Christen müssen Sozialisten sein, das der Autor neben anderen Zitaten auch

seinem Buch voranstellt. Es erhebt weder den Anspruch vollständig noch historisch-wissenschaftlich noch systematisch zu sein. Das ist wichtig festzustellen, wenn man es einordnen, verstehen und bewerten will. So gesehen verfolgt es einen populären Zweck. Der Autor dürfte bisher kaum in religiös-sozialistischen Kreisen bekannt sein, hat sich aber mit seinem BÜCHLEIN in sie eingereiht. Er sei interessierter Leser von Christ(in) und Sozialist(in) (CuS) schreibt er an die Redaktion und stellt dabei sein Buch vor. Da ist es doppelte Verpflichtung, nicht nur auf es hinzuweisen, sondern auch ein paar Takte dazu zu sagen. Eine gewisse Struktur bietet die chronologische Einteilung im Inhaltsverzeichnis: Von der Französischen Revolution zum Wiener Kongress – Frühsozialisten – 1848-1914 – Europa, ein Trümmerhaufen – Menschen, für die Christentum und Sozialismus zusammen gehören – 1945 bis heute – Autoren (Nell-Breuning, Dirks, Rinser, Böll, Greinacher, Oosterhuis u. a.) – Politiker (darunter Heinemann, Brandt, Albertz, Eppler, Gorbatschow, Dutschke, Ramelow, Thierse, Steinmeier) – Kirche und Linksparteien – Lateinamerika (mit Einträgen u. a. zu Càmara, Freire, Cardenal, Torres, Boff, CfS) – Zeugnisse – Ausblick. Darauf

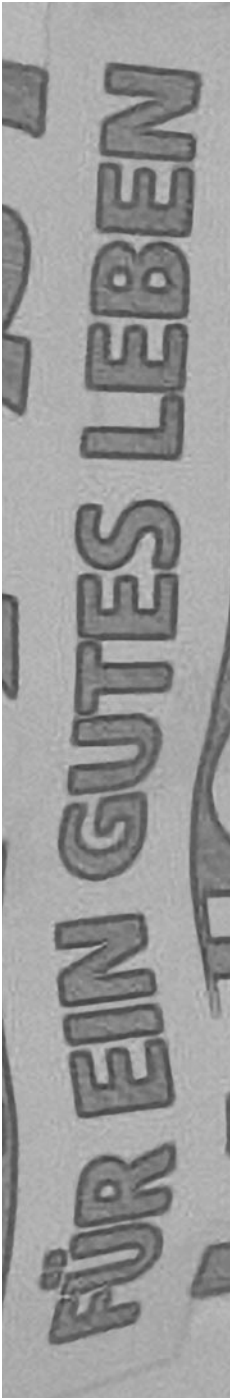
folgt noch ein Anhang mit Anmerkungen (die ein Literaturverzeichnis weitgehend erübrigen) und Register.

Positiv ist anzumerken, dass ein solches Buch überhaupt ohne viel Aufwand geschrieben und produziert werden konnte, was die Books-on-Demand-Methode gewährleistet, die gekoppelt an einen online-Versand ohne Verlag auskommt. Als problematisch zu verbuchen wäre, dass es für den Autor keine Frage ist, inwiefern der Kontext Christentum und Sozialismus, Christ(in) und Sozialist-(in)-Sein eine Abgrenzung haben müsste und bräuchte. Demjenigen und derjenigen, der/die sich mit der Materie genauer auskennt, dürfte es gegen den Strich gehen, die Catholic Worker-Gründer Dorothy Day und Ammon Hannacy neben Herbert Wehner und Malu Dreyer. Helmut Schmidt und Andrea Nahles neben Dorothee Sölle und Helmut Gollwitzer, Rosa Luxemburg neben Hans-Jochen Vogel, dem rechten Sozialdemokraten gestellt zu sehen. Feuer und Wasser. Das eine löscht das andere, das andere verdunstet das eine. Beim Stöbern im Internet, verrät Schaack, sei er vor geraumer Zeit auf eine Anzeige auf die Zeitung CuS gestoßen. Religiöse Sozialisten, nie zuvor von gehört. Warum aber interessierte es ihn? Schon immer habe er sich mit dem freihheitlichen Sozialismus identifiziert, aber sich nie in der

Richtung parteipolitisch betätigt. Schaack war Koordinator der NGO Chiles Kinder, die 1986 umbenannt wurden in ‚Ninos de la Tierra‘. Bei seinem Thema finde er gleich beides, Religion und Sozialismus miteinander verknüpft.

Gleichwohl scheint es so zu sein, dass gerade Menschen im europäischen Ausland die scharfe Trennung zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie nicht wie hierzulande ziehen, was seine besonderen deutschen historischen Ursachen hat, worauf hier nicht weiter einzugehen ist. Nur soviel sei angemerkt: Spätestens mit dem Godesberger Parteitag und Programm 1959 hat sich die Sozialdemokratie von ihrer traditionellen Ausrichtung als Arbeiterpartei verabschiedet und den Weg zur Volkspartei eingeschlagen. Der Marxismus als Programm existiert seither nur noch marginal auf ihrem linken Flügel und in der Jugendorganisation weiter. Mit der Epochenwende 1989/90 hat sie auf dem Feld des demokratischen Sozialismus Konkurrenz bekommen von links durch die PDS, die Partei des demokratischen Sozialismus, die die SED und den DDR-Staat beerbte. Erstmals seit 1998 wieder an der Regierung zusammen mit ihrem einstigen ökologischen linken Flügel, den Grünen, ist sie auf den Kurs einer beispiellosen neoliberalen Modernisierung und „Reform“ der Arbeits- und Sozialge-





setze in Gestalt der Agenda 2010 eingeschwenkt. Das muss man im Blick haben, wenn man Schaacks Einträge liest zu sozialdemokratischen Persönlichkeiten wie Andrea Nahles, Frank Walter Steinmeier, Malu Dreyer und Wolfgang Thierse, denen er redliches Christ(in)-Sein zugesteht, die diesen Kurs wesentlich mittragen. Vor allem die frühere Juso-Linke Nahles (Buch: Frau, gläubig, links; 2009) war als Arbeitsministerin der Großen Koalition verantwortlich für die fortgesetzte, verschärfte Durchführung der fragwürdigen Schröder-Agenda bis heute. Da fragt man sich, wo bleibt die christliche Sicht und Solidarität? Hier ist also Vorsicht geboten und wird man als Sozialist(in) trotz allem Lob und Willkommen für das Buch Schaacks Standpunkt nicht ohne weiteres teilen oder folgen können.

Überzeugend, so Schaack, habe der im Buch (S. 58f.) behandelte Bernard Joinet (*1929) dargestellt, was Schaack selbst unter beiden Richtungen versteht. Joinet begann seinen diakonisch-missionarischen Dienst als Abgesandter der Weißen Väter mit 37 Jahren im sozialistischen Land Tansania am Victoriasee unter den dortigen einheimischen Fischern (die EU subventioniert heute die Züchtung des typischen Victoriabarsches, der in den Tiefkühltruhen deutscher Supermärkte angeboten wird). Joinet habe 150 Definitionen für

Sozialismus gefunden. Für ihn heißt Sozialismus, seine Talente nicht nur für das eigene Weiterkommen einzusetzen, sondern für das Weiterkommen aller. Es gehe nicht darum, nur den eigenen Vorteil in den verschiedenen Lebenssituationen zu suchen, sondern danach zu trachten, dass alle mitkommen. Nicht die Einzelperson stehe im Mittelpunkt, sondern die solidarische Gemeinschaft. Fürwahr ein weit gefasstes, so zutreffendes wie weitreichendes Sozialismus-Verständnis eines christlichen Ordensmenschen.

Der Autor hebt bei seiner Darstellung nicht nur auf die Porträtenebene ab. Es werden in gedrängter Form Zeitentwicklungen geschildert wie zu Beginn oder im Abschnitt 1945 bis heute (S. 60-64) und auch Organisationen beschrieben wie die Catholic Worker, der BRSD und eine Reihe bedeutender Repräsentanten des Religiösen Sozialismus und der Christ(inn)en für den Sozialismus (CfS). Dabei ist nicht zu übersehen, dass Schaacks Liste behandelter Namen und Organisationen deutliche Lücken aufweist, wie er auch selbst eingesteht. Man hätte sich gewünscht, dass zumindest folgende Personen, Gruppen und Bewegungen auch mit Einträgen bedacht worden wären: Eberhard Arnold und die Bruderhof-Communities; die Schweizer Religiös-Sozialistische Vereinigung und ihr Organ

Neue Wege; die österreichische Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie (ACUS); christlich-marxistischer Dialog; die Neuwerkbewegung; die 2002 in Somalia ermordete Schweizer religiöse Sozialistin Vre Karrer, die dort seit 1992 ein medizinisches Hilfswerk für Frauen aufbaute; die Cfs-Theologin und Lehrerin von D. Sölle, Marie Veit (Buch: Theologie muss von unten kommen), die Reihe ließe sich noch fortsetzen. Es ist klar, dass, wollte man allem und allen gerecht werden, man schnell beim doppelten Buchumfang landen könnte.

Andererseits wiederum stoßen wir auf eine Gestalt wie Theodor Steinbüchel (1888-1949), die vielen unbekannt sein dürfte. Er war rheinischer katholischer Moralthologe und Sozialethiker. Nach 1945 Rektor der Uni Tübingen und von Schaack als Wegbereiter der Politischen Theologie von J. B. Metz und der lateinamerikanischen Befreiungstheologie bezeichnet. Steinbüchel war als präkonziliarer Wegbereiter ein hervorragender Kenner und Interpret des Marxschen Werks, hielt 1946 bei einer Sozialethischen Tagung in Tübingen seinen Vortrag Karl Marx, Gestalt – Werk – Ethos, der auch im Sammelband enthalten ist und so manchem den sozialistischen Weg wies.

Schaack spannt seinen Bogen ungewöhnlich weit über mehr als zwei Jahrhunderte nachcarte-

sianischer Neuzeit. Von der Französischen Revolution und dem Wiener Kongress bis heute. Christentum (Reformation) und Sozialismus (Marxismus) gehören neben dem bürgerlichen Liberalismus zu den drei großen revolutionären Bewegungen, deren Errungenschaften noch lange als eine Art ideologisches Grunderbe auch das 21. Jahrhundert prägen und bestimmen werden. Aus allen genannten drei Richtungen finden wir Personen-Beispiele und Einzelbezüge in Schaacks Buch. Als Christ(inn)en und Sozialist(inn)en stehen wir vor der Aufgabe, in unserem kritischen Grundverhalten von einer christlich-liberal-marxistischen Synthese als „Grundkonsens“ auszugehen. Sonst wird es weiter christlich und liberal genährten Antikommunismus und Antisozialismus geben; wird man die „Pffaffenfresser“ Marx & Co. nicht nur als Kritiker, sondern entschiedene atheistische Gegner und Feinde von Religion und Christentum begreifen. Im Wirtschaftlichen wird Freiheit neoliberal rigoros ohne Gleichheit und Gerechtigkeit (= Kapitalismus) angestrebt werden und die Freiheit des Individuums wird man staatlicher und zentralistischer Gleichmacherei (siehe EU) opfern.

Das überraschende Büchlein von Michel Schaack hat zweifellos seinen Wert an sich. Es ist orientierendes Lesebuch und zugleich knappes Nachschlage-



werk, das Interessierten einen ersten Eindruck von der Thematik und über Personen, die Christ(in) und Sozialist(in) sind, zu vermitteln vermag. Man könnte es unter einem historisch-systematischen Aspekt als Vorstufe zu einer Art „Lexikon“ unter dem Titel „Christentum und Sozialismus. Stichworte von A bis Z (von A wie Abbé Pierre bis Z wie Jean Ziegler), ansehen, das herauszugeben längst überfällig wäre und als Arbeitsmittel

dringend gebraucht würde. Ein Stichworte-Buch hätte den Vorzug, nicht vollständig sein zu müssen, dafür aber das Wichtige aufzunehmen und zu behandeln. Vielleicht könnte das ein nächstes Buchvorhaben werden von einem Team von mitarbeitenden Autor(inn)en von BRSD, Cfs, Institut für Theologie und Politik und Einzelnen? Dazu hat uns Michel Schaack dankenswerterweise einen Anstoß gegeben und Hilfe geboten.

„Sie kamen um zu helfen – Die Hilfsarbeit der Quäker in Deutschland im 20. Jahrhundert“

Wilfried Gaum

Über die humanitäre Hilfe der angelsächsischen Quäker in Deutschland zwischen 1920 und 1950 existieren vereinzelt Monographien, die regionale Aspekte in den Vordergrund rücken oder an Hand der Tätigkeit einzelner Quäker aufzeigen, wie sich die britischen und US-amerikanischen Freundinnen und Freunde bei der Rettung Hungernder, Verfolgter und Bedrängter einbrachten. Einen guten Überblick über die „stille Hilfe“ dieser Religionsgemeinschaft gibt Achim von Borries in seinem Werk „350 Jahre Quäker¹, das

aber bereits 1995 erschien und nicht mehr verfügbar ist.

Jetzt wird eine Dokumentensammlung vorgelegt, die die ganze Bandbreite quäkerischer Hilfe abbildet und dabei unter anderem auch auf Archivalien der „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ zurückgreift, aber auch viele örtliche Bezüge zum norddeutschen Raum herstellen. So werden nicht nur offizielle Quellen wie Zeitungsartikel und Bilder erschlossen, sondern die Hilfeleistungen werden durch die zahlreichen Schreiben, Telegramme, Briefe und Zeichnungen plastisch und lebendig gemacht. Der 172 Seiten starke Band gliedert sich in drei Teile.

Teil I beschäftigt sich mit der Hilfe britischer und amerikanischer Quäker nach dem Ersten Weltkrieg. Die britischen Quäker

¹ Mitteilungen des Deutschen Historischen Museums, Heft 15, Berlin 1995/96

bewahrten Tausende von Kindern und anderen Hilfebedürftigen vor dem Hungertode, und dies vor dem Hintergrund, dass der Erste Weltkrieg für das britische kollektive Gedächtnis „The Great War“ war (und noch ist) – weil Hunderttausende von britischen Soldaten an den Fronten in Belgien und Frankreich in Schlachten mit Deutschen getötet wurden und bittere Lücken in ihren Familien und ihrer Gesellschaft hinterließen. Dass sich die Quäker von dem dadurch ausgelösten Hass und Ressentiment nicht hindern ließen, aus dem christlichen Anspruch der Feindesliebe eine erlebbare Realität zu machen, das ist alleine schon wert, aufgezeichnet, aufgezeigt und dokumentiert zu werden. Diese Hilfeleistungen erstreckten sich über das ganze damalige Reich, in Norddeutschland gab es eigens einen „Niedersächsischen Ausschuss für Kinderspeisung.“ Das dies keine Selbstverständlichkeit war, zeigt sich auch auf deutscher Seite in der Frage nach dem Warum dieser uneigennützigten Hilfe. Hierzu zeigt die Wiedergabe eines Plakates für eine Versammlung zum Thema „Weshalb die Quäker nach Deutschland kamen“ in Breslau 1920“, dass dies die Deutschen bewegte. Wie dringend diese Hilfe benötigt wurde, zeigen Telegramme des damaligen Reichspräsidenten Ebert an den Vorsitzenden des amerikanischen Hilfswerks für deutsche Kinder aus dem Jahre 1923. Welche

Dankbarkeit für diese praktische Solidarität empfunden wurde, zeigt dann ein Dankschreiben Ebert aus demselben Jahr, das ebenfalls dokumentiert wird. Das „Liebeswerk der Quäker“ schaffte es auf die Titel bedeutender deutscher Illustrierter. Daneben finden sich zum Teil rührender Dankeszeichnungen und -gedichte, auch von Kinderhand.

Wie wichtig die „Religiöse Gesellschaft der Freunde“ dann auf einem ganz anderen Feld der humanitären Hilfe wurde, zeigt der 2. Teil der Dokumentation auf. Hier ging es darum, den Verfolgten des Naziregimes in den Konzentrationslagern Erleichterungen zu verschaffen und ihnen, wenn sie denn aus der Hat entlassen wurden, ein Refugium zur Erholung und Abklärung ihrer weiteren Pläne zu bieten. Dies betraf sowohl politisch als auch rassisch Verfolgte, die von einem „German Emergency Committee“ in London betreut wurden. Vielen konnte so zur Auswanderung, auch zur Flucht vor den Nachstellungen der Nazis geholfen werden. Am bekanntesten sind sicher die Kindertransporte, mit denen zehntausende jüdischer Kinder bis 1939 nach Großbritannien, wenn auch ohne ihre Eltern, gerettet werden konnten. Weniger bekannt ist wohl, dass die Quäker 50.000 Juden halfen, sich über Shanghai in Sicherheit zu bringen, weil dort kein Visazwang bestand und keine „Affidavits“ verlangt wurden. An solchen



Garantierklärungen zur Übernahme der Lebenshaltungskosten der Geflüchteten scheiterten Verfolgte sehr häufig. Wenige Länder waren damals bereit, rassisch oder politisch Verfolgte aufzunehmen und wenn, dann nur in einer lächerlich geringen Anzahl. Durch ihre Arbeit gerieten nicht nur die agierenden angelsächsischen, sondern auch die deutschen Quäker ins Visier der Geheimen Staatspolizei, wie man ebenfalls einigen der abgedruckten Dokumente entnehmen kann.

In einem Statement der Delegation von Quäkern für Treffen mit deutschen Politikern aus Anlass der Novemberpogrome 1938 wird eher die eigene Harmlosigkeit und Hilfsbereitschaft betont: „... dass wir nicht gekommen sind, um zu richten oder zu kritisieren, oder um uns vorzudrängen, sondern um in freundschaftlicher Weise zu untersuchen, ob wir irgendetwas tun können, um Leben und menschliche Wohlfahrt zu fördern und um Leiden zu lindern.“ So konnte „stille Hilfe“ geleistet werden, die sonst wohl kaum hätte organisiert werden können. Die deutschen Botschaften in London und Washington erklärten die Quäker zudem für eher unpolitisch und zeichneten deren Aktivitäten in einem vergleichsweise milden Licht. Auch deshalb standen die Quäker wohl zwar unter Beobachtung und wurden viele Freundinnen und Freunde aus dem öffentlichen Dienst entlassen, gemäßig-

gelt, etliche auch inhaftiert. Die Organisation aber wurde geduldet und bis 1941 konnte ihre Zeitschrift erscheinen. Erwähnenswert auch, dass die angelsächsischen Freunde unbeeinträchtigt vom eskalierenden Kriegsgeschehen offiziell gegen die nächtlichen alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte protestierten.

Der 3. und letzte inhaltliche Teil dokumentiert die „Hilfe britischer und amerikanischer Quäker nach dem Zweiten Weltkrieg“. Schon im Winter 1941 begannen dafür die Vorbereitungen: „Deutschland wird den Krieg verlieren. Bis zum Friedensschluss wird Europa noch fürchterlich verwüstet werden. Wegen dieser Verwüstung müssen wir, sobald es möglich wird, helfend eingreifen. Auf diese Arbeit müssen wir uns jetzt schon vorbereiten.“ Bereits im Juni 1945 befanden sich Teams der „Friends Ambulance Unit“ in Osnabrück, Hannover, Vechta und Celle, Hamburg und Wilhelmshaven. Versorgt wurden nicht nur die ansässige deutsche Bevölkerung, sondern ebenso auch Kriegsgefangene, KZ-Überlebende wie auch Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten. Neben der unmittelbaren Hilfe mit Nahrung, Medikamenten und Kleidung wurden von den Quäkern auch Gelegenheiten zur Bewältigung der materiellen und auch geistigen Krise, die mit dem Zusammenbruch des Nazifaschismus in Deutschland auftrat. Die in den großen Städten wie



z.B. Hamburg und in der Heide errichteten Nachbarschaftsheime gaben auch Gelegenheiten, sich neben praktischen Fragen bei „Ausspracheabenden für Haushaltsfragen und Erziehungsfragen“ den Ansichten anderer Völker über das besiegte Deutschland zu stellen. Für alle diese Hilfsaktivitäten erhielten die britischen Quäker, die die Federführung innehatten, 1947 den Friedensnobelpreis. Abgerundet wird der Band durch Auszüge aus den Gästebüchern der Wanderausstellung „Stille Helfer“

1996/1997 und einer informativen Auswahl helfen der Menschen und Organisationen.

Der Band dokumentiert anschaulich und mit jeweils knappen, aber gut beschreibenden Einführungen die ganze Bandbreite quäkerischer Hilfsarbeit in einem Deutschland. Es ist zu wünschen, dass dieser Band weitere Verbreitung findet und vielleicht sogar einen Verleger findet.

Zu beziehen ist die Dokumentation über lutz.caspers@quakers.net für 12 Euro.

BILDER- UND FOTONACHWEIS

Bilder und Fotos sind von der Redaktion und den jeweiligen Autoren, Foto S. 8 Paul te Stroete, Utrecht, NI

AUTORENNACHWEIS

Prof. Dr. Frank Vandenbroucke

Kontakt: f.i.g.vandenbroucke@uva.nl

Dr. Reinhard Gaede

Kontakt: reinhard-gaede@gmx.de

Thomas Kegel

Kontakt: brsd.nord@mailbox.org

Elmar Klink

Kontakt: elmar.klink@gmx.de

Dr. Dick Boer

Kontakt: dboer@xs4all.nl

Dr. Manfred Böhm

Kontakt: manfred.boehm@arbeitnehmerpastoral-bamberg.de

Dr. Claus Petersen

Kontakt: clauspetersen@gmx.net

Konstantin Weeber

Kontakt: konstantin_weenber@posteo.de

Wilfried Gaum

Kontakt: wilfried.gaum@gmx.de

Rüdiger Wala

Kontakt: r.wala@web.de

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen.

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern. (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: brsd.nord@mailbox.org, Thomas Kegel, Oeltzenstr. 16, 30169 Hannover.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Bundessekretariat des BRSD
Andreas Herr
Effnerstr. 26
85049 Ingolstadt
Tel.: 08 41/9 00 42 65
E-Mail: brsd-sued@gmx.de

Bezugspreis (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,- pro Jahr
Föderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.
KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam